Sezession



Lage 2016

74

Oktober 2016
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (verantwortlich) und Erik Lehnert.

14. Jahrgang, Heft 74,
Oktober 2016

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

Manuskripte sind stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 9 09 42

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

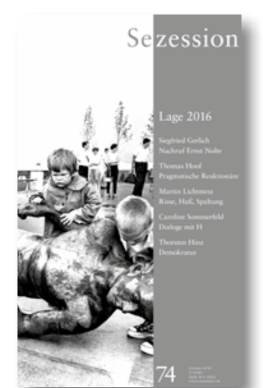
Die Autorenangaben finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 29.

Habt Mangel an Versöhnung!

von Götz Kubitschek

»Niemand ist der CDU beigetreten für eine Politik der unbegrenzten Zuwanderung. Niemand für eine Finanzierung der italienischen Staatsschulden durch die Europäische Zentralbank. Niemand für eine Energiewende, die über die Pläne von Rot-Grün hinausläuft. Niemand hat je einen CDU-Aufnahmeantrag gestellt, damit die Türkei EU-Mitglied wird. Und erst recht hätte sich niemand, der vor 2005 CDU-Mitglied wurde, je träumen lassen, daß die Partei, der er angehört, das alles aktiv betreiben würde.«

Der Verfasser dieser Feststellung ist der Dresdner Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah. Mitte September hat er die Konsequenzen gezogen und ist aus der CDU ausgetreten. Er hat seinen Schritt (der sich abzeichnete) in Beiträgen und Interviews begründet, die Seite cdu-austritt.de mitinitiiert und die Parteifunktionäre und -eliten mit den Ansichten der Basis konfrontiert. Denn das ist Krahs entscheidender Befund: Die Funktionäre und Karrieristen in seiner ehemaligen Partei orientierten sich nicht mehr am Wohle des Volkes (und damit der Parteibasis und den Wählern), sondern an dem, was wir an dieser Stelle schon des öfteren als »politisch-mediale Klasse« oder »Establishment« bezeichnet haben.



Man hält es ja kaum für möglich, daß es ein kluger, wacher und dezidiert konservativer Mensch bis in den September 2016 hinein in der CDU hat aushalten können. Maximilian Krah gibt als Begründung für die lange Verzögerung seines überfälligen Schritts jene Bindungskräfte an, die an der Basis einer Partei zu Freundschaften führten und einerseits eine gewisse Blindheit für den im Ganzen falschen Kurs bedingten, andererseits den Kampf für und um die kleine Gemeinschaft nahelegten. Am Ende aber muß die Einsicht überwogen haben, daß da nichts mehr zu machen sei.

Krah: »Meine Zweifel begannen mit dem gruseligen Bundesparteitag in Karlsruhe, zu dem ich Delegierter war. Neun Minuten *standing ovations* für Angela Merkel waren angesichts der Situation im Land mit damals über 100000 illegalen Einwanderern je Monat eine Verhöhnung der Bürger. In ihrer Rede entfaltete sie die Vision eines Landes ohne Grenzen, was immer auch ein Land ohne Sicherheit, ohne Wohlstand und ohne demokratische Mitsprache für die einfachen Leute bedeutet. Es gab nichts zu Bejubeln. Von Karlsruhe flog ich zur Weihnachtsfeier meines Ortsverbandes; es war eine andere, gute Welt. Miteinander zu tun hatten sie nichts mehr.«

Auch diese Erkenntnis fördert nichts Neues zutage, neu ist sie nur für denjenigen, der die Diskrepanz zwischen berufspolitischer Parallelwelt und Lebenswirklichkeit des einfachen Parteimitglieds bisher ignorierte oder für fließend hielt. Es fließt da aber kaum etwas, es ist vielmehr so, daß sich die Denk- und Loyalitätsrichtung eines Mandatsträgers und seiner gutbesoldeten Mitarbeiter von unten weg nach oben ausrichtet, sobald die Fleischtöpfe erreicht sind – ein Vorgang, der schon jetzt auch in der AfD abläuft und die für unser Land so dringend notwendige Unversöhnlichkeit einer echten Alternative gegenüber der politisch-medialen Klasse spürbar abschwächt.

Diese Korrumpierbarkeit ist als Gefahr ebenso groß wie als Gesetzmäßigkeit unausweichlich, und die Frage ist nun, was ein Maximilian Krah – angenommen, er ginge diesen Schritt – in der AfD zur Abwehr der drohenden Entfremdung zwischen Wahlvolk und Funktionärsschicht beitragen könnte. Er wäre ja nicht der erste ehemalige CDU-Mann, der den Weg zur Alternative fände, aber vielleicht einer der wenigen, deren Kalkül nicht dem raschen Aufstieg aus der dritten Reihe der Union in die erste Reihe der personell noch sehr schwachen AfD folgte.

Krah könnte auf die AfD-interne Revolte verweisen, die der »Flügel« um Höcke, Gauland und Poggenburg anstieß, um die Partei vom Mehrheitsbeschafferkurs Luckes zurück zu ihrem Auftrag in verheerender Zeit zu führen: eine grundsätzliche Alternative zu sein. Es war diese Revolte der Sieg des ideellen Vorsatzes über die realpolitische Klüge- und Klüngelei, der Sieg des Basisgemüts über die eingekaufte Establishmentvernunft, der lauten, zornigen Stimme über dieses gedämpfte Kabinettgeflüster.

Krah könnte über die Karrieristen urteilend und an die Basis gerichtet mit Gottfried Benn sagen: »Ein Mandat, damit endet für sie das Visionäre, ein Dienstwagen, das stillt ihren wertsetzenden Drang. Haltet euch nicht auf mit Widerlegungen und Worten, habt Mangel an Versöhnung, schließt die Tore, bleibt grundsätzlich.« Ja, vielleicht wäre das seine Aufgabe. ■

Hanswurst

von Ellen Kositza

Da lachen sie, lächeln, grinsen. Entspannt (2×), angespannt (1×), verspannt (1×). Wir sehen von links nach rechts: Elke Ferner, Heiko Maas, Andrea Nahles, Barbara Hendricks. Frau Ferner ist (gemäß eigener Netzseite) »unsere Kraft in Berlin«. In die Waagschale wirft sie dies: Sie ist Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Ferner ist 58 Jahre alt, kinderlos, ausgebildete EDV-Kauffrau. Die Papstrede im Bundestag (Ratzinger 2011) hatte sie boykottiert. Von der dazu passenden Körperhaltung hat sie, wie man hier überdeutlich sieht, seither nicht gelassen. Bedeutsam mag scheinen, daß Frau Ferner die Arme nicht »einfach so« verschränkt, sondern daß sie dies in Überbrusthöhe tut. Das ergibt eine herrschaftliche, fast bockige Geste. Dazu paßt die Abwendung des Blickes von der Gruppe, optimistisch und siegessicher in die, *nomen est omen*, Ferne gerichtet. Zugute halten müssen wir, daß der mutmaßlich störrische Impetus aus simplen physiologischen Gründen herrührt, hier aus dem Verhältnis zwischen Armlänge und Thoraxbreite. Vielleicht trügt auch diese Vermutung: Einer Psycho-Netzseite (für den Hausgebrauch) entnehme ich: »Oftmals denken wir, daß eine Person, die die Arme vor uns verschränkt, nicht mit dem was wir denken oder sagen einverstanden ist. Doch manchmal ist die einfachste Erklärung die richtige: uns ist schlichtweg kalt.« Dazu paßt, daß Frau Ferner sich ein Halstuch umgewickelt hat. Und der Abstand, den sowohl die Ferner als auch die gegenseitige Dame zum coolen Herrn in ihrer Mitte halten. Umgibt ihn eine Eiseskälte? Die ausstrahlt?

Dieser kühle Mann ist Heiko Maas. Bundesjustizminister, 50 Jahre alt, katholisch, von der Ehefrau getrennt, zwei Kinder, liiert mit einer bekannten Schauspielerin. Die Maassche Haltung mutet ein wenig astronautisch an. Es wirkt, als würde die Erdanziehungskraft – vulgo: Bodenhaftung – hier nicht vollends greifen. Mißtrauischer, alerter Seitenblick. Die zweite Frau, die sich mit souveräner Geste (hier: lachend) abwendet vom mußmaßlichen Schwebeeisbrocken Maas, ist Andrea Nahles. Frau Nahles ist 46, Bundesarbeits- und Sozialministerin. Ein Kind, schwerbehindert (Hüftleiden), getrenntlebend, Katholikin wie Maas. In ihrer Abiturzeitung soll Frau Nahles bezüglich ihres Berufswunsches geäußert haben: »Hausfrau. Oder Bundeskanzlerin.« Wer würde negieren, daß sie sich in die unübersichtliche Gemengelage dazwischen gut eingepaßt hat? Barbara Hendricks hingegen, mit dem gewohnt heiteren Loriot-Gesichtsausdruck, wenngleich augenscheinlich ebenfalls leicht fröstelnd, ist Bundesumweltministerin. 64 Jahre alt, lebt in eingetragener Partnerschaft mit einer Frau. Katholisch und kinderlos.

Was verbindet diese offenkundig unterschiedlich gelaunten Leute, was trennt sie?

Verbindend: Sie sind allesamt, wie man früher gern sagte, EsPeDitter. Diese Benamsung ist heute so unpopulär, daß Google sie kaum findet. Als SPDitter werden (gerade in katholischen Gefilden) Leute tituliert, die sich per Parteibuch für die Belange der sogenannten kleinen Leute einsetzen, für soziale Gerechtigkeit, für irgendwie linke Ideale. Weiter zum Verbindenden: Alle vier sind Hosenträger. Alle sind mehr oder weniger pragmatisch frisiert. Selbst das Halblanghaar von Frau Nahles zeigt sich unprätentiös gestaltet, ein Vergleich mit – nur beispielsweise – der Urlinken Olympe de Gouges erübrigt sich. Ganz wichtig erscheint mir in diesem Kontext der Gleichheitsfreunde: die lokale Herkunft, die hier nur subkutan spürbar ist! Es existiert wohl kaum ein Photo, das Bundespolitiker zeigt, die eine westlichere Herkunft zeigen als diese Viererbande. Frau Hendricks repräsentiert das Äußerste, geboren in Kleve, Längengrad 6,1. Dazwischen Herr Maas (Saarlouis, 6,7). Am »östlichen Ende« finden wir Frau Ferner, geboren in der rheinland-pfälzischen Edelsteinstadt Idar-Oberstein, Längengrad 7,3. Dresden, Görlitz, Zittau beispielweise finden sich auf den Längengraden 13,8 bis 15: Viel Volk und Raum liegen zwischen dem bundesdeutschen Osten und eben diesen prominenten Volksvertretern. Vom Betrachter einer Landkarte aus gesehen: Die vier kommen von weit links.

Zum Trennenden: Ausgerechnet dem Mann, diesem Hahn-im-Korb des Bildes, ist die Bodenständigkeit abhanden gekommen. Resolut und entschieden stehen hingegen die SPDitterinnen da: mal lässig mit Standbein/Spielbein, mal deutscheeichestämmig wie Frau Ferner. Die Ladies halten die Arme verschränkt, was (lassen wir mal die Fröstel-Hypothese beiseite) den

beinmäßig vorgegebenen Eindruck verstärkt: Ich! Mir! Mich! Frau Ferner (mit hochgerecktem Kinn und türsteherartiger Armballung) treibt die Mir-kann-keiner-Geste zur Vollendung: Napoleona! Lässig, managerhaft und machtbewußt hingegen Hendricks und Nahles. Klar, daß destabilisierendes Schuhwerk (High-Heels, was jenseits des elften Längengrads »Hackenschuhe« heißt) hier unbotmäßig wirkten!

Das Photo wäre perfekt für die uralte *Stern*-Kolumne »Luftblasen – Prominenten in den Mund geschoben«. Dort – man befindet sich habituell auf mittlerem Niveau – würde Herr Maas sagen: »Hoppla! Bißchen Luft entfleucht. Merkt hoffentlich keiner. Und auf's Steißbein, aua, ging der Hopser auch …« Frau Ferner würde die Nase rümpfen: »Bäh … Aber Kopf hoch! Die Lufthoheit über Kinderbetten haben wir schon, und wir werden siegen!« Derweil Nahles/Hendricks einen frauensolidarischen Witz über peinliche kleine Männer äußern, der auf die fröhliche Pointe »… viel Rauch um nichts!« endet. Aber was für ein Niveau wäre das denn? Bodenlos!

Ich möchte hingegen weiter auf Herrn Maas eingehen. Der Mann ist zur Haßfigur geworden, aber wie jede Medaille hat auch diese zwei Seiten. Maas, der hier so sichtlich verunsichert die Beine baumeln, die Rockschöße flattern läßt und die Fingerchen spreizt, dabei die Lippen spannt, als ginge es gleich ans Eingemachte, jener Minister, den manche als »Maas-Männchen« brandmarken und höhnen: »Maas macht mobil!«, hat durchaus seine Meriten! Was für eine Steigerung der Lobpreise! 2014 wurde ihm der Israel-Jacobson-Preis der Union Progressiver Juden verliehen, 2015 die »Gabe der Erinnerung« des Internationalen Auschwitz Komitees und 2016 gar die Auszeichnung für den »bestangezogenen Mann«, verliehen und verkündet von der tonangebenden Männerzeitschrift *Gentlemen's Quartely*. Nun wurde auf einschlägigen Netzseiten viel schwadroniert über eine angeblich augenfällige Parallelität der Gesichtsanatomie von Heiko Maas zu der von Adolf Eichmann. Ich habe diesen Fingerzeig jahrelang für eine Unverschämtheit gehalten und auf eine Gegenüberstellung verzichtet. Nun: Ich hab's getan. Die Ähnlichkeit – Frisur/Jochbogen/Mundspannung/Brille – ist frappierend. Nein, das ist, bitte, kein Lookism! Keine Diskriminierung qua Äußerlichkeit! Neben Eichmann hätten wir keine anzugtragenden Ladies im Siegergestus gefunden. »Hate speech« ist das maasgeschneiderte Codewort. Herr Maas hat sich der »Haßsprache« in zweierlei Hinsicht angenommen: erstens, um »Haßredner« zu dechiffrieren, zu stigmatisieren und strafrechtlich zu verfolgen; zweitens, um sie selbst (als Lingua Imperii Merkelae) zu praktizieren. Etwa, indem er Asylkritiker als »unterirdisch« und als »Schande für Deutschland« titulierte. Hannah Arendt über den Eichmann-Prozeß: »Es konnte jeder sehen, daß dieser Mann kein ›Ungeheuer‹ war, aber es war in der Tat sehr schwierig, sich des Verdachts zu erwehren, daß man es mit einem Hanswurst zu tun hatte.« Völlig losgelöst. ■



»Es bräuchte eine Offenbarung!«

Im Gespräch mit Renaud Camus

Sezession: Monsieur Camus, nach den schrecklichen Attentaten von Paris im Januar *(Charlie Hebdo)* und November (»Bataclan« usw.) 2015, schrieb Alain de Benoist, die verblüfften Franzosen hätten nach wie vor nicht begriffen, was »Krieg« eigentlich bedeute. Haben die Franzosen es nun, nach Nizza (Juli 2016), verstanden?

Camus: Nein. Indes: Früher glaubten die Franzosen, es sei die Kriminalität, die Gesamtheit aller Schikanen, die ich *Nocence* getauft habe, die man als solche bekämpfen muß. Sie wollten nicht sehen, daß die Kriminalität, die *Nocence* Werkzeuge des Großen Austauschs waren, der Auflösung der Völker und der Zivilisation, der territorialen Eroberung: einfach gesagt, ein Mittel zum Zweck, das man im Zusammenhang eines großen Ganzen sehen muß. Die Attentate haben nur einen geringen Fortschritt in der Bewußtwerdung bewirkt: Jetzt beschuldigt man den Terrorismus, jedoch ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, daß es keinen Kontinuitätsbruch zwischen Kriminalität und Verbrechen gibt, daß das Konzept der *Nocence* dazu dient, beide Dinge zu umfassen, die sich lediglich graduell unterscheiden (ohne Ausnahme haben alle Terroristen ihr Handwerk durch gemeinrechtliche Verbrechen gelernt).

Die Franzosen glauben, alles wäre plötzlich gewonnen und wieder gut, wenn es ihnen gelänge, den Terrorismus abzuschütteln – wovon wir indes weiß Gott weit entfernt sind. Das ist natürlich eine völlige Illusion. Manche fürchten indessen, es könnte unter den Muslimen Europas Sympathisanten des Islamischen Staats geben, die eine Art Fünfte Kolonne oder ein Trojanisches Pferd konstituieren. Aber diese Sichtweise offenbart nur eine weitere große Verblendung, auch wenn sie eine Etappe auf dem Weg zur Bewußtwerdung sein mag. Die Muslime Europas sind kein Auffangbecken, keine Fünfte Kolonne im Dienste des IS; es ist umgekehrt der IS, der nichts weiter ist als der bewaffnete Arm der Eroberung Europas durch den Islam an sich, sein spektakulärstes und gewalttätigstes, wenn auch nicht sein effektivstes und gewiß nicht sein bedeutendstes Werkzeug.

Sezession: Sie haben in »Revoltiert!« (*Révoltez-vous!,* 2015) dazu aufgerufen, sich zusammenzuschließen, gegen die Regression aufzubegehren, der Auflösung der Völker den Kampf anzusagen. Wie steht es heute, ein Jahr später, um die Revolte gegen den Großen Austausch?

Camus: Ich muß zugeben, daß sie nur wenig in Gang gekommen ist. Die Völker stecken einem Gemisch aus Verdummung und Angst, aus Bewußtlosigkeit und Schockstarre. Sie gleichen dem Reisenden aus der Legende, der wie gelähmt auf die Schlange starrt, die ihn hypnotisiert hat und ersticken wird. Die Tonspur des Islams läuft in einer Dauerschleife und läßt ihnen keinen Frieden, wie diese schrecklichen Beschallungen auf den Straßen im Sommer oder zur Weihnachtszeit, die in die Häuser eindringen, einen am Arbeiten und Denken hindern und in den Wahnsinn treiben.

Man könnte über Hölderlin, Trakl, Bartók, Ligeti, Pascal und Heraklit, über Jungen, Frauen, Häuser, Landschaften und Wälder sprechen; aber von morgens bis abends, das ganze Jahr hindurch hört man nichts anderes als: Islam, Moscheen, Migranten, Einwanderer, Terroristen, Attentate, Islam, Imame, Flüchtlinge, Koran, Scharia, Moscheen, islamische Mitbürger, der Islam in Frankreich, der Islam in Schweden, die Finanzierung des Islams, der Bau von Moscheen, Ramadan, Spezialgerichte, Kantinen, Schleier, Islam, Burkini, getrennte Schwimmbecken, Steinigungen, Moscheen, Islam, Muslime, Islam, Islam, Islam.

Der Islam erinnert mich an den Witz von dem Schriftsteller, der sagt: »Jetzt haben wir genug über mich gesprochen – haben Sie mein neuestes Buch gelesen?« Es ist zum Verrücktwerden. Manche werden geradezu verrückt und konvertieren zum Islam – wie einer, der sich ins Meer wirft, um der Flut zu entkommen.

Sezession: Ist das Realitätsverweigerung oder Dekadenz? Oder ist das im Grunde dasselbe?

Camus: Die große Frage lautet doch, warum die Völker Europas nicht rebellieren, obwohl ihnen exakt dasselbe geschieht, was abzuwehren ihren Vorfahren im Lauf der Jahrhunderte jedes Opfer wert war: die territoriale Eroberung, die ethnische Überflutung, die erzwungene Auflö-

sung der Zivilisation. Ich werde demnächst ein kleines Buch neu auflegen, das ich vor zehn Jahren zu dieser Frage publiziert habe: *Die zweite Karriere des Adolf Hitler*. Diese zweite Karriere ist ohne Zweifel weniger kriminell als die erste, hat aber umfassendere Konsequenzen. Es handelt sich um eine seitenverkehrte Karriere, eine Phantomkarriere, eine Bremsklotzkarriere aller negierenden Sätze, eines Ensembles des Negierenden. Europa ist wie ein Patient, dem man ein Krebsgeschwür namens Hitlerismus herausoperiert hat, und den man aus Angst vor Metastasen immer und immer wieder operiert, bis zu einem Punkt, an dem man ihm der Reihe nach sämtliche vitalen Funktionen entfernt hat. Er hat kein Herz mehr, kein Gehirn, keine Lungen, keine Augen, kein Geschlecht, keine Arme, keine Beine, keinen Überlebensinstinkt mehr. Die schlimmsten Erniedrigungen haben ihn amorph und reaktionslos gemacht.

In jüngster Zeit war es zum größten Teil Deutschland, traumatisiert durch seine Nazivergangenheit und ebenso begierig, sie zu vergessen, wie sie vergessen machen zu lassen, das Europa durch die Intervention der Kanzlerin Merkel die ethnische Überflutung aufgenötigt hat, in Komplizenschaft mit der Europäischen Union und dem Großen Austauscher Jean-Claude Juncker. Was dem Rassismus 1945 haarscharf gelungen wäre – die europäische Zivilisation zu zerstören –, scheint dem Antirassismus ein Dreivierteljahrhundert später bald zu gelingen. Der Rassismus war grausamer und mordlustiger, aber der Antirassismus ist drauf und dran, mehr zu zerstören.



Renaud Camus: Revolte gegen den Großen Austausch, *224 S., 19 €*

www.antaios.de

Sezession: Der linke Theoretiker Slavoj Žižek mutmaßt, die Menschen revoltierten nicht, »wenn die ›Dinge wirklich schlecht stehen‹, sondern wenn ihre Erwartungen enttäuscht werden«. Die europäische politische Klasse weckt nun im Zuge des Ansturms auf Europa gehörige Erwartungen (»Wir schaffen das!«), die sie nicht einhalten können wird. Revoltieren die Menschen dann wirklich, und wer könnte dabei unser »revolutionäres Subjekt« sein?

Camus: Nein, zu meiner großen Verzweiflung sind die Menschen offenbar nicht zur Revolte bereit. Nach jahrzehntelanger Bearbeitung durch die Industrie der Abstumpfung mit ihren drei Hauptzweigen, dem Unterricht des Vergessens in den Schulen, der Verdummung der Massen durch Fernsehen, Showbusineß und »Kulturindustrie« und schließlich dem Drogengeschäft, das im Gegensatz zu den anderen beiden Zweigen nahezu völlig in den Händen jener ist, gegen die wir ausgetauscht werden. Die Abstumpfung nimmt zu, das Verschiedenartige verschwindet, während die angebliche »Vielfalt« in Wahrheit für die Logistik des Immergleichen zuständig ist, für die Reduktion auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Der Durchschnitts-IQ ist innerhalb von nicht einmal zwei Jahrzehnten um zehn Punkte gesunken. Und dann ist unsere Zivilisation auch noch die erste in der Geschichte der Menschheit, die eine Invasion wie ein innenpolitisches Problem behandelt. Übrigens: Der Conseil d'État hat beschlossen, daß der »Burkini« völlig legal, ein Menschen- und Frauenrecht, sei: Das ist ungefähr so, wie wenn man im August 1940 die Lederhose und die bayrische Tracht auf den Stränden der Bretagne und der Côte d'Azur für unantastbar erklärt hätte.

Sezession: Und die Revolution als die »Wende«, kommt sie im Sinne Žižeks? Ist jetzt nicht die Zeit zum Handeln – oder wann ist überhaupt der passende Moment, und: für wen?

Camus: Das auslösende Element der Revolution? Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht. Es bräuchte eine Offenbarung. Durch wenn, fragen Sie? Einen Greis, ein junges Mädchen, ein Kind, wie in Andersens Märchen von den Kaisers neuen Kleidern. Ich setze wenig Hoffnung in diese politische Klasse, die restlos aufgebraucht ist, und die aus Gründen der »Seriosität«, weil sie im magischen Kreis der zugelassenen Wortführer verbleiben will, unfähig ist, die Ungeheuerlichkeit, die mit großen Schritten herankommt, wahrzunehmen, zu erkennen und vor allem zu benennen. Es hat etwas Trostloses, zu sehen, daß die Franzosen ernsthaft darüber nachdenken, die Macht einem Nicolas Sarkozy zu übergeben, der ihnen doch schon einmal Gelegenheit gab, zu goutieren, daß er keinerlei Überzeugungen und gewiß keine Liebe zu Frankreich hat. Oder, fast ebenso schlimm, einem Alain Juppé, der sich bereits vollständig der Sache des Großen Austausch und der Auflösung der Völker und der Zivilisation verschrieben hat. Die Voraussetzung, in der heutigen französischen Gesellschaft irgendeinen bedeutenden Posten zu bekommen – sei es als Richter, General, Bischof, Journalist, Diplomat, Minister oder natürlich als erfolgreicher Karrierepolitiker – ist, daß man verrät oder verraten hat. Die Rettung wird von dort kommen, wo niemand auch nur träumt, sie zu suchen: von den Marginalisierten, den Narren, den Poeten, den Eremiten, den Heiligen, von allen, die dem Kleister der Debatten und der Abstumpfungsindustrie des Großen Austauschs entkommen. ■

Die Fragen stellte Benedikt Kaiser, die Übersetzung besorgte Martin Lichtmesz.

Der letzte Liberale – zum Tode Ernst Noltes

von Siegfried Gerlich

Wie ein erratischer Block ragt sein Werk aus der gehegten Landschaft der deutschen Geschichtswissenschaft heraus. An seinen Namen knüpft sich eine einzigartige philosophische Durchdringung der Epoche des Faschismus, aber auch ein als Historikerstreit verbrämter Kulturkampf, dessen Ausgang den Kurs der hiesigen Geschichtspolitik bis heute bestimmt. Kaum einem anderen deutschen Zeithistoriker wurde so große internationale Anerkennung zuteil, aber keinem sollte eine gelenkte Öffentlichkeit auch so massive Ablehnung entgegenbringen. Noch immer verstellt der längst selbst historische Historikerstreit die Sicht auf ein reiches und vielschichtiges Lebenswerk, welches nach dem Weltbürgerkrieg der Ideologien schließlich auch die Weltgeschichte im ganzen und die historische Existenz des Menschen als solche ins Visier nahm.

Ernst Nolte war ein Ausnahme-Historiker, der sich im Unterschied zu vielen seiner arbeitsteilig spezialisierten Fachkollegen stets den Blick für das Ganze der Geschichte bewahrte und in zeitlich wie räumlich weiten Horizonten dachte. Nicht von ungefähr erschienen Übersetzungen seiner wichtigsten Werke in Italien, Frankreich und Spanien; in Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei; in Rumänien, Rußland und sogar in Korea. Und im Iran hat der dissidente Historiker Mehdi Tadayoni es sich zur Lebensaufgabe gemacht, Noltes Gesamtwerk ins Persische zu übersetzen. In Anbetracht seines Ruhmes im Ausland brauchte sich Nolte von dem Zerrbild, das eine typisch deutsche Denunziationskultur von ihm zeichnete, in seinem Selbstverständnis nicht beirren zu lassen: Er war ein skeptischer Liberaler alter Schule, und unsere liberale, offene Gesellschaft leistete ihren Offenbarungseid, indem sie ihn aus dem öffentlichen Diskurs ausschloß.

Fraglos wirkte Nolte in seinem gediegenen Auftreten wie in seinem immer auch auf Grundsätzliches abhebenden Denkstil auf eine unzeitgemäße Weise konservativ. Doch stand dieser geistige Konservatismus nicht von vornherein für eine politische Position; vielmehr kam ein geradezu apolitisches Pathos der Distanz darin zum Ausdruck, welches Nolte als eine unabdingbare Voraussetzung der Freiheit der Wissenschaft betrachtet und stets gegen ideologische Borniertheiten und politische Restriktionen aller Art verteidigt hat. Dabei verdankte sich die metapolitische Weitsicht, die Nolte allenthalben an den Tag legte, nicht zuletzt seiner philosophischen Herkunft: Immerhin wird die Spannbreite seines Geschichtsdenkens von den Ecksteinen Marx und Nietzsche markiert. Nolte selbst sagte einmal, es gebe in seinem Gesamtwerk sowohl »ausgesprochen linke« als auch »ausgesprochen rechte Thesen«, und damit stehe er gleichsam »zwischen den Fronten«, wo es »nie besonders behaglich« sei. Dieser Standort liegt allerdings weit entfernt von jener schillernden Zone, in der die Extreme sich berühren; und wirklich gab sich Nolte in all seinen Werken als Verteidiger des von den extremen Positionen notorisch verachteten »libe-

»Was sind das für Menschen, die gegen rechts in dem Sinne polemisieren, daß sie eine Rechte überhaupt nicht akzeptieren wollen. Das sind doch totalitäre Gedanken, die der Idee einer pluralistischen Demokratie, die man sonst so hoch erhebt, direkt widersprechen. Schon darum muß man mit der Rechten sympathisieren, denn mit ihr verschwände ein Wesenselement der liberalen Gesellschaft. Das ist natürlich einer der Gründe dafür, daß ich als Rechter oder sogar als radikaler Rechter angegriffen werden kann, denn ich finde, daß die Existenz der Rechten einem jeden, der das liberale System bejaht, selbstverständlich sein müßte. Aber offenbar befinden wir uns bereits in einer Übergangsphase von der ›liberalen‹ in eine ›liberistische‹ Gesellschaft, in welcher der gesellschaftliche Zusammenhalt sich auflöst und es überhaupt keine Gemeinsamkeiten mehr gibt.«

(Ernst Nolte)

ralen Systems« zu erkennen, welches für ihn das empfindliche Herzstück des alten Europa darstellte. In seinem europäischen Traditionsbewußtsein bewährte sich Nolte als großzügiger Vertreter einer längst dahingeschwundenen geistigen Liberalität, und dies mußte unweigerlich die Ressentiments kleinmütiger Geister und enger Herzen wecken.

»Nolte war dankbar für seine Notaufnahme durch die Rechte, aber ganz glücklich wurde er damit auch nicht.«

(Günter Maschke)

Der Preis, den Nolte für solche geistige Freiheit zu zahlen hatte, war seine zunehmende Einsamkeit im konformistischen Wissenschaftsbetrieb. Diese verdankte sich indessen nicht nur dem verstockten Unverständnis eines Großteils der etablierten Historikerzunft, sondern durchaus auch Noltes unnachgiebigem und scheinbar grenzenlosem Willen zum Verstehen selbst. Es waren gerade die tragischen Ausweglosigkeiten und heillosen Abgründe der »historischen Existenz« des Menschen, die in Nolte den Wunsch nach versöhnendem Verständnis hervorriefen, um ihm dessen Erfüllung doch immer wieder zu versagen. Und freilich fühlte sich Nolte besonders zu den Unglücksperioden und Ausnahmezuständen der deutschen Geschichte hingezogen, über die er sich nie ein selbstgerechtes Urteil gestattete: Weder die Weltgeschichte noch die Nürnberger Prozesse waren für ihn das Weltgericht, und den Beruf des Historikers unterschied er klar von dem eines Großinquisitors. Letztlich lag in jener hermeneutischen Empathie, die er keineswegs nur deutschen Übeltätern entgegenbrachte und die doch gern als alles verzeihende Apologie mißverstanden wurde, eine heimliche Trauer und Melancholie über die *Conditio humana* verborgen. Noch die mörderische Konstellation von Nationalsozialismus, Bolschewismus und Judentum im »europäischen Bürgerkrieg« wußte er im Lichte anthropologischer Urphänomene zu deuten: der archaischen Ambivalenz von Faszination und Entsetzen, der schillernden Affinität von Erhabenem und Schrecklichem, der nothaften Konversion von passiver Vernichtungsangst in reaktiven Vernichtungswillen. So war selbst, was in der faschistischen Epoche mit aller Macht wieder durchschlug, für Nolte nichts, was nicht schon in den frühesten Krisen und Katastrophen der menschlichen Geschichte zutage getreten wäre. Sogar in historischen Singularitäten sah er mancherlei Allgemeinhistorisches aufblitzen, und noch die aktuellsten Schrecknisse fanden im ältesten Schauder vor dem Ungeheuren des Menschen einen fernen Widerhall. Ein Geschichtsdenken aber, dem sich die Weltgeschichte von Anbeginn als ein Theater der Grausamkeit darstellte, konnte nicht den Ausdruck einer schönen Seele tragen; es mußte eine zuweilen kalt anmutende Reserviertheit an den Tag legen, welche die eigenen Wunden im Verborgenen hielt.

»[Es geht] darum, Zweifel an der monumentalen Einfalt und Einseitigkeit der vielfach herrschenden Vorstellung über die vorbildlose Besonderheit der NS-Verbrechen zu wecken. Die These steht, nimmt man alles zusammen, auf schwachem Grund, und überraschend ist weniger, daß sie, wie Habermas unter Hinweis auf Nolte fälschlich behauptet, in Frage gestellt wird. Weit erstaunlicher mutet an, daß dies auf ernsthafte Weise bisher gerade nicht geschehen ist. Denn es bedeutet zugleich auch, daß die ungezählten anderen Opfer, vor allem – wenn auch gewiß nicht nur – die des Kommunismus, nicht mehr in Erinnerung sind.«

(Joachim Fest)

Am 11. Januar 1923 erblickte Ernst Nolte in Witten an der Ruhr das Licht einer Welt, die in Aufruhr war. Seine Kindheitsjahre fielen mit denen der nationalsozialistischen Bewegung weitgehend zusammen. In der kleinen Industriestadt am südlichen Rande des Ruhrgebiets war aber auch die kommunistische Partei sehr stark, und schon als Kind verfolgte Nolte aufmerksam die Aufmärsche und Auseinandersetzungen der einander feindlich gesinnten Parteiarmeen. Die frühe Erfahrung, in einem Zeitalter großer ideologischer Konflikte zu leben, sollte sein späteres Geschichtsverständnis ebenso nachhaltig prägen wie die linkskatholisch-pazifistische Einstellung seines Vaters Heinrich Nolte, der als Rektor einer Volksschule in Hattingen wirkte. Bereits als Schüler empfand Nolte seine Fremdheit einer Bewegung gegenüber, die von jungen Männern verlangte, hart wie Kruppstahl, flink wie Wiesel und zäh wie Leder zu werden und in Zeltlager und Kasernenhof ihr Ideal zu erblicken. Fremd mußte umgekehrt aber auch seinen Altersgenossen der junge Mann erscheinen, der sich durch eifriges Studium zu dem ausbildete, was der Volksmund eine Intelligenzbestie zu nennen pflegte. In den Kriegsjahren erlebte Nolte das unverdiente Privileg, studieren zu dürfen, während seine Schulkameraden an allen Fronten kämpften und sein jüngerer Bruder im Alter von achtzehn Jahren in der Nähe von Sedan fiel, als eine schwere Belastung; und nachmals glaubte er, diese Last nur durch die selbstauferlegte Verpflichtung zur geistigen Aufarbeitung dieser katastrophalen Geschehnisse abtragen zu können. So suchte Nolte, der in Münster Germanistik und Anglistik und in Freiburg Philosophie und Griechisch studierte, aus der Not eines kriegsuntauglichen Intellektuellen die Tugend eines um eine satisfaktionsfähige Deutung der deutschen Katastrophe ringenden Historikers zu machen. Nicht zuletzt den strengen Lehrjahren bei Martin Heidegger vor und nach Kriegsende war es geschuldet, daß aus dem Gymnasiallehrer

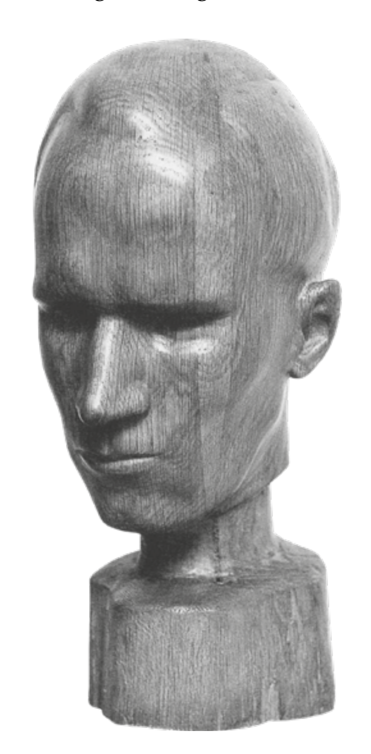
»Es ist ja schon fruchtbar, daß er es wagt, einmal von den Verbrechen der anderen zu sprechen. Aber Nolte – das ist ja das Schlimmste – zementiert geradezu die These von der ›Singularität‹ der deutschen Verbrechen. Er findet sogar eine neue Kategorie des Verbrechens, das transzendentale Verbrechen, das nur die Deutschen begangen haben. Er ist ein Liberaler, er ist gar nicht so weit entfernt von Habermas. Nur: die Leute lesen das nicht, nehmen das nicht zur Kenntnis.«

(Armin Mohler)

und Studienrat Nolte schließlich ein philosophierender Geschichtsdenker wurde, dessen Leben und Schaffen im übrigen von der studierten Linguistin und als Übersetzerin und Dolmetscherin tätigen Annedore Mortier, die er 1956 zur Frau nahm und die ihm zwei Kinder schenkte, bis zuletzt anteilnehmend begleitet wurde.

1963 erschien das bahnbrechende frühe Hauptwerk *Der Faschismus in seiner Epoche,* das Nolte sogleich berühmt machte und ihm einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte in Marburg verschaffte, und auf dem die in Zehnjahresabständen folgenden großen Werke *Deutschland und der kalte Krieg* und *Marxismus und industrielle Revolution* aufbauen konnten. In dieser »historischen Trilogie«, die seine erste Schaffensperiode repräsentiert, suchte Nolte »die Geschichte des Praktischwerdens und des Scheiterns der großen modernen Ideologien« umfassend darzustellen und zugleich von innen heraus zu begreifen. 1973 folgte Nolte einem Ruf der Freien Universität Berlin, an deren Friedrich-Meinecke-Institut er bis zu seiner Emeritierung Neuere Geschichte lehrte. Den Beginn der zweiten Schaffensperiode markiert das 1987 erschienene Werk *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945,* in dem Nolte seine bisherige ideologiehistorische

Ernst Nolte
Faschismus



»Für den frühestens der Verleger meiner ›Spätzeit‹, Herrn Götz Kubitschek, mit allen guten Wünschen« – im Verlag Antaios erschienen drei Bücher Ernst Noltes.

Die abgebildete Holzbüste Ernst Noltes schuf die Künstlerin Maria Schlüter-Staat Anfang der fünfziger Jahre.

Perspektive auf den Faschismus als radikalem Antimarxismus an der realhistorischen Feindschaft zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus konkretisierte. Daß Nolte ein pointiertes Resümee dieses umfangreichen Buches vorab in der *FAZ* publizierte, hatte indessen fatale Folgen, denn der Artikel »Vergangenheit, die nicht vergehen will« bot Jürgen Habermas einen willkommenen Anlaß, um jenen zu Unrecht so genannten Historikerstreit zu entfesseln, in dem auch Andreas Hillgruber, Joachim Fest und Michael Stürmer deutschnationaler Geschichtsapologetik bezichtigt wurden und der schließlich mit einem klaren geschichtspolitischen Sieg der Partei des Soziologen und seiner Gefolgsleute endete. Unversehens war aus einem berühmten ein berüchtigter Historiker geworden, und die unerschrockene Sachlichkeit, mit der Nolte 1993 die wichtigsten *Streitpunkte* in den neueren Kontroversen um den Nationalsozialismus diskutierte und 2002 in *Der kausale Nexus* weiter differenzierte, festigte nur seinen negativen Ruhm als historischer Revisionist, der die Singularität des Holocausts »geleugnet« habe — gerade so, als wäre diese ein religiöses Dogma und keine wissenschaftlich begründungsbedürftige These.

»Selbst hartgesottene NPD-Anhänger müßte Noltes Wort von der ›asiatischen Tat‹ zur Verzweiflung treiben, weil dieser Verdacht die Identität des Volkes unmittelbar berührt, welches sich nach völkischer Auffassung mit begangenen Verbrechen jedenfalls leichter abfinden könnte als damit, daß sie ausgerechnet asiatischen Charakters sind und also mit dem Stigma des Untermenschentums behaftet.«

(Wolfgang Pohrt)

In Wahrheit war Nolte 1963 der erste deutsche Historiker gewesen, der mit aller Emphase die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung nicht nur behauptet, sondern auch theoretisch entfaltet hatte – und an dieser Auffassung hat er bis zum Lebensende festgehalten. Erklärtermaßen verlieh Nolte dem Judentum und »den Millionen seiner Opfer die höchste aller Ehren«, indem er herausstellte, »daß sie, die als

Bazillen vertilgt wurden, nicht als unglückliche Objekte eines widerwärtigen Verbrechens starben, sondern als Stellvertreter bei dem verzweifeltsten Angriff, der je gegen das menschliche Wesen und die Transzendenz in ihm geführt wurde«. – Seit 1986 jedoch ist Nolte unter allen Historikern, welche die Singularitätsthese verfechten, der einzige, dem noch in aktuellen Nachrufen deren Bestreitung vorgeworfen wird. Gegen Legionen legasthenischer Gesinnungspublizisten stand Armin Mohler freilich auf verlorenem Posten mit seiner luziden Klarstellung, das Ergebnis von Noltes anstößigem Vergleich der nationalsozialistischen mit den bolschewistischen Massenverbrechen sei »gerade nicht die prophezeite Relativierung der deutschen Verbrechen, sondern die radikalste uns bekannte Zementierung ihrer ›Singularität‹«.

Die nahezu konsensuelle Falschbehauptung der Singularitätsleugnung sollte ersichtlich den intellektuellen Schock abwehren, daß Nolte einen Blick über den deutschen Tellerrand hinaus gewagt und die zig millionenfachen Opfer von Lenin bis Mao – die von so manchen der vormals durch die Institutionen marschierten und unterdessen längst saturierten Achtundsechziger insgeheim noch immer als Revolutionsikonen verehrt werden – in seine Betrachtungen mit einbezogen hatte. Und obschon auch linke, zumal marxistisch geschulte Zeitgenossen ganz selbstverständlich einen allgemeinen »kausalen Nexus« zwischen kommunistischen Revolutionen und faschistischen Konterrevolutionen postulierten, löste Nolte doch eine verstörende Wiederkehr des von ihnen Verdrängten aus, indem er sie folgerichtig auch mit dem besonderen Nexus zwischen dem »Gulag« und »Auschwitz« konfrontierte. Hierbei berief er sich unter anderem auf den polnischen Historiker Andrzej J. Kaminski, der selbst in nationalsozialistischen Konzentrationslagern inhaftiert gewesen war und in späteren Forschungen zu belegen wußte, daß diese »den sowjetischen nachgebildet« waren. Gleichwohl sollte Nolte aus seinem empirisch belastbaren Revisionismus ein vernichtender Vorwurf erwachsen, denn einstweilen hatte sich in der bundesrepublikanischen Leitkultur eine ideologische Orthodoxie etabliert, für die dieses Grundprinzip kritischer, ergebnisoffener Wissenschaft nurmehr eine bekämpfenswerte politische Häresie darstellte.

Vor diesem Hintergrund wird man Nolte den letzten Liberalen der deutschen Zeitgeschichtsschreibung nennen dürfen, denn bei aller Beharrlichkeit in der Sache ist es ihm nie um seine Person oder die machtbewußte Durchsetzung eigener Positionen gegangen, sondern immer um das Ethos der Wissenschaft als solcher, innerhalb deren Grenzen er auch gegnerische Auffassungen zu schätzen und zu verarbeiten wußte, nicht ohne sogar auf unverhohlen diffamierende Angriffe mit bewundernswerter Sachlichkeit und Milde zu reagieren. Als der Verfasser dieser Zeilen die *Späten Reflexionen* von 2011 in einer Rezension scharf kritisierte, durfte er selbst erfahren, daß Nolte, anstatt sich getroffen zurückzuziehen, die strittigen Punkte mit ihm brieflich weiterdiskutierte.

Lange Jahre hatte Nolte allen Grund, sich in Deutschland auf verlorenem Posten zu wähnen, und so wurde ihm Italien, wo er stets großes Ansehen genoß, zur zweiten Heimat. Immerhin mobilisierte er noch im Alter alle ihm zu Gebote stehenden Reserven, um seine verdiente Stellung als Großdenker der europäischen Ideologiengeschichte zu halten. In seinem 2009 erschienenen Buch über den *Islamismus* suchte er diesen als die nach Bolschewismus und Faschismus *Dritte Widerstandsbewegung* gegen die liberale Moderne ins Bewußtsein zu rufen, zumal das in einer libertären Postmoderne versandende Europa mit seiner schwächelnden Appeasementpolitik keinerlei Selbstbehauptungswillen mehr erkennen läßt. Es sieht demnach ganz danach aus, als würde Nolte seine einstmaligen Gegner geistig überleben, denn die von ihnen lange genug verdrängten, von ihm selbst aber schon beizeiten aufgeworfenen Fragen stellen sich heute allenthalben mit einiger Dringlichkeit. Auch sind nicht wenigen aus der dritten Generation nach dem Dritten Reich die Frageverbote der Ewiggestrigen des anderen Lagers kaum mehr recht verständlich, und so können sie heute unbefangen von einem lernen, der von weiter herkommt. Nolte selbst jedenfalls glaubte, seine Zeit werde noch kommen, und auch daran mag es liegen, daß der Verfasser ihn bei einem letzten Besuch im vergangenen Sommer so heiter und gelassen erlebt hat wie noch nie zuvor. Am 18. August dieses Jahres verstarb dieser singuläre Denker nach kurzer Krankheit. ■

Sekundärliteratur, Sammelbände und Dokumentationen:

Backes/Jesse/Zitelmann (Hrsg.): *Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus,* Frankfurt a.M. 1990;

Matthias Brodkorb (Hrsg.): *Singuläres Auschwitz? Ernst Nolte, Jürgen Habermas und 25 Jahre »Historikerstreit«,* Banzkow 2011;

Dan Diner (Hrsg.): *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit,* Frankfurt a.M. 1987;

Gerrit Dworok: *»Historikerstreit« und Nationswerdung. Ursprünge und Deutung eines bundesrepublikanischen Konflikts,* Köln/Weimar/Wien 2015;

Fleischer/Pierluca (Hrsg.): *Das 20. Jahrhundert. Zeitalter der tragischen Verkehrungen. Forum zum 80. Geburtstag von Ernst Nolte,* München 2003;

Imanuel Geiss: *Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit,* Berlin 1988;

ders.: *Der Hysterikerstreit. Ein unpolemischer Essay,* Bonn/Berlin 1992;

Siegfried Gerlich: *Im Gespräch mit Ernst Nolte. Einblick in ein Gesamtwerk,* Schnellroda 2005;

ders.: *Ernst Nolte. Portrait eines Geschichtsdenkers,* Schnellroda 2009;

Volker Kronenberg: *Ernst Nolte und das totalitäre Zeitalter. Versuch einer Verständigung,* Bonn 1999;

ders. (Hrsg.): *Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der »Historikerstreit« – 20 Jahre danach,* Wiesbaden 2008;

Reinhard Kühnl (Hrsg.): *Vergangenheit, die nicht vergeht. Die »Historiker-Debatte«. Dokumentation, Darstellung und Kritik,* Köln 1987;

Nipperdey/Doering-Manteuffel/Thamer (Hrsg.): *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte,* Frankfurt a.M./Berlin 1993;

»Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, hrsg. vom Piper-Verlag, München 1987.

Polarisierung

von Martin Lichtmesz

»Das Land scheint bis an den Rand der Dysfunktionalität polarisiert und umkämpft zu sein«, schrieb der amerikanische Psychologe Jonathan Haidt im Jahr 2012 über die USA. »Immer weniger Menschen sehen sich als moderat oder in der Mitte, immer mehr als entweder konservativ oder links.« Diese Zuspitzung habe seit den neunziger Jahren stetig zugenommen. Die Wahlkämpfe wurden immer schmutziger, der gegenseitige Haß immer größer. Heute, während die finanzielle und politische Lage immer schlimmer wird, hätten die Amerikaner das Gefühl, sie befänden sich auf einem sinkenden Schiff, dessen Crew sich lieber damit beschäftigt, einander zu bekriegen, als die Lecks zu stopfen. Vier Jahre später kulminiert diese Entwicklung im Wahlkampfmatch zwischen Donald Trump und Hillary Clinton. Seit langem standen sich nicht mehr derart scharf entgegengesetzte Kandidaten gegenüber, die emblematisch für eine Neuaufladung und Neugruppierung der politischen Gegensätze zwischen den beiden Großparteien stehen.

»Man könnte die Hälfte von Trumps Unterstützern in einen, wie ich es nenne, ›Korb der Erbärmlichen‹ stecken. Sie sind rassistisch, sexistisch, homophob, xenophob, islamophob …«

Hillary Clinton, New York, 9. September 2016.

»Wow, Hillary war so BELEIDIGEND zu meinen Unterstützern, Millionen von großartigen, hart arbeitenden Menschen. Das wird sie Stimmen kosten!«

Donald Trump via Twitter, 10. September 2016.

Trump ist es gelungen, als energischer Außenseiter die zahn- und profillos gewordenen »Cuckservatives« und Neocon-Falken wegzufegen und der republikanischen Partei einen frischen, populistischen Appeal zu verleihen. Insbesondere weiße Mittelständler und Arbeiter fühlen sich von seinem Programm angesprochen: Sicherung der Grenzen, stärkere Kontrolle der Einwanderung, Stärkung des freien Unternehmertums der Fleißigen, Ablösung des »falschen Lieds des Globalismus« durch einen tatkräftigen Patriotismus alter Schule und nicht zuletzt das Ende der Tyrannei der politischen Korrektheit. Demgegenüber steht Clinton als dinosaurische Veteranin des globalistischen Establishments, deren Wahlkampf unter anderem von der Wall Street, Silicon Valley, Goldman Sachs und Saudi-Arabien gefördert wird. Im Gegensatz zu dem gemäßigten Bill Clinton setzt sie innenpolitisch auf das volle Programm der Linken: »Diversity«, Feminismus, Geschlechtergleichheit, »Black Lives Matter«, offene Grenzen und primäres Werben um die Stimmen rassischer Minderheiten, der LGBT-Gemeinschaft und der urbanen linksliberalen Weißen. Sie hat auch den Großteil der Medien auf ihrer Seite, die ihren Gegenspieler mit einem beispiellosen, hysterischen Haß überschütten und dabei kaum mehr vortäuschen, objektiv und unparteiisch zu berichten: Sie zeichnen Trump als – Überraschung! – neuen »Hitler«, während seine Anhänger routinemäßig als bigotte, von »Angst« und Paranoia getriebene »Rassisten« hingestellt werden. Eine Hetze, die wiederholt zu körperlichen Attacken auf Trump-Fans durch aufgeputschte extreme Linke geführt hat.

Diese Lage ist durchaus mit Deutschland vergleichbar: Während Massenmedien, Establishmentpolitiker, Meinungsmacher und einschlägig motivierte »Experten« unablässig versuchen, die AfD als eine Art NSDAP 2.0 *in nuce* hinzustellen, üben solcherart ermutigte Antifas einen regelrechten Terror gegen deren Politiker und Anhänger aus, ohne mit ernsthaf-



Es versteht sich von selbst, daß die Skulpturen ausschließlich die Haßgefahr »von rechts« verkörpern sollen – Rainer Opolkas Wölfe in Dresden

ter Kritik und Konsequenzen rechnen zu müssen. Ähnlich wie in den USA behauptet das um seinen Machterhalt fürchtende Establishment, die Demokratie, die Verfassung, »die Menschenrechte« und so weiter zu verkörpern, um sich gegen jegliche Kritik zu immunisieren und die Opposition als »Demokratie-«, »Verfassungs-« oder »Menschenfeinde« hinzustellen. Diese Dämonisierung steigert sich um so mehr, je deutlicher sich die negativen Folgen der Einwanderungspolitik zeigen. So war im August 2016 im Berliner Hauptbahnhof eine Ausstellung mit dem Titel »Die Wölfe sind zurück« zu sehen, die darauf abzielte, »Haß und Gewalt« in Deutschland anzuprangern. Es versteht sich von selbst, daß die 66 martialischen Werwolf-Skulpturen mit Namen wie »NSU-Mann«, »Blinder Hasser« oder »Mitläufer« ausschließlich die Haßgefahr »von rechts« verkörpern sollten, worauf begleitende Texte ausdrücklich hinwiesen: PEGIDA, AfD, NPD wurden genannt und Lutz Bachmann, Björn Höcke oder André Poggenburg als Beispiele für die laufende »Verluderung der politischen Kultur« zitiert: »In der Folge brennen Asylheime, das Bundeskriminalamt meldet für 2016 bereits mehr rassistische und rechtsradikale Straftaten denn je.« Kein Wort über den steilen Anstieg von Ausländerkriminalität, Vergewaltigungswellen, ethnischen und sozialen Konflikten und die Ausbreitung des radikalen Islams. Die Macher waren offenbar nicht imstande, zu erkennen, daß ihre Horror-Panikmache selbst ein schlagendes Beispiel für eine »Verluderung der politischen Kultur« *par excellence* war: blindwütiger, krasser und buchstäblicher kann man wohl kaum ganze Gruppen von Andersdenkenden entmenschlichen und verteufeln. Die Ausstellung erschien um so bizarrer, als sie kaum einen Monat nach der Welle islamistischer Terroranschläge in Nizza, Saint-Étienne-du-Rouvray, Würzburg und Ansbach und dem Massaker von München im Juli 2016 eröffnet worden war. Selten ist das pathologische Muster der verzerrten linken Weltwahrnehmung deutlicher zutage getreten als hier: Nicht die tatsächlichen Schlächter, Killer und Bombenleger sind aus dieser Sicht die Werwölfe, sondern diejenigen, die vor ihnen gewarnt haben.

Auch wenn die AfD noch keinen Trump und keine Le Pen hervorgebracht hat und die Position Merkels bisher nur ankratzen konnte, so ist sie dennoch zum Kristallationspunkt einer gesellschaftlichen Polarisierung geworden, die sich ebenso wie in den USA oder in Großbritannien apropos »Brexit« vorwiegend am immer virulenter werdenden Thema der Einwanderung und der ungesicherten Grenzen entzündet hat.

Deutlicher noch hat sich die Lage in Österreich zugespitzt. Wie auch immer die Neuwahl des Bundespräsidenten am 4. Dezember ausgehen wird: Beide Kandidaten stehen für eine Spaltung, die tiefer reicht als die bisher übliche Verteilung der Macht zwischen Rot und Schwarz. Nun stehen sich immerhin die Kandidaten der Erzfeinde unter den Parteien gegenüber, jener Partei, die als am weitesten »rechts«, und jener, die als am weitesten »links« wahrgenommen wird. Daß inzwischen die Hälfte der Österreicher trotz der überwiegenden medialen Unterstützung für Van der Bellen und der Dauerverfemung der FPÖ bereit ist, einen blauen Präsidenten zu akzeptieren, ist ein deutliches Zeichen, daß der Widerwille gegen die Politik der offenen Grenzen und damit auch des Multikulturalismus wächst und das Vertrauen in die alten Eliten gehörig gesunken ist. Es ist

»Diese Selbstgefälligkeit, diese moralische Selbstüberhöhung, diese selbstzweifelsfreie Gewaltsprache, mit der hier Menschen, die ich für intelligent halte, alle Wähler von Norbert Hofer in Bausch und Bogen als Nazis, Pack, Bagage und Abschaum niedermachen, ist mir zuwider. Nur weiter so. Irgendwann bringen wir uns gegenseitig um. Miteinander reden, auch wenn man unterschiedliche Standpunkte hat, scheint schon zu einer Obszönität herabgekommen zu sein. Jeder weiß, daß er recht hat, und brüllt noch lauter als der andere. Und gefällt sich auch noch in dieser Rolle. […] Wenn wir aufhören, mit politisch Andersdenkenden zu reden, vergessen wir 1934.
Wenn wir politisch Andersdenkende de facto schon als Untermenschen darstellen – was sind wir dann?«

Thomas Glavinic via Facebook, 26. April 2016.

bezeichnend, daß Van der Bellens Wahlplakate exzessiv an den Patriotismus und das »Wir«-Gefühl der Österreicher appellierten (»Für unser vielgeliebtes Österreich«), also an Sentiments, die bislang eigentlich Sache der FPÖ waren. Van der Bellen hatte mithin begriffen, daß es ohne dieses Thema der Stunde nicht gehen würde. Die von außen herandrängende Krise und die Destabilisierung nach innen wecken offenbar starke Sehnsüchte nach Sicherheit und »Heimat«, auch bei Wählerschichten, die ihre affektive Abneigung gegen die FPÖ nicht überwinden können. Die Meinungskluft geht mitten durch Familien, Ehen, Freundeskreise, Arbeitsplätze, Kirchengemeinden, Elterngruppen, Schulen und soziale Netzwerke, wobei nach wie vor die Anhänger der »blauen« Seite in der Regel stärker von sozialem und beruflichem Druck, Ausgrenzung und Anfeindung bedroht sind.

Nun kann jedermann täglich die Erfahrung machen, die normalerweise nur politisch besonders engagierten Menschen vorbehalten ist: daß man vor einem aufgebrachten Gegenüber steht, das offenbar in einer Parallelwelt lebt und die Wirklichkeit gänzlich anders als man selbst wahrnimmt. Mit einem Schlag scheint die höfliche und praktische Fiktion aufgehoben, daß wir alle in derselben Welt leben, dieselben Dinge sehen und wissen und zu denselben rationalen Urteilen fähig sind. Rasch spricht man sich gegenseitig die vielgerühmte bürgerliche Mündigkeit ab. Es bleibt allerdings nicht beim »Ich-seh-etwas-was-du-nicht-siehst«-Spiel, sondern bald dreht sich jegliche Diskussion um tiefsitzende moralische Werte und emotionale Identifikationen, Dinge, die unsere Wahrnehmungen erheblich filtern.

»Man muß den Ahnungslosen und Nasenringträgern, die Parallelen zwischen unserer heutigen Situation und jener von 1933 herzustellen suchen, beharrlich die Bevölkerungspyramiden beider Jahrgänge vor Augen führen. Das Durchschnittsalter der Deutschen hat sich inzwischen ungefähr verdoppelt, an Waffenfähigen bzw. überhaupt Waffenkundigen herrscht heute ein, je nach Gesinnung, erschütternder oder erfreulicher Mangel, im Verlauf des Krieges dienten 18,2 Millionen Soldaten in Wehrmacht und Waffen-SS, heute leben in Deutschland im theoretisch waffenfähigen Alter (18–45) etwa zwölf Millionen oft nur sogenannte Männer, darunter ein Viertel bis Drittel mit dem berühmten Hintergrund, der Nationalsozialismus war, wie übrigens der Bolschewismus auch, eine Jugendbewegung. Die einzige politische Jugendbewegung unserer Tage bzw. unseres Epöchleins ist der radikale Islam, womit dem erwähnten Drittel oder Viertel der Waffenfähigen hierzulande eine pikante Bedeutung zuwächst. Kurzum: Nur ein Mensch mit Interessen oder ein Schwachkopf findet Analogien zwischen unserer Lage und jener anno 1933.«

Michael Klonovsky, *Acta diurna* vom 10. September 2016.

In seinem Buch *The Righteous Mind* versuchte der eingangs zitierte Jonathan Haidt, die Anatomie politischer und religiöser Spaltungen zu ergründen: Wie kommt es etwa, daß sich zwei Streitpartner nahezu spiegelbildlich vorwerfen, unmoralisch, irrational oder unlogisch zu sein? Grundlage seiner Betrachtungen ist, daß unsere Werturteile in erster Linie affektiv, emotional und intuitiv getroffen und erst danach rational begründet werden. Die Intuition, das »Bauchgefühl«, ist unser wahrer »Meister«, während der argumentierende Verstand nur sein »Diener« ist. Darum sind die wenigsten Menschen durch rein rationale Argumente umzustimmen. Haidt nennt nun die fünf »Geschmacksknospen« unserer moralischen Matrix: »Care/Harm« bezieht sich auf den Schutz der Schwächeren und Bedürftigen, woraus die Abscheu vor Grausamkeit und Mitleid mit Notleidenden folgt; »Fairness/Cheating« auf Gerechtigkeit, Reziprozität und Proportionalität; »Loyalty/Betrayal« auf Vertrauen, Treue und Loyalität, vor allem gegenüber der eigenen Gruppe, dem der Verrat gegenüber steht, der durch alle Zeiten und Kulturen hindurch als eine der schlimmsten ethischen Verfehlungen galt; »Authority/Subversion« auf den Respekt vor Institutionen und sozialen Hierarchien; »Sanctity/Degradation« bezieht sich auf Fragen der Würde und der Reinheit oder Sauberkeit im physischen und übertragenen Sinne – in diesen Bereich gehört auch der Bereich der religiösen Werte, der »Ethik der Göttlichkeit« und der »Psychologie des Heiligen«, die uns bestimmte Orte, Menschen, Prinzipien und Gegenstände als »heilig« verehren oder andere tabuisieren läßt. Sie sind die symbolischen Stützen der Gemeinschaftsmoral, und wer sie angreift, attackiert das Herz der Gemeinschaft selbst.

Haidt stellt nun fest, daß Konservative in der Regel über ein breiteres moralisches Spektrum verfügen als Linke, die dazu neigen, die beiden erstgenannten moralischen Felder, »Care« und »Fairness«, überzubetonen, wenn nicht gar zu verabsolutieren. Weil es ihnen schwerfällt, Moral jenseits dieser beiden Felder zu denken, halten sie Konservative oder eben Rechte oft für unmoralisch oder gar »böse«. Umgekehrt halten Rechte Linke meistens eher für dumm und krankhaft als für »böse«. Das konservative Spektrum umfaßt alle fünf Felder, allerdings mit stärkerer Betonung der letzten drei. Haidt spricht vom »konservativen Vorsprung«, denn diese sind in der Tat von größerer Bedeutung, wenn es darum geht, eine funktionierende und sinnstiftende, den Einzelne entlastende Gemeinschaft zu schaffen. Wer nur die ersten beiden Felder der moralischen Matrix begreift, wird, so Haidt, kaum ein Ohr für die sakralen Untertöne des amerikanischen Mottos »E pluribus unum« haben: »Der Prozeß, durch den aus *pluribus* (vielen verschiedenen) ein *unum* (eine Nation) wird, ist ein Wunder, das sich in jeder erfolgreichen Nation der Welt vollzieht. Na-

tionen zerfallen oder teilen sich, wenn sie aufhören, dieses Wunder zu vollbringen.« Daher sei es problematisch, daß die Demokraten seit den sechziger Jahren zunehmend zur Partei der *pluribus* geworden seien: »Demokraten feiern im allgemeinen die ›Vielfalt‹, unterstützen Einwanderung ohne Assimilation, lehnen es ab, Englisch als nationale Sprache festzumachen, tragen ungern Flaggenanstecker und sehen sich selbst als Weltbürger.« Das sind schlechte Voraussetzungen für das Amt des Präsidenten, der schließlich die Aufgabe hat, gleichsam als »Hohepriester« der nationalen Einheit zu wirken. In der Tat hat der erste schwarze Präsident der USA nach Kräften sein »Bestes« getan, um die Beziehungen der Rassen in seinem Land nachhaltig zu zerrütten, indem er eine einseitige schwarze Identitätspolitik gefördert hat. Hier kann man auch die Gefahr einer zu engen moralischen Matrix sehen: Haidt hält fest, daß Moral sowohl »bindet« als auch »blendet« – sie hält eine Gruppe effektiv zusammen und stärkt ihr Wir-Gefühl, macht jedoch diejenigen, die sich auf der moralisch unbedingt richtigen Seite wähnen, oft blind für ihre eigenen Fehler und Makel. Gerechtigkeit wird dann zur Selbstgerechtigkeit und Doppelmoral.

Man kann hieraus leicht eine Theorie der politischen Spaltung im Zuge der »Flüchtlingskrise« ableiten. Die »Gutmenschen« wollen »helfen« und haben ein schlechtes Gewissen wegen der »unfairen« Verteilung von Lebensqualität und Wohlstand, während ihnen zugleich der Sinn für Loyalität zur eigenen Gruppe abhanden gekommen ist. Zugleich erscheinen ihnen bestimmte Dinge wie Patriotismus oder ihre deutsche Identität als Volk und Nation als »unrein« und mit einem starken Tabu belegt. Die »Konservativen« oder Rechten sehen in dem übermäßigen Ansturm der »Flüchtlinge« eine Gefahr für die eigene Gruppe und Nation, für Recht, Ordnung und das soziale Gefüge, und falls Islamisierung und Überfremdung drohen, auch eine Gefahr für die eigene Lebensweise. Wenn Haidt nun aufgrund dieser Erkenntnisse zu mehr gegenseitigem Verständnis und konstruktiveren Disputen aufruft, darf man skeptisch sein, ob derlei noch funktionieren kann.

Auf der intellektuellen Ebene ebenso wie auf der alltäglichen der Normalverbraucher läuft es am Ende schlicht auf einen Konflikt zwischen Realisten und Realitätsverleugnern hinaus, deren Verstand zur bloßen Abwehr-, Blendungs- und Projektionsmaschine verkommen ist. Wie Alain de Benoist in *éléments* (Nr. 159) schrieb: »Die progressistische Linke steckt in der Verleugnung fest. Der Akt der Verleugnung bedeutet nach Freud die Weigerung, bestimmte Wahrnehmungen anzuerkennen, also sich zu verhalten, als ob die Wirklichkeit, die man wahrnimmt, nicht existiert.« Die »wirklichen Menschen, die das Volk ausmachen«, glauben zum Beispiel nicht an die »Einwanderungsekstase« und die Abschaffung der Grenzen, an »Gender«-Theorien, an die bunte »Vielfalt« und gleichzeitige angebliche Nichtexistenz der Rassen oder an die Verbesserung des Schulsystems durch Nivellierung. Kurz: »Sie sehen, was sie sehen, und sie stellen fest, daß die Medien nicht darüber sprechen, was sie sehen; und wovon sie sprechen, entspricht nicht der Wahrheit.«

Angesichts dieser Lage reagiert die herrschende Klasse, die in einem »fiktiven Universum« lebt, mit »Wehklagen, Exkommunikationen und Predigten«. Die Exkommunikationen sehen folgendermaßen aus: »Diejenigen, die sich darauf versteifen, daß sie sehen, was sie sehen, werden beschuldigt, nach ›rechts‹ zu rutschen.« Darum bedeutet die aktuelle politische Polarisierung mehr als einen bloßen Kampf der Werte und Interessen. Man kann schlichtweg nicht mit Leuten diskutieren, die in Frage stellen, ob es überhaupt ein Schiff gibt, ob es ein Leck gibt oder ob es Wasser gibt, oder ob das Wasser und die Lecks für das Schiff gut sind oder es gar am Sinken hindern. Aus der Sicht der Realisten sägen sich auch die Flüchtlingswillkommenheißer, Hypermoralisten, Xenophilen und Germanophoben den Ast ab, auf dem sie sitzen. Und diejenigen, die am tiefsten in dieser Pathologie stecken, sind längst von der Verleugnung der Wirklichkeit zur psychologischen Projektion übergegangen: Sie werden uns, die wir sehen, was wir sehen, und sagen, was wir sehen, auch in Zukunft zu den Sündenböcken der Folgen ihrer Verblendung machen, werden uns immer blindwütiger vorwerfen, »gefährlich«, dumm, haßerfüllt, halluzinierend, bösartig, unmoralisch und angstneurotisch zu sein, und all das ist es vielleicht, was sich in Wahrheit hinter ihrer scheinbar so arglosen, angeblich so haß-, angst- und diskriminierungsfreien Oberfläche verbirgt. ■

»Wir können die Bedeutung dieses Wahlergebnisses nur verstehen, wenn wir es in einem größeren Kontext betrachten, nämlich der globalen Revolte gegen die selbsternannten Eliten. Der Aufstieg des Populismus ist nur dessen sichtbarster Ausdruck, und das »Nein« des Jahres 2005 zur Europäischen Verfassung markiert den symbolischen Beginn dieser Entwicklung. Brexit kann nicht vom Aufstieg des Front National in Frankreich, der FPÖ in Österreich, Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien, von der Wahl einer Vertreterin der Fünf-Sterne-Bewegung zur Bürgermeisterin von Rom, vom Trump- und Sanders-Phänomen in den USA usw. getrennt betrachtet werden. Überall revoltiert das Volk gegen eine übernationale Oligarchie, die es nicht länger unterstützt. Das ist die Essenz von Brexit: die Bestätigung einer fundamentalen Bewegung. Nach Jahrzehnten der Expansion gehen wir auf eine Ära der Sezessionen zu.«

Alain de Benoist: »Brexit – vers un effet domino en Europe?«, *Boulevard Voltaire* vom 29. Juni 2016.

Dialoge mit H – Wie war der Verlust des Eigenen möglich?

von Caroline Sommerfeld

Die Knotenpunkte der Geschichte entstehen da, wo ihre Protagonisten um das Sagbare und das Unsagbare gerade noch streiten können. Es gibt Begriffe, die kurz vorm Verschwinden von der diskursiven Bildfläche sind: »das Eigene/Eigentliche/Substanz«, dann: »Volk«, »Heimat«, »Nationalstaat«, und konkreter: »Deutschsein«.

In der täglichen Auseinandersetzung mit H entsteht ein Spannungsfeld, in dem ich gegen Windmühlenflügel zu kämpfen scheine, aber auch wissen will: Wie ist es dazu gekommen, daß ich anscheinend über intakte Substanzbegriffe verfüge, die mein Eigenes umfassen – und er kein bißchen.

Ich habe das historisch große Glück, mit meinem Mann ein Schauspiel zweier Generationen aufführen zu können. Uns verbindet das Gerade-noch-Sagbare. H ist Jahrgang 1939, kennt also die oben genannten Substanzbegriffe in ihrer rhetorisch heißesten Phase noch, genauso wie er bei ihrem Herunterkühlen und Verschwindenlassen heftig mitgearbeitet hat.

Ich, Jahrgang 1975, kenne sozialisationsbedingt alles Wesentliche nur aus zweiter Hand, der Hand der 68er. In der kühlen Fadheit der Bundesrepublik nach 1990 schwelte aber untergründig doch noch eine Faszination für das, was einstmals Begeisterung entfacht haben mußte, was als das »Böse« zu sehen uns mit logischer Stringenz beigebracht worden war. Es blieb lange Zeit untergründig, offen nur der Abscheu gegen das allzu selbstverständliche »Gute«, und brach sich erst im vergangenen Jahr aufgrund der dramatischen politischen Lage eindeutig Bahn. Ich erschrak vor mir selbst, daß ich – ohne es zunächst explizit zu wissen – mich selbstverständlich mit etwas identifizierte, das nicht mehr in den Bereich des Sagbaren gehörte.

Noch vor ein paar Jahren glaubte ich, ich hätte keine Werte. Das »Wir-Gefühl« der amerikanischen Kommunitaristen, allen voran meines Lieblingsphilosophen Richard Rorty, war mir fremd, ich setzte eher darauf, die »liberale Ironikerin« zu verkörpern. In *Kontingenz, Ironie und Solidarität* von 1989 verband er ästhetische Distanz, Typus Nietzsche, mit solidarischem Engagement, Typus Marx. Mir war klar, welche Rolle ich spielen wollte und unter welcher ich litt, weil sie mir nicht gelang. Daß dieses Gefühl ein urdeutsches war, war mir nicht bewußt.

Der Weg dieser Suche nach den Bedingungen der Möglichkeit, quasi: einer transzendentalen Deduktion der Kategorien einer Generation, läuft auf verschiedenen Ebenen. Ganz oben verläuft die Ebene der Rhetorik, der Argumentation. Darunter die Ebene der Ideologie. Noch weiter unten die Ebene der Psychologie einer Alterskohorte. Und ganz unten die Ebene der persönlichen Bindung, der Horizontverschmelzung.

1. Rhetorik

Die Rhetorik wider die Verteidigung des Eigenen lebt von der Behauptung ihrer moralischen und rationalen Überlegenheit. Wer das Eigene benenne, es verteidigen wolle, sei »egoistisch«. Grenzen und Nationalismus

drückten aus, nichts von den eigenen (westlichen, sozialstaatlichen, finanziellen) Privilegien abgeben zu wollen, nur an sich zu denken statt in globalen Maßstäben. »Substanzdenken ist eine Todsünde«, erklärte mir M, ein befreundeter Soziologe, und sei in der funktional ausdifferenzierten Moderne nicht mehr haltbar. Statt von »Volk« sei von »Bevölkerung« zu sprechen.

> *Insistieren von H, ich müsse Plessners* Grenzen der Gemeinschaft *(1924) neu lesen, darin ginge es doch um die Gewalt und Feindlichkeit im Innern von homogenen Gemeinschaften. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf, nicht: Der Fremde ist dem Menschen ein Wolf! Weil Gemeinschaften in sich gefährlich sind, ergo Abschied von der Idee des Volkes. Das deutsche Volk müsse man doch gegen seine ihm innewohnende Tendenz, sich abzuschotten, beschützen. Immer, wenn historisch Austausch möglich war, war Frieden, im 18. und 19. Jahrhundert etwa, und immer, wenn die Deutschen sich abgrenzen mußten, wurde es katastrophal.*
>
> *Ich hielt dagegen, daß die Uneinigkeit der Volksgemeinschaft doch ohnehin logisch und die Einheit ein heuristischer Begriff sei, wir hingen ja keinen romantischen Einigkeitsphantasien an. Und auch, daß man das nicht umdrehen dürfe als Argument: Weil die Deutschen in sich inhomogen und konfliktbeladen wären, sei jedes Aufrechterhaltenwollen dieser Einheit falsch. H meinte daraufhin, das Volk wehre sich gegen Vereinheitlichung von rechts und wolle im Austausch bleiben. Der Begriff des Austauschs ist natürlich massiv mehrdeutig: Wenn man da Massenimmigration und den friedlichen Dialog älterer Professoren oder Ehepaare zusammenfaßt, lügt man sich in die Tasche.*

Gespräch mit dem Soziologen M – Alter zwischen H und mir, ebenfalls Deutscher – am Lagerfeuer. Wir waren uns zuerst theoretisch einig, daß Fußball eine ästhetische Enklave für Nationalgefühle sei. M: »Aber die moderne transnationale Migrationsgesellschaft hat sich glücklicherweise davon verabschiedet, so kann man ja im Ernst nicht mehr denken.« Ich konterte, daß man das sehr wohl könne. »Womit identifizierst du dich denn? Etwa mit Deutschland?« Ich bejahte mit einem Ausdruck, der ungefähr besagte: »Ja, was sonst?«

M fand es völlig unverständlich, daß ich mir jenseits des Habermasschen »Verfassungspatriotismus« da noch irgendwas vorstellen könnte, und äußerte dann den Satz: »Das einzige Deutsche, womit ich mich identifiziere, ist Auschwitz!«

2. Ideologie

Ich will verstehen, was nach 1945 passiert sein muß, um die gegenwärtige große Erzählung vom Verschwinden des Eigenen zu begreifen. Zu dieser Erzählung gehört, daß sich »Grenzen«, »Nationen«, »Volk« und »Vaterland« durch die Globalisierung auflösen, daß an die Stelle der Nationalität Internationalität tritt, weltweiter Austausch von Waren, Geldströmen und Menschen, und daß dies nicht bloß der Lauf der Geschichte ist, sondern in sich gut und notwendig und deshalb zu affirmieren. Wie kommt die Affirmation zustande, und was bedeutet das für das Selbstverständnis der Generationen?

Auch ideologisch ist ein »Großer Austausch« passiert, der historisch wohl seinesgleichen sucht. Die alliierten Besatzungsmächte haben im Grunde eine gemeinsame Ideologie aufgeboten, um das deutsche Volk auch geistig zu besiegen. Der Sowjetmarxismus und die amerikanische *Reeducation* kamen mit *einem* absolut nachvollziehbaren Argument: Ihr Deutschen habt den Krieg verloren. Eure große Erzählung führte geradewegs in die Katastrophe. Also muß das Gegenteil von dem, woran ihr Deutschen hingt, wahr sein! Wenn die Nazis von »Volk« sprachen, sprechen wir vom Individuum oder von der Arbeiterklasse. Wenn die Nazis von »Heimat« sprachen, sprechen wir vom Internationalismus. Wenn die Nazis von der »Herrenrasse« sprachen, sprechen wir von Antirassismus und Antifaschismus. Wenn etwas ein Irrtum war, ist dann das Gegenteil die lautere Wahrheit?

Die Nachkriegsgeneration hat, so sieht es H, nicht erzwungenermaßen ein fremdes Glaubenssystem übernommen (dies gilt allenfalls für den Konsumismus der »Kulturindustrie«), sondern der Attraktionspunkt war: die *Befreiung.* Befreit worden zu sein, setzte paradoxerweise eigene Befreiungsimpulse frei. Und die richteten sich gegen die »verkrusteten Strukturen« der Vätergeneration, übernahmen aus dem Marxismus die materialistische Ideologiekritik und aus den USA die weiterentwickelte Psychoanalyse der Frankfurter Schule. »Volk und Heimat, Rasse und Nation« hätten, als sie entstanden und ihre Hochblüte erlebten, in sich schon den Keim ihrer Radikalisierung und Zerstörungswut getragen. Georg Lukács'

These von der Anlage des Faschismus in der Französischen Revolution (*Die Zerstörung der Vernunft,* 1954) wurde zu einer Leiterzählung der 68er-Generation. Mit diesem doppelten Rüstzeug (Materialismus und Psychoanalyse) blieb relativ schnell ideologisch kein Stein mehr auf dem anderen. Das Sinnzentrum aller Argumentation wurde der Nationalsozialismus. Von ihm ließ sich alles herleiten, auf ihn lief historisch alles zu, an ihm als Kritikfolie ließ sich fortan alles beurteilen, nicht nur »Lyrik« war »nach Auschwitz« nicht mehr zu denken. Wer solches Rüstzeug in Händen hält, hat eine Souveränität gewonnen, mit der er kämpfen kann, statt zu verzweifeln.

Linkes Denken zehre nachhaltig von der Alles-läuft-auf-den-Faschismus-zu-These. Die historische Aufgabe der 68er sei die Aufklärung über die Verbrechen der Deutschen gewesen, den autoritären Charakter, die gräßlich verheuchelten 50er Jahre voller zugeschütteter Altlasten. Ob ich denn diese Aufklärung etwa nicht hätte haben wollen und lieber im Adenauer-Deutschland hinterm Herd stehen wollte? Dann wäre im übrigen auch mein ganzes Philosophiestudium unmöglich gewesen, alles das Verdienst seiner Generation, und ich ginge so leichtfertig lachend damit um. Ich lachte einfach weg, was sie erkämpft hätten, und das aus purer Naivität und Geschichtsvergessenheit.

3. Psychologie

Demjenigen, der kein Gespür und keine Rezeptoren mehr für das »Eigene« und keinen Begriff mehr davon hat, kann man kaum mehr demonstrieren, was das ist oder einmal war. Man wird irre an seinen Begriffen, hat man es mit einem Gegenüber zu tun, der sie nicht bloß in Frage stellt oder für obsolet hält, sondern den Eindruck vermittelt, es habe diese Begriffe nie gegeben.

Zum »Deutschsein« gehörte auch immer wieder das Paradox des »Nichtdeutschseinwollens«, davon dürfen wir getrost ausgehen. Es ist also keine Erfindung der Nachkriegsgeneration, sondern eine metaphysische Voraussetzung deutscher Identität, völkerpsychologisch vielleicht einzigartig.

Selbstsein ist, wenn man das ist, was man ist. Selbstzweifel ist, wenn man sich nicht sicher ist, ob man etwas wirklich ist. Selbstverleugnung ist, wenn man etwas ist und sagt, daß man es nicht ist. Selbsthaß ist, wenn man kategorisch ablehnt, das zu sein, was man ist. Selbstbetäubung ist, wenn man kein Gefühl mehr dafür hat, daß man überhaupt man selbst sein könnte. Selbstmord ist, wenn man das, was man ist, auslöscht. Wo endet die Souveränität?

Sie endet dort, wo man nicht allein ist. Ein zweifelndes, verleugnendes, hassendes, sediertes und schließlich suizidales Individuum steigert sich allein in sein Ende. Wenn dieser Mahlstrom eine Generation ergreift, ist niemand mehr souverän.

Übrigens habe ich gewagt, anzumerken, daß ich Herrn Gaulands Vorbehalte gegenüber Boateng durchaus berechtigt finde (also nichts über dessen fußballerische Qualitäten, die sind mir egal und ich verstehe nichts davon, aber dazu, daß ich es einen idiotischen Diskurs finde, wenn ein Schwarzer gerade wegen seines Schwarzseins ostentativ als der bessere Deutsche präsentiert wird und ständig als lebendes Integrationsmodell herhalten muß), daraufhin zeigte sich H zutiefst erbost, ich sei endgültig rassistisch vergiftet usw. – dasselbe Lied wie immer, nur eine Stufe aufgebrachter. Was mich wirklich bestürzte, war, als er meinte: »Nach dem Krieg kamen die schwarzen GIs und haben uns von dem Fluch der weißen Rasse erlöst!«

Das ist der Extrempunkt des Konflikts. Vielleicht sein passender Schlüssel? Denn daß ihnen gewisse Grundbegriffe systematisch aberzogen worden sind, so daß sie in diesen Kategorien nicht mehr denken können, setzt voraus, daß diese Kategorien erkenntnistheoretisch vorgängig sind. Sind sie das? Wenn H sagt, er sei irgend etwas, aber kein Deutscher, dann ist das erstmal ein Kategorienfehler. Natürlich ist er das. Was er meint, ist, er sei kein Deutscher in einem emphatischen Sinne: daß er sich nicht damit identifiziert.

Mit dem Identifizieren ist es so eine Sache: $a = a$ ist Identität, auf der Sachebene, nicht auf der Aussageebene. $a \in (a, b, c, d \ldots)$ ist auch Identität auf der Sachebene (also: a ist Teil einer Menge, der a, b, c usw. angehören). Daß H Deutscher ist, ist ein allen Aussagen darüber vorgängiger Sachverhalt, genauso wie daß er ein Mann ist, ein Vater ist usw. Das ist Identität. Alles weitere ist: Identifizieren. Das geht so: H sagt, daß er kein

Deutscher sei, sondern Rheinländer, Mönchengladbacher, ein Kind aus der Rubensstraße 7. Oder auch: Der iranischstämmige Münchner Amokläufer sagt, daß er Deutscher sei. Auf diese Weise kann man der Identität ein Schnippchen schlagen: Man identifiziert sich einfach nicht damit. Ob dies nun allerdings ein Akt der Souveränität ist, wäre genau die problematische Frage.

Die Werte und Überzeugungen der 68er-Generation bestimmen dieser Tage kulturhegemoniell den medialen Mainstream, das muß man sich vor Augen halten, es geht also nicht um die Historisierung eines psychischen Musters. Die seelische Überfremdung (Besatzung, Schuldkomplex, »Alles Fremde ist besser als alles Eigene«) hat dazu geführt, daß ihre Protagonisten aus der Feindschaft gegen das Eigene inzwischen ein Nichterkennen des Eigenen entwickelt haben. Daher nimmt es dann nicht länger wunder, wenn in der Nachkriegszeit aufgewachsene Menschen offensichtlich mit den Diskursen ihrer frühen Kindheit komplett gebrochen haben: Sie sind komplett gebrochen *worden*. Daß dergestalt gebrochene Figuren sich allzumeist wohlfühlen in der Gegenwart, ist nur auf den ersten Blick paradox. Denn das psychisch degradierende Schuldigsprechen, die Erniedrigung des Besiegten, die Erziehungsbedürftigkeit wurde mit der Freisetzung eines Aufbruchs in die Freiheit verknüpft. Wer die Kollektivschuld erkennt und auf sich bezieht, der sei berechtigt, alle alten Motive des Schuldigwerdens als »Faschismus« zu erkennen und sich im »Antifaschismus« neu zu entwerfen. Das gilt für Ost- wie für Westdeutschland, in Sonderheit für die »revolutionäre Praxis« der linken Intellektuellen seit den frühen siebziger Jahren und die mehrheitsfähige Fortführung derselben bis in die unmittelbare Gegenwart.

»We are proud of not being proud …«

Jan Böhmermann über die Deutschen

4. Bindung

> *Einen Punkt verstand ich zuerst nicht: Warum H glaubt, wir (d.h. »die Rechten«) wären »Schmarotzer«. Er meinte damit, daß Liberalismuskritik doch nur im liberalen System überhaupt möglich sei. Wenn wir Phantasien hätten, dies abzuschaffen, und uns Orbán als wünschenswert vorschwebte, dann sägten wir den Ast ab, auf dem wir säßen. Die Errungenschaften von '68 ließen meine Haltung überhaupt erst zu, richteten sich aber gegen sie. Quasi: Liberalismuskritik invers.*
>
> *Aber muß man nicht Genese und Geltung immer noch trennen? Die postmoderne Beliebigkeit erlaubt natürlich, daß darin beliebigkeitsfeindliche Tendenzen entstehen. Daß aber dies gegen eine Kritik der Beliebigkeit spräche, sie gleichsam* ad absurdum *führe, sehe ich nicht. Außerdem: Wir sind nicht für eine autoritäre Gesellschaft! Nur für eine weniger stromlinienförmig linke, dumme, dekadente, heuchlerische, einseitige, sich selbst untergrabende, sich ihrerseits selbst den Ast, auf dem sie sitzt, absägende.*

»Widersprüchlichkeit bindet, Widerspruchsfreiheit löst Bindungen auf.« Albrecht Koschorke hat unter dieses Gesetz das Erzählen als wesentliches Medium der Widersprüchlichkeit einer Gesellschaft gestellt. Und wie wir uns widersprechen! Wir stellen große Erzählungen paradigmatisch gegeneinander, Lyotards *Widerstreit* feiert fröhliche Urständ. Das erzeugt eine tiefere Bindung, als wir Eheleute ahnten, bevor wir uns ideologisch abhanden kamen.

Indes: Anders als 1983, als *Der Widerstreit* erschien, ist gegenwärtig das Risiko größer, weil nicht nur postmodern-diskursiv »Erzählungen« (*Récits*) auf dem Spiel stehen, sondern daran globale Machtverhältnisse festhängen. Lyotards »Ende der großen Erzählungen« hat sich nicht bewahrheitet. In meiner Erzählung über den Großen Austausch, die Neue Weltordnung, den Verlust des Eigenen und die gebotene Verteidigung des Eigenen kommt echte Gefahr vor. Bindung bringt in nicht unerheblichem Maße Sorge mit sich. Womöglich ist es schierer Fürsorgetrieb, der Selbstverleugnung dieser Generation einen Halt entgegenzusetzen, und zwar auch dann, wenn sie diesen Halt unbeirrbar für das schlechthin Böse halten wird. ■

Literaturhinweise:

Albrecht Koschorke: *Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer allgemeinen Erzähltheorie,* Frankfurt a.M. 2012;

Helmut Lethen: *Suche nach dem Handorakel. Ein Bericht,* Göttingen 2012;

Jean-François Lyotard: *Der Widerstreit,* München 1987;

Thomas Mann: *Betrachtungen eines Unpolitischen,* Berlin 1918;

Herbert Marcuse: »Repressive Toleranz«, in: Wolff, Moore, Marcuse: *Kritik der reinen Toleranz,* Frankfurt a.M. 1966;

Helmuth Plessner: *Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus,* Bonn 1924.

Zeit für pragmatische Reaktionäre

von Thomas Hoof

Wer, wie der Verfasser, in die Gegenwart weder mental noch broterwerbshalber sonderlich verwickelt ist, nimmt sie vor allem als Groteske wahr, einen Mummenschanz skurrilster Phänomene, den man mit schwarzem Humor genießen könnte, wenn er nicht langsam seinen dystopischen Gehalt offenbaren würde. Einige Schlaglichter:

- Nachdem vier Jahrzehnte lang von der Zukunft verbürgte Mittel in die Gegenwart gepumpt wurden, haben die Zentralbanken nun endlich den Stein der Weisen gefunden in der Idee, das Borgen mit einer Zulage zu belohnen und das Sparen mit einer Abgabe zu belasten. Dies ist ein originelles Verfahren, Verhältnisse allein dadurch zu ändern, daß man sie mit dem Faktor (-1) multipliziert. Es läßt sich tiefer ausschöpfen, indem etwa der Arbeitsplatz gebührenpflichtig und die vorm Fernseher verbrachte Zeit entlohnt wird.
- Mit Blick auf die Aufsteiger unter den höchstbewerteten Unternehmen der Welt (Apple, Google, Facebook) ist schwer entscheidbar, ob es sich dabei um Spielzeughersteller, Werbeblattverleger oder Adressenhändler handelt. Unter den ersten zwanzig finden sich auch noch Ölförderer (ExxonMobil, Royal Dutch Shell), deren Marktbewertung aber stetig sinkt. Man sieht: Informationen (oder Kunden oder Konsumenten) sind das Öl der Zukunft.
- Die Energiewende ins Sonnige und Windige begann 1991 mit dem Stromeinspeisungsgesetz. Photovoltaik und Windenergie deckten 2015 3,3 Prozent des Primärenergiebedarfs in Deutschland. Zur Bruttostromerzeugung trugen beide knapp 20 Prozent bei. An die Betreiber aller EEG-Anlagen wurden 2015 23 Milliarden Euro an Einspeisevergütungen und Marktprämien ausgezahlt. An den Börsen erzielte der Grünstrom Erlöse von zwei Milliarden Euro. Die Differenz von 21 Milliarden Euro deckte die EEG-Umlage.
- Kohle war 2015 mit 42 Prozent an der Bruttostromerzeugung in Deutschland beteiligt, die Kernenergie mit 18 Prozent. Der »Kohleausstieg« ist ins Auge gefaßt, aber noch nicht terminiert. Der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 ist seit 2011 Gesetz. In Deutschland lagern noch 40 Milliarden t SKE an Braunkohle und 25 Milliarden t SKE an Steinkohle. Die Steinkohleförderung wird 2018 endgültig eingestellt.
- Von 42 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland sind 1,5 Prozent mit der Produktion von Lebensmitteln und Holz, sechs Prozent mit dem Bau von Häusern und 18 Prozent mit der Herstellung von allem anderen beschäftigt. Der Rest von 75 Prozent, also 30 Millionen, bestreiten ihren Lebensunterhalt damit, die Hervorbringungen des produktiven Viertels zu verwalten, zu verregeln, zu besteuern, zu verteilen, zu bewerben, zu bereden und ansonsten einander gegen die Zumutungen ihres Büroalltags rücken- und seelentherapeutisch beizustehen. Wenn einer der 42 Millio-

nen einen anderen dienstleisterisch in Anspruch nehmen will, so hat er allerdings das Nettoentgelt aus vier Arbeitsstunden aufzuwenden, um dem Dienstleister eine Arbeitsstunde brutto zu vergüten. Die Differenz ist des Staates und seiner Sozial- und Transfersysteme.

Rückflüsse in Rinnsalen

In der Produktionsfunktion der Wirtschaftswissenschaften gibt es einen Punkt, ab dem bei weiter gesteigertem Einsatz eines Produktionsfaktors der Ertragszuwachs sinkt, bis er schließlich negativ wird. In dieser Todeszone der Wirtschaftlichkeit bewegt sich das Industriesystem seit mindestens 20 Jahren. Allein um den Status quo aufrechtzuerhalten, müssen an allen Stellen mehr Mittel hochgepumpt werden: mehr Schulden, mehr Energie, mehr Intervention, mehr Sozialindustrie, mehr Staatsverwaltung, mehr Bildungsaufwand, mehr Gesundheitsaufwand… Die Rückflüsse werden immer mehr zum Rinnsal, und hier und da beginnt die Pumpe, selbst zu saugen.

Die großen »Best-First-Felder« der Ölförderung der 50er bis 70er Jahre gehen zur Neige, neue gibt es nur in Zonen der Schwerzugänglichkeit (Arktis, tief unterm Meeresboden oder in den Klüften amerikanischer Gebirgslandschaften). Diese Verschiebung drückt den »Über-alles-EROI« der Energiegewinnung schon heute steil nach unten. Die erneuerbaren Energien und die Kernenergie sind tief in die fossilenergetisch fundierte Industriestruktur verwachsen. Sie sind Derivate und keine Alternativen. Die Erneuerbaren liefern einen zu geringen EROI, um überhaupt zur Minderung der kommenden Knappheit in Betracht zu kommen. Eine rein thermodynamische Berechnung der weiteren Verläufe hat die amerikanische Hills-Group 2015 vorgelegt. Das Ergebnis: Die physikalischen Grenzen der Energieproduktion aus fossilen Quellen werden vor den geologischen Grenzen und zwar innerhalb der nächsten 15 Jahre erreicht. Ein großer Teil der Ölvorräte wird deshalb im Boden bleiben.

Der schwindelerregende wirtschaftliche Aufstieg der Nachkriegszeit verläuft, wie alles in der Welt, nicht linear ins Unendliche, sondern hat bereits die Form einer Wurfparabel angenommen. D.h. die vertikale Bewegungsgeschwindigkeit ist um das Jahr 2000 herum auf 0 gegangen, wird zittrig, infolge einiger, insgesamt wirkungsloser Nachzündungen durch den Aufbau neuer Blasen, danach wird die Steigung mit dann wieder zunehmender Geschwindigkeit negativ. Vulgo: Es geht nach unten und es ist nur eine Hoffnung, daß der Abstieg zum Aufstieg symmetrisch bleibt. Ein steiler Abriß ist wahrscheinlich.

Vor diesem Hintergrund sind hinsichtlich der Grenzen des Wachstums drei Haltungen zu unterscheiden:

1. **Die »Cornucopians«** (oder die Füllhornisten): Sie vertrauen auf die Ingeniösität der Ingenieure, auf die Substituierbarkeit aller Produktionsfaktoren oder darauf, daß Öl nichtbiotischen Ursprungs ist und nachfließen wird, sobald in den Kavernen Platz geschaffen ist. Ansonsten freuen sie sich auf das iPhone 8 und die Industrie 4.0. Dazu gehören die meisten Ökonomen, alle Anlageberater und – das sei hier eingeschoben – ein Teil der Rechten, der diese Haltung als futuristische Beifracht in seinem Geistesgepäck aus den 20er Jahren mit sich führt.
2. **Die Ökologisten:** Sie wollen die »Fossilen« ersetzen, nicht so sehr, weil sie knapp, sondern vor allem, weil sie schmutzig sind. Sie sind die eifrigsten Verkünder der Geschichte vom menschengemachten Klimawandel und lassen sich an deren Verbreitung auch dadurch nicht hindern, daß sich die zugrunde liegenden Modelle des IPCC als grundsätzlich falsch erwiesen haben. Zu ihnen gehören das ganze Spektrum der Grünen samt der vielen anverwandten NGOs, deren Ideologeme mittlerweile aber alle Regale des politischen Angebots füllen.
3. **Neomalthusianer:** Sie blicken skeptisch sowohl auf die Überlebensdauer des fossilen Energieregimes als auch auf die Tragfähigkeit der halbentwickelten Alternativen. Der Verfasser bekennt sich zu dieser Position.

Das Modell ist falsch, weil es – wie wild auch immer an den Knöpfen der Modellparameter gedreht werden mag – außerstande bleibt, gesicherte Vergangenheitszustände (komplett eisfreie Lagen und Bewaldung bis Spitzbergen und Nordgrönland) und gesicherte Gegenwartszustände (keine Erwärmung in den letzten 15 Jahren trotz Erhöhung des CO_2-Gehaltes der Atmosphäre) abzubilden.

Hinsichtlich des politisch aktivierbaren Gehalts dieser drei Grundhaltungen kann man sich bei zweien kurzfassen: Die **Füllhornisten** als wohlgelaunte Vertreter eines »Weiter so« sind eine schwindende Größe. Auch bei optimistischen Gemütern bildet sich die aus Furcht und Hoffnung gemischte Einsicht, daß es »so nicht lange weitergehen« könne.

Der **Neomalthusianismus** ist auf den ersten Blick politisch unfruchtbar: Der Kollaps ist nicht mehrheitsfähig, und er entfaltet vor allem keinerlei mobilisierende Wirkung. Wenn man aber der Frage nachgeht, wieso die harten Fakten kommender Energieverluste als politisches Zukunftsthema nur in ökologistischer Maskerade (»Erwärmung stoppen«) auf politischen Bühnen erscheinen, während geopolitisch in allen energiestrategisch relevanten Weltgegenden äußerst aufwendige und hochrisikoreiche Interventionen laufen, dann ergibt sich der Verdacht, daß die Eliten selbst neomal-

thusianistisch sind und den Systemabbruch fest im Auge haben. Das ergibt den Folgeverdacht, daß das von allen medialen Kanzeln verlesene ökologistische Skript nur die publikumstaugliche Bühnenfassung des eigentlichen, elitistischen Drehbuchs darstellt.

Exkurs zur »Elite«

Als Ersatz für den in diesem Zusammenhang störenden Begriff »Elite« läßt sich auch das eingebürgerte Pseudonym »die Finanzmärkte« nutzen. Die »Finanzmärkte« haben aber, wie Federico Caffé richtig bemerkt, Namen, Vornamen, Spitznamen und Adressen. Über letztere (ohne Spitznamen) gibt eine 2011 an der ETH Zürich erstellte Vernetzungsanalyse Auskunft. Auch die Linken haben einiges zur Aufdeckung des Pseudonyms beigetragen, und Jörg Huffschmidt gab seiner Studie zur *Politischen Ökonomie der Finanzmärkte* (Hamburg, 1999) den sprechenden Arbeitstitel »Unter Geiern«. Wir wollen im Folgenden bei den »Finanzeliten« bleiben, aber noch ergänzen, daß deren Zentrum viele Fäden spinnt in fast alle Regierungen dieser Welt, in alle Banken und die meisten Zentralbanken, in Forschungseinrichtungen, Medien und vor allem in die jeweiligen US-amerikanischen Administrationen, was es nicht nur Wladimir Putin schwer macht, zu entscheiden, ob die USA eigentlich als Nationalstaat betrieben werden oder als Spielzeug der Finanzmarkt-Internationalen.

Die sogenannte Finanzelite signalisiert eine merkwürdige Verschiebung in der Leitfigur des Abendlandes. Es gibt ja nur zwei kumulative Prozeßtypen, also solche der ständigen und von keiner Ersättigung begrenzten Einverleibung: Der erste läuft im menschlichen Geist, der seine Neugier und sein Speichervolumen nie zu erschöpfen vermag. Seine Verkörperung ist der faustische Mensch (»Zwar weiß ich viel, doch will ich alles wissen.«). Der zweite richtet sich auf die abstrakte Quintessenz des Materiellen: das Geld. Sein Typus ist der dagobertische Mensch (»Zwar hab' ich viel, doch will ich alles haben.«) Wie sich der zweite aus dem ersten entwickelt, ist schon bei Goethe angedeutet. Den weiteren Gang dieser Metamorphose durchs 20. Jahrhundert nachzuzeichnen, wäre interessant, sprengt aber hier den Rahmen.

Die ökologistische Hülle

Die ökologistische Linke, also die Grünen und der ergrünte Rest, ist als Propagandist der windgeborenen Elektrizität und Ausrufer des *Global warming* natürlich nur sehr schemenhaft gekennzeichnet. Gebürtig war die Bewegung aus Milieu und Zeitgeist der 68er, der Generation des »Booms«, der Ken Wilber eine neuartige Ideenkrankheit diagnostiziert, die er aufgrund der ätiologischen Befunde »Boomeritis« nennt. Die Boomeritis-Erkrankten sind ein gemischt-generationelles Phänomen der 68er und der nachfolgenden Generationen X und Y, entstanden in den späten 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, einer Zeit, die den Boden dadurch bereitete, daß sie die Welt mit arbeitsfähiger Energie flutete und damit in eine Art Schlaraffenland-Modus versetzte. Es war eine schismatische Bewegung, und das Schisma galt dem gesamten bisherigen Weltverständnis, den Tugendtafeln der Vergangenheit, den Erfahrungsvorräten aus Menschenaltern und dem daraus destillierten *Common sense* oder dem »gesunden Menschenverstand«, den ich hochschätze als eine wenig tiefsinnige, aber in Alltagsdingen klarsichtige Urteilskraft, die ihre Einsichten bar jeder Rabulistik vorlegt.

Es ist eine Generation

- der **Erben**, die nichts von dem, was ab den 60ern an »Wohlstand« über sie hereinbrach, selbst erdacht, vorbereitet, aufgebaut, noch weniger erarbeitet hätte. All das verdankt sie den drei bis vier Generationen vor ihr, die sie aber mit penetrantem Haß verfolgt;
- die sich qua konstruktivistischem Kopfkino eine Welt vorspiegelt, in der niemand ein Schicksal zu erleiden, zu ertragen oder zu überwinden habe. **Schicksal ist Unrecht,** und deshalb immer ein Vergehen Dritter. Dieser schuldige Dritte war zunächst die »Gesellschaft«, wurde dann aber schnell der Staat, der auch insofern der bessere Adressat war, als er mit der ihm eigenen Kasse für allerlei Wiedergutmachungen, Vor- und Nachsorgeleistungen und für die Finanzierung ganzer Helferheere in Anspruch genommen werden konnte. Außerdem stellte er mit dem Bundesgesetzblatt ein einflußreiches Periodikum zur Verkündung guter, noch besserer und allerbester Absichten zur Verfügung. Das Nähere regeln immer die Gerichte;
- die eine stets sich steigernde **Benevolenz** pflegt gegen alles und jedes, was lebt und webt, was kreucht und fleucht, was wächst und wurzelt – mit der allerdings entscheidenden Einschränkung, daß es als »schwach« erscheinen muß und insofern als Opfer eines Stärkeren gelten kann. Diese Neigung zu uferloser Benevolenz ist mit der inzwischen etablierten Marke des Gutmenschen richtig getroffen. Der feminine Einschlag ist deutlich, was daran erinnert, daß klügere Epochen die Frauen auf einen Wirkungskreis verwiesen, in dem ihr Hang zu unentwegter Betüddelung von Petitessen allenfalls angebracht ist: die Familie.

Tatsächlich waren Anfang der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts alle heute wesentlichen Technologien auch schon in Anwendung: überschallschnelle Flugzeuge, Transistoren, Halbleiter, Computer und Computer-Netze, weltumspannende Informationsnetze (Telephon und Telegraph), und die einzige Leistung der letzte 50 Jahre besteht darin, die Techniken in die Massenproduktion zu bringen und sie damit gemäß dem boomeritischen Motto »Alles für alle« massenmarkttauglich zu machen. Bei allem Neuen (künstliche Intelligenz, Humangenetik, Kernfusionsenergie) gehe ich gerne Wetten ein: erst Hype, dann Flop.

Die weiteren Charakteristika der ökologistischen Weltsicht, soweit sie in Zusammenhang mit unserem Thema stehen:

Sie pflegt einen »**Kult des Individuums**« und will es schützen vor der Beschädigung durch alle Zuschreibungen, die seine Freiheit der Wahl einschränken könnten: sein Geschlecht, seine Familie, Religion, Volk oder Nation. Die »Weltunmittelbarkeit« des einzelnen ist den Ökologisten eine Herzensangelegenheit, was dazu führt, daß die ehemals basisdemokratischen Grünen in den Reihen jener Finanzkreise mitlaufen, denen die Nationalstaaten mit den ihnen noch verbliebenen ordnungspolitischen Möglichkeiten ein Dorn im Auge und ein Hindernis im Wege sind. Ob Nationalstaaten eine überlebte, geschichtlich kontingente Organisationsform und eigentlich ein Irrtum sind, wird die Geschichte klären mit der Antwort auf die allein entscheidende Frage: Wer sagt »Wir« zu sich? Ein solches WIR stellt sich spätestens unter widrigen Umständen ganz organisch her, aber es läßt sich allem konstruktivistischen Ehrgeiz zum Trotz nicht synthetisieren, wie alle politischen Grenzwillkürlichkeiten in der Nachfolge der Kriege des 20. Jahrhundert gezeigt haben. Das WIR der 1. Person Plural entsteht auf jeder Ebene, wenn sich dort ein IHR als eine 2. Person Plural findet, gegenüber dem es eine abgrenzende Identität bildet. Und wegen der wechselseitigen Bedingtheit von WIR und IHR wird es auch kein Welt-WIR geben, das nicht sofort wieder zerfiele – jedenfalls nicht, bevor den Erdbewohnern aus dem Star-Trek-Universum die Klingonen als ein IHR entgegenkommen. Das ist derzeit nicht abzusehen. Deshalb soll das vorgeblich menschengemachte *Gobal warming* als Ersatzschrecken dienen, der aber die beabsichtigte Wirkung schon deshalb verfehlen muß, weil er nicht Verteidigungsbereitschaft, sondern Schuldgefühle zu wecken bestimmt ist.

Das Ego auf der *Borderline:* Aber auch nach innen, in Richtung auf das Individuum, stiftet der boomeritische Haß auf alle gruppenbezogenen Identitäten und Loyalitäten nur Verwüstung: Die ursprüngliche Ich-Zentriertheit des Neugeborenen ist eine Naturnotwendigkeit. Doch im Laufe einer gelingenden Sozialisation ist jede sich bildende Wir-Identität, jede »Gruppenzentriertheit« von der Familie bis zum Volk in der Lage, den Ich-Vektor des menschlichen Individuums aufzufangen und abzufedern und dafür Bausteine zur Identitäts- und Charakterbildung zurückzuliefern. Wo diese Wir-Instanzen aber abgeräumt sind, entsteht ein leerer Raum, in den sich dann der nicht mehr »eingefangene« Narzißmus wie eine Flut ergießt. Der leere Raum – auch das sieht man mit bloßem Auge – wird langsam zur Klapse, denn der vor stützenden Wir-Gefühlen »bewahrte« Mensch wird nicht zum befreiten »postkonventionellen« Individuum, sondern über den Umweg der Aufgeblasenheit zu einem Häufchen Elend.

»Epidemiologische Untersuchungen zur mentalen Verfassung westlicher Gesellschaften stimmen darin überein, daß im Verlauf des 20. Jahrhunderts eine epochale Verschiebung in den psychopathologischen Störungsmustern stattgefunden hat. Selbstwert- und Bindungsprobleme, diffuse Ängste und depressive Verstimmungen, Süchte und Perversionen, sogenannte Borderline-Persönlichkeitsstrukturen und narzisstische Störungen haben zugenommen …«

Martin Altmeyer: »Na, wie bin ich?«, in: *taz*-Online vom 9. April 2005.

Feminisierung: Die mit Vorfahrtsberechtigung erfolgende, forcierte Einschleusung von Frauen in die wirtschaftlichen, halbstaatlichen und staatlichen Institutionen verändert deren Charakter grundsätzlich. Jede leistende Institution braucht, wenn sie funktionieren soll, einen »Geist« und ein Anspruchsethos und muß selbstverständlich an und von ihren Mitgliedern zehren. Der sichtlich nicht umkehrbare Anspruch der Frauen aufs »Versorgtwerden« (und ihre darauf basierende »Ethik der Fürsorge«) macht aus Leistungsinstitutionen Sozialwerke, wie man nicht nur an der Aufrüstung der Bundeswehr mit Kindertagesstätten sieht. Die Dysfunktionalität einer Institution (Schule, Universität, Justiz, Medizin, Presse) ist zum Grad ihrer personalen und mentalen Feminisierung proportional.

Bildung für alle: Das Ziel der boomeritischen Bildungsreform der 70er Jahre war durchaus ehrenwert: die Dummen durch mehr Bildung klüger zu machen, was der eine von exakt zwei möglichen Wegen zur Minderung von Unterschieden und der Mehrung von Gleichheit ist. Als dieser erste alsbald an sein natürliches Ende kam, wurde der zweite beschritten: die Klügeren dümmer zu machen. Dieses allgemeine *Dumbing down* ist durchschlagend gelungen: Jeder Absolvent der achtjährigen Volksschule (die 1964 abgeschafft wurde) war kulturtechnisch lebenstüchtiger als jeder Abiturient heute, dessen Schulzeit von zwölf oder 13 Jahren in nicht unbeträchtlichem Maße dazu verwendet wird, ihn mit boomeritischer Lebensweisheit vollzustopfen. Und es ist bezeichnend komisch, daß die Resultate dieses Verdummungsprojekts, bei dem jeder Schuljahrgang seit 30 Jahren schlechter für die Berufsausbildung gerüstet ist als der vorherige, zur Begründung dafür dienen, es unter Einsatz von noch mehr Geldmit-

Bei einem Ausfall des generösen staatlichen Großversorgers wird sich sofort zeigen: Eine Frau ohne Mann ist kein Fisch ohne Fahrrad, sondern ein Parasit ohne Wirt. (Um die scheinbare Misogynie zu mildern, sei hinzugefügt: Eine Mann ohne Frau ist in generativer Hinsicht ebenso ein Parasit ohne Wirt.)

teln weiterzutreiben. (Mehr Bildung, Bildung, Bildung, …!) Der boomeritische Unverstand ist zu einem Innehalten schlicht nicht in der Lage.

Diversität: Die permanente Feier des »Bunten«, des »Vielen« und des »Anderen« macht sich zunutze, daß Diversität mit »Mannigfaltigkeit« verwechselt werden kann. Mannigfaltigkeit ist aber ein Korrelativbegriff zur »Einheit«, und beide zusammen besagen, daß ein evolvierendes System sich nach innen immer höher ausdifferenziert und sich immer feiner »faltet«, wobei neue Nischen und Potentiale entstehen, deren Besetzung und Nutzung das »Ganze« stärken und es weiter ausdifferenzieren und verfeinern. Mannigfaltigkeit und Einheit gehören also zusammen. Das ist eine Binsenweisheit der Systemtheorien und der Ökosystemwissenschaften und – nebenbei – auch die Erkenntnis aller Bemühungen um eine mathematische Theorie der Schönheit: George Birkhoff und Max Bense stießen bei ihren – ansonsten gescheiterten – Versuchen, Schönheit mathematisch zu formalisieren, auf den unaufhebbaren Zusammenhang von Ordnung/Einheit und Komplexität/Mannigfaltigkeit – sowie vor ihnen schon Christian von Ehrenfels mit seiner Gestalttheorie.

»Bei gleichem Grade von Mannigfaltigkeit ihrer Teile sind die Gestalten die höheren, welche diese Mannigfaltigkeit zu einer strengeren Einheit verbinden. Bei gleich strenger Einheit sind die Gestalten die höheren, welche die größere Mannigfaltigkeit umschließen.«

Christian von Ehrenfels: »Über Gestaltqualitäten«, in: *Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Philosophie,* Bd. 14, 1890, S. 249–292.

Die *Diversity* soll freilich nur das »Ganze«, das den Boomeritis-Kranken fremd und feindlich ist, additiv um das »Andere«, das »Viele« und das »Fremde« »bereichern«. Sie ist eine Leidenschaft der Liebhaber von Kramschubladen und Rumpelkammern.

Exkurs zur deutschen Mannigfaltigkeit

Im deutschen Sprachraum hat diese »Feinfaltung« eine weltweit einmalige Gewerbe- und Industriestruktur hervorgebracht: Im 19. Jahrhundert entstanden etwa im Schwarzwald und in Schwaben in jedem zweiten Tal feinmechanische Werkstätten, und im märkischen Sauerland hatte jeder zweite Hof sein »Fabriksen in de Schüür« (Scheune). In fast allen Mittelgebirgsregionen entwickelte sich ein solcher, häufig aus winterlicher Not und freier Zeit geborener Gewerbefleiß direkt aus der Landwirtschaft und wuchs mit den Handwerksgewerken zu früher Kleinindustrie zusammen. Ein ungeheurer Reichtum an Initiative, Fleiß, Arbeitsfreude, Gelingensstolz, Verfahrenstechnik und Materialkenntnis hat sich da gesammelt, breit verteilt und schließlich mit der »genialen« Übernahme des zünftighandwerklichen Instituts der betrieblichen Berufsbildung in die Industrie die spezifisch deutsche Figur des Facharbeiters geformt. Sie war das Ergebnis einer gewaltigen kulturellen Anstrengung des Volks und bildete ganz organisch und nebenbei die über 200 Jahre gewachsene, vielbewunderte deutsche »Industriösität« aus. Die fruktifiziert noch heute in den vielen, weithin unbekannten, spezialisierten Weltmarktführern des Maschinenbaus in den deutschen Provinzen. Daß die ökologistische Fraktion ihre Leidenschaft zum Durcheinander freilich dazu nutzen konnte, eine Zuwanderung von Gruppen zu organisieren, die inzwischen 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland stellen und deren jüngere Generation weder integrations- noch ausbildungswillig ist und – im Gegensatz zu früheren Einwanderungswellen aus Frankreich oder Polen – in dieses »mannigfaltige« Feingewebe definitiv nicht (oder allenfalls in 100 Jahren) eingearbeitet werden kann, das wird in kommenden, nüchternen Zeiten als staatskriminelles Handeln gelten.

»Es war einer der genialsten Einfälle des deutschen Kapitalismus, in der *take-off*-Phase der Industrialisierung im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert ein in seinem Kern zünftlerisch-handwerkliches Ausbildungssystem in ein industrielles zu transformieren und sich neben dem Zufluß von Fachkompetenz aus dem Handwerk einen eigenen Facharbeiterstamm heranzubilden. Dieser Typ von Berufsausbildung sicherte der deutschen Industrie ein Jahrhundert lang einen komparativen Vorteil gegenüber Mitwettbewerbern am Weltmarkt und schuf die für lange Zeit im Durchschnitt am besten qualifizierte Erwerbsbevölkerung der Welt.«

Martin Baethge: »Ordnung der Arbeit – Ordnung des Wissens: Wandel und Widersprüche im betrieblichen Umgang mit Humanressourcen«, in: *SOFI-Mitteilungen* (32/2004).

Der ökologistische Vektor: Entkräftung, Abspannung und Ende

Das Gemeinsame all dieser ökologistischen Ideologeme (die Ken Wilber in etwas anderer Betonung als das »Mean green mem« zusammenfaßt), ihre Stoßrichtung ist Destruktion, Entkräftung, Substanzabbau, Unfruchtbarkeit, Energielosigkeit, Abspannung, alles in allem: der Verschleiß aller Produktivkräfte und die Feier des Kontraproduktiven.

Was hier aufbricht, ist der Ur-Gegensatz zwischen Linken und Konservativen. Jedes konservative Empfinden ist im Grunde heraklitisch: Leben ist betätigte Kraft, aber es gibt keine Kraft ohne Gegenkraft, kein Streben ohne Widerstreben, und eine Kraft, die ohne Gegendruck ungebremst ins Leere läuft, kommt lediglich ins Stürzen und bewirkt rein gar nichts – es sei denn, wie im Slapstick, reichlich Schadenfreude.

Im Wirbel, in der Wärme und in den Interferenzen, die sich am Reibungspunkt gegenläufig aufeinandertreffender Kräfte ergeben, liegt der Quell alles Schöpferischen und aller Fruchtbarkeit. Und dieses Geschehen, diesen Antrieb jeder Entwicklung aus dem Gegensatz, will der Konserva-

tismus vital halten, indes die ewige Linke voll kleinmütiger Lebensängstlichkeit die Antagonismen stillstellen und alle bewegenden Gefälle einebnen will. Und sie gerät dabei heute, wie wir gleich sehen werden, in das Kraftfeld von Realdystopien, die tatsächlich das Ersterben jedes in irgendeinem Sinne als menschlich zu verstehenden Lebens wären.



Exzessive Nutzung endlicher Ressourcen und Überbevölkerung: Szene aus Soylent Green *(dt:* ... Jahr 2022 ... die überleben wollen*) aus dem Jahr 1973*

Wildnis statt Landschaft, oder: Vom Garten zum Dickicht

Sehr eindrücklich wird das, wenn man sich die Diskussionen im Naturschutz-Vorfeld der Grünen ansieht. Wie seinen historischen Vorgängern ging es dem grünen Naturschutz zunächst um die Bewahrung der europäischen Kulturlandschaften, die mit ihrem Mosaik aus Wald, Grünland, Äckern, Brachen und Wallhecken als Erbe einer zweitausendjährigen Agrikultur geschützt werden sollten vor der in den 70er Jahren einsetzenden technisch-chemischen Eskalation der Landwirtschaft. Die Anhänglichkeit an dieses in jeder deutschen Landschaft jeweils sehr typisch gemusterte Gewebe aus Land, Leuten, Sitten und Praktiken war groß und machte zunächst den Kern der Nachfrage nach der Grünen Politikofferte aus. Seit zehn Jahren verabschiedet sich der Naturschutz von einem solchen integrativen Konzept einer Rückbindung der Landnutzung an Ziele des Landschafts- und Artenschutzes und verfolgt – eher klammheimlich als öffentlich diskutiert – einen »segregativen Naturschutz« mit den Mitteln der Nutzungsentnahme, der Stillegung, des Brachfallens, der Aushagerung und der völligen Abschottung von Landschaftsteilen, die nach ihrer Eigenlogik einer ungesteuerten Sukzession (Prozeßschutz) überlassen bleiben sollen: Wald zu Urwald, Acker zu Brache, Grünland zu Moor – der vollständige Rückbau einer vielhundertjährigen meliorativen Anstrengung, die aus der Wildnis einen großen Garten schuf. Es handelt sich dabei um weit mehr als eine Methodenfrage des Naturschutzes, denn dahinter stehen aus der amerikanischen *Wilderness*-Bewegung entlehnte Großkonzepte zur »Zivilisation von morgen«, die der Naturschutzbeauftragte der Stadt Bamberg und BUND-Funktionär Jürgen Gerdes mit einem programmatischen Aufsatz »Betreten verboten! Wildnis und Zivilisation von morgen« in der Zeitschrift *Gaia* (19/1, 2010, S. 13–19) propagiert: Die vollständige Isolation der »Zivilisation« in hochverdichteten Metropolregionen von einer in weiträumigen Schutzregionen abgeschirmten, völlig unbestellten, sich selbst überlassenen, verwildernden Natur. In einer lesenswerten Diskussion auf Ludwig Trepls »SciLog«-Blog klingt das so:

»Die vorindustrielle Kulturlandschaft ist in einer Welt mit zehn Milliarden Menschen nicht zu halten. Deshalb sollte Ludwig Trepl von der Realversion seiner Träume [Kulturlandschaften, TH] Abschied nehmen und sich darauf einstellen, sie losgelöst von feudalen Gesellschaftsstruk-

turen und harten Arbeitsverhältnissen in Museen und virtuellen Räumen zu besuchen. Die Massenproduktion von Obst und Gemüse wird auf andere, technischere Art sichergestellt werden müssen in mehrstöckigen, energieneutralen Gewächshäusern – natürlich ›Bio‹! Ich setze auf eine starke Zunahme des Vegetarismus, der unserer modernen, wenig kraftaufwendigen Lebensart ernährungsphysiologisch weit angemessener ist als Fleischverzehr.«

Das ist also der Fluchtpunkt der ökologistischen Wege und ihr Schnittpunkt mit den dystopischen Deutungen eines laufenden elitistischen Großprojekts: weltweit metropolengroße Smart-Cities mit Google als technischem Vermittler aller Daten und Stellgrößen aus Smart-Metern in Smart-Homes für die Versorgung der dort in lichten Photovoltaik-Hochhäusern lebenden, glücklichen und gesunden, weil vegan sich nährenden, Singles. Das Außerhalb dieser Mega-Städte ist die reine, landwirtschaftsfreie Wildnis, die endlich zu ihrem Schutz vor der Masse Mensch mit Zäunen versehen ist, an denen alle 50 Meter ein Schild »Betreten verboten!« hängt. Und nur aus den höchsten Hochhäusern erblickt man und aus den blinden Flecken bei Google Earth erahnt man, daß hier und dort aus einer Lichtung in der Waldwildnis das Dach eines sehr großzügigen Anwesens durchscheint.

Diese Szenerie ist in einer etwas anderen, wenig schönenden Beleuchtung schon 1973 beschrieben und bebildert worden: Der Film heißt *Soylent Green* und spielt im Jahre 2022.

Der Zentralkonflikt: die globalistische Versperrung

Die in den letzten 25 Jahren mit Brachialmethoden von IWF und Weltbank durchgesetzte wirtschaftliche Globalisierung hatte – neben dem wahrscheinlich fehlkalkulierten furiosen Wiederaufstieg Chinas – vor allem eine Ausweitung der Zirkulationssphäre und damit die Erweiterung finanzwirtschaftlicher Interventionsmöglichkeiten und die Schwächung aller Volkswirtschaften zum Ziel und zur Folge. Strukturell war sie umwerfend: Ganze Branchen der Konsumgüterindustrie verschwanden aus Westeuropa. 5 000 000 oder ein Drittel aller Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe gingen seit 1990 allein in Deutschland verloren.

Unser »Rendezvous mit der Globalisierung« fand also nicht erst, wie der Finanzminister meint, anläßlich der Visite von 1 000 000 Arabern und Nordafrikanern im Jahre 2015 statt, sondern bereits in den zwei Jahrzehnten zuvor. Und: Nicht wenige der in Deutschland untergegangenen Textilarbeitsplätze wurden nach Nordafrika verlagert, was uns aber auch nicht davor bewahrt, von den Einwohnern dieser Weltregion in der Erwartung künftiger Vollalimentierung in Scharen aufgesucht zu werden.

Die globalistische Leidenschaft für die Hebung vermeintlicher komparativer Kostenvorteile macht ja auch vor dem augenfälligsten Widersinn nicht halt, wenn etwa in China aus kanadischem Weizen die Rohlinge für unser tägliches Brot geknetet, geformt, vorgebacken, tiefgekühlt und verschifft werden: Hauptsache, es entsteht dabei ein »Welthandelssystem«, in dem möglichst kein Produkt außerhalb einer Kontinente querenden Arbeitsteilung gebrauchsfertig wird, so daß schließlich auch das Brotbacken ein Werk ist, das nur noch von der »Weltgemeinschaft in gemeinschaftlicher, solidarischer Anstrengung bei fairem Austausch« bewältigt werden kann. Das freilich ist die völlige Entkräftung aller, auch der leistungsfähigsten, Volkswirtschaften im Namen von Freihandel und *One world*.

Das *Fading* der Politik

Die Politik entlastet sich schlicht durch Entschwinden, weil jede Gestaltungskraft von der »Komplexität« der globalen Verhältnisse überwachsen und damit ins Dickicht der Institutionen der »Weltgemeinschaft« oder der EU – einer Pfalz der Gobalisierung in Europa – entrückt ist.

Das Unbehagen der Menschen unterhalb dieses Funktionswildwuchses wird immer drückender, weil jederzeit Wirkungen in ihr Leben einschlagen können, für deren Ursachen und Verursacher es nicht einmal Namen gibt. Jedes scheinbar lokale Ereignis, wie die amerikanische Subprime-Krise 2007, schlägt über unübersehbare Rückkopplungsketten an allen möglichen, meist unvorhersehbaren Stellen ein. Alles, der denkbare Untergang der Volkswagen-AG, das plötzliche Erscheinen von einer Million Arabern und Afrikanern auf dem Staatsgebiet, der Terroranschlag in Innenstadt und Eisenbahnabteil, ein großflächiger Stromausfall, das Verdampfen der Altersvorsorgen, alles erscheint als Ergebnis einer im Prinzip ursachenlosen Kette, die in komplizierter Wicklung mehrmals um den Globus läuft. Das Weltgefühl nähert sich unter solchen Bedingungen wieder demjenigen eines Vorzeit-Stammes an, der seinen Himmel von einer Schar tob- und trunksüchtiger, miteinander zerstrittener, blindwütiger Götter bevölkert sah.

Die entstandenen Verhältnisse sind in Wirklichkeit, anders als postmoderne Soziologen meinen, in keiner Weise »komplex«, also vielschichtig, sondern lediglich »verwikkelt«, also kompliziert.

Der Globalismus ist die heißeste politische Kampflinie unserer Tage. Auf allen radikal-pragmatischen Versuchen, den völlig hypertrophierten »Quellraum des zu Duldenden« mit dem verschwindenden »Wirkraum eigener Kräfte« wieder stärker zur Deckung zu bringen, liegen hohe politische Prämien.

Der Kontrapunkt: ein binnenwirtschaftlicher Sektor

In den Widerstand geht jede Strukturpolitik, die die Kategorie und die Realität des Raums endlich wieder in Rechnung stellt und dabei die binnenwirtschaftlichen Subsistenzbereiche der Wirtschaft, also die Produktionen des Lebensnotwendigen, unterscheidet von einem exportwirtschaftlichen Sektor, der die notwendigen Importe verdienen muß. Der erste muß nicht, der zweite muß mit Währungsdisparitäten, philippinischen Löhnen und brasilianischen Umweltstandards koexistieren und konkurrieren können. Die Güter des Lebensnotwendigen sind Grundstoffe, Lebensmittel, Hausbau und -unterhalt, Wärme, Textilien. Diese Wirtschaftszweige in ihrer Orientierung wieder zu verräumlichen in – je nachdem – lokalen, regionalen, nationalen oder auch europäisch-nachbarschaftlichen Kreisbögen, ist eine einleuchtende und mitnehmende Politik und bedarf im übrigen weder dramatischer Regulierungen noch vollständiger protektionistischer Abschottung. Es reicht zunächst womöglich eine entsprechende Mehrwertsteuermodulation, mit der die Kette einer lokalen (Lebensmittel-)Erzeugung für die benachbarten städtischen Agglomerationen über alle Veredelungs- und Vertriebsstufen umsatzsteuerfrei gestellt wird.

Die Landwirtschaft ist auf den Weltmarkt regelrecht gehetzt worden und hat dabei ihren Weg in die Energie-Negativität noch einmal forciert. Mit Blick auf die absehbare Energieverarmung muß dieser Prozeß umgedreht werden durch den Einsatz der einzigen wirklich »erneuerbaren Energie«, der menschlichen Arbeitskraft. Dazu ist nötig:

Die Übergabe von fast 40 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen an einen erklärtermaßen kontraproduktiven, aber teuren Naturschutz zum Zwecke der Bodendegradierung muß zurückgeholt werden, allerdings ohne diese Flächen der heutigen, energieeskalierten Bewirtschaftungsweise zu übergeben. Sie können statt dessen genutzt werden für eine neue Siedlungsbewegung, bei der in diesen Flächen Hofgründungen stattfinden unter der Auflage einer energetischen *Low-input*-Bewirtschaftung. Dafür gibt es aus den beiden Nachkriegsnotzeiten des 20. Jahrhunderts das ausgearbeitete Konzept der Gärtnerhöfe (Heinrich Jebens, Max Karl Schwarz), die eine hocharbeitsintensive, eben gärtnerische Wirtschaftsweise mit bäuerlicher Tierhaltung verbanden, um den landwirtschaftlichen Düngerkreislauf schließen zu können.

Um überhaupt die Personalextensität eines rein binnenwirtschaftlichen Sektors wieder zu steigern und den Energieinput zu senken, kann die alte grüne Idee einer »Energiesteuer« als Ersatz für Lohnsteuer plus Sozialabgaben aufgegriffen werden. Sie ist nie ernsthaft ventiliert worden, weil sie nach der Vorstellung der Grünen flächendeckend und nicht binnenwirtschaftlich sektoral eingeführt werden sollte, was die deutsche Exportwirtschaft schwer geschädigt und dem Land einen wirtschaftlichen Vorab-Kollaps beschert hätte. Beides ist bei einer Beschränkung dieses Steuerungsinstruments auf einen technisch ohnehin abzurüstenden binnenwirtschaftlichen Subsistenzsektor nicht zu befürchten. Der viel zu hohe Mechanisierungsgrad der etablierten Landwirtschaft und der anderen subsistenzwirtschaftlichen Bereiche käme durch eine Besteuerung der aufgewendeten Energie ins Fließen und würde sich tendenziell mindern. Es entstünden reichlich steuer- und abgabenentlastete Arbeitsplätze, und es begänne die dringend notwendige Rekonstruktion technisch einfacher, energiepositiver Wirtschaftsformen.

Eine neue binnenwirtschaftliche Orientierung der europäischen Volkswirtschaften ist die wahrscheinlich schärfste Kampfansage an die globalistische Agenda, die denkbar ist. Sie weitet den Kampf um Köpfe und Ideen aus in einen Kampf um Kräfte und Potentiale. Die Parole gegen die sich anbahnende und anschleichende »Zivilisation von morgen« lautet: Nicht mit uns! Es ist kein einsamer Ruf, denn er bildet gleichzeitig den Grundbaß der russischen Innen- und Außenpolitik.

Und, falls benötigt, eine hymnisch brauchbare Begleitmusik gibt's ja auch schon: Bruce Springsteens »We take care of our own«. ■

Literaturhinweise:

Max Bense: *Aesthetica. Einführung in die neue Aesthetik,* Baden-Baden 1965;

George David Birkhoff: *Aesthetic Measure,* Cambridge 1933;

Doug Henwood: *Wall Street. How It Works and for Whom,* London u. New York 1997;

Joseph Huber: *Immer mehr Bildung. Zukunftsinvestition oder progressive Illusion?* Marburg 2009;

Stefania Vitali, James B. Glattfelder, Stefano Battiston: *The Network of Global Corporate Control,* Zürich 2011;

Dieter Weißbach et al.: *Energy intensities, EROIs and energy payback times of electricity generating power plants,* Amsterdam 2013.

Der Angriff des Politischen

von Nils Wegner

Die Reaktionen der Regierungsstellen wie auch der deutschen Medien auf die islamistischen Anschläge vom Juli dieses Jahres waren Offenbarungen. Sie zeigten den Unwillen, nach der Herausforderung durch den Islamischen Staat (IS) – die teilweise rundheraus bestritten wurde – genuin politisch zu handeln. Diese Haltung der Schwäche hat logischerweise keinen Bestand: Die Pflicht zum Politischen verschwindet nicht dadurch, daß man sie ignoriert. Es offenbart sich also die völlige Verkennung der Lage auf der Führungsebene unseres Staates – die Verkennung des faktischen Kriegszustands mit einem politischen Akteur neuen Typs, auf den die »westliche Welt« nicht vorbereitet zu sein scheint.

Tatsächlich besteht eine Tiefenanalyse der Problematik bereits seit bald 30 Jahren. In der Oktoberausgabe 1989 der amerikanischen *Marine Corps Gazette* erschien pünktlich zum beginnenden Zusammenbruch des Ostblocks ein Artikel, den der (zivile) Militärtheoretiker William Lind zusammen mit Stabsoffizieren der US-Armee und des Marine Corps verfaßt hatte. Inspiriert von Schriften des Generalleutnants der Bundeswehr und Militärhistorikers Franz Uhle-Wettler und unter dem Eindruck technologischer Quantensprünge postulierten die Autoren, daß die Aufgabe des Soldaten in Friedenszeiten darin bestehe, sich bestmöglich auf den nächsten Krieg vorzubereiten – und dies erfordere ein gründliches Umdenken in Sicherheitspolitik wie Militär. Der Artikel entwickelte ein in einander überlappende *Generations of warfare* (GW) aufgeteiltes Modell der modernen Kriegführung. Ausgangspunkt war dabei der Westfälische Friede von 1648, der das staatliche Monopol auf den Krieg etabliert und diesen dadurch von einer diffusen, meist von Söldnern ausgetragenen Fehde zwischen Familien oder Städten zu einem genuin politischen Instrument gemacht hatte. Die dieser Zeit gemäße erste Generation der Kriegführung (1GW) war von der Taktik der Linieninfanterie gekennzeichnet, die mit ineffizienten Musketen ausgerüstet war und sehr geordnet, wenngleich langsam, manövrierte. Dieses Vorgehen erforderte strengsten Drill und klare Hierarchie, war aber stellenweise auch ideologisch motiviert, besonders in den Kolonnen der französischen Revolutionsarmee, die Bürger neben Bürger stellte.

»[Des Liberalismus'] Wesen ist Verhandeln, abwartende Halbheit, mit der Hoffnung, die definitive Auseinandersetzung, die blutige Entscheidungsschlacht, könnte in eine parlamentarische Debatte verwandelt werden und ließe sich durch eine ewige Diskussion ewig suspendieren.«

Carl Schmitt: *Politische Theologie,* 1922.

2GW setzte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein, als die Einführung von Hinterladern mit gezogenen Läufen und Maschinengewehren sowie insbesondere der neuentwickelte Stacheldraht die Linienformationen der Heere zu Todesfallen werden ließen. Auf den Großeinsatz der Männerkraft folgte der Großeinsatz der Feuerkraft: Gemäß der französischen Maxime »Die Artillerie erobert, die Infanterie besetzt« verließen sich die Armeen auf der operativen Ebene nunmehr vor allem auf den massiven Einsatz indirekten Feuers, worauf die Infanterie mit mobilerem Vorgehen im breiten Sturmangriff antwortete – ein taktisches Grundkonzept noch des Ersten Weltkriegs, das Ernst Jüngers Text »Feuer und Bewegung« (in: *Blätter und Steine,* Hamburg 1934) den Titel gab.

Die aus der rapiden Industrialisierung des Krieges folgende Abkehr von der offenen Feldschlacht hin zum Stellungs- und Grabenkrieg mündete in die 3GW, die sich durch flachere Hierarchien, hohe und nonlineare Beweglichkeit, Kommandounternehmen und insbesondere das »Führen mit Auftrag« statt des *en détail* verbindlichen Befehls auszeichnete und bei deren Entfaltung den Sturmbataillonen des deutschen Heers eine Vorreiterrolle zukam. Als Vollendung dieser GW auf höchstem technischen Niveau der Zeit kann der Blitzkrieg der Jahre 1939 bis 1941 betrachtet werden, der gemäß der Doktrin des »indirekten Ansatzes« (Basil Liddell Hart) die Verschiebung des operativen Fokus' vom Faktor Raum auf den Faktor Zeit exemplifizierte.

»Dieses Schema darf man als das Grundproblem des Volkskrieges überhaupt ansehen: *Raum muß in Zeit verwandelt werden, um Willen zu schaffen.*«

Günter Maschke: *Kritik des Guerillero,* 1973.

Da die 3GW bei Erscheinen des Artikels bereits über 70 Jahre alt war, sagten die Autoren für die allernächste Zeit die Heraufkunft einer 4GW voraus. Diese werde von vier zentralen Bestandteilen der 3GW ausgehen: Flexibilität, Dezentralisierung, Agilität und Zersetzung. Die allgemeine Tendenz gehe in Richtung einer Kriegführung, die weit verstreut und ohne erkennbare Fronten potentiell unbegrenzt stattfinden werde, wodurch Krieg und Frieden (sowie »militärisch« und »zivil«) zunehmend ununterscheidbar würden. Das Schlachtfeld der 4GW werde die gesamte Gesellschaft des Feindes sein, nicht nur als (an-)greifbare Entität, sondern auch auf sozialer und kultureller Ebene. Essentiell sei die Identifizierung der strategischen Schwerpunkte des Feindes, die aufgrund ihrer Verwundbarkeit verkleinert und zerstreut und so weiter zur allgemeinen Undeutlichkeit beitragen würden. Durch Einbeziehung der politisch-kulturellen Infrastruktur und der Zivilgesellschaft als Ziele verlasse die Kriegführung die Ebene der Staatlichkeit: Die 4GW werde die Generation »nichtstaatlicher Kämpfer« (*Violent non-state actors,* VNSA) sein, deren zentrales Operationsgebiet das feindliche Hinterland sei und die sich bereits als südamerikanische Drogenkartelle, afrikanische Privatarmeen und in grenzübergreifenden Terrorgruppen manifestierten – der Status quo des Westfälischen Friedens habe sein Ende gefunden.



Mobiles Vorgehen – Ausbildung in Stoßtrupptaktiken auf einem Übungsgelände bei Sedan, Mai 1917

Dieser grundlegende Wandel im Wesen des Krieges nach über 350 Jahren hat derart umfassende Folgen, daß eine systematische Auseinandersetzung damit und angemessenes Handeln noch immer nirgendwo auf der Welt stattgefunden haben. Das spielt insbesondere dem internationalen Terrorismus in die Hände, der sehr genau um die Verwundbarkeit seiner schwerfälligen und zögerlichen staatlichen Feinde weiß. Daß im Dezember 2001 Kopien des Artikels von Lind et al. im afghanischen Höhlenkomplex Tora Bora gefunden wurden, der als Rückzugsort islamistischer Kämpfer diente, spricht eine deutliche Sprache für die Bedeutung dieser Überlegungen – die wohlgemerkt noch keinerlei Berücksichtigung in den Militärdoktrinen der »westlichen Welt« fanden. Militärische Empfehlungen, die im Seminarrahmen von Lind und Offizieren verschiedener westlicher Staaten erarbeitet wurden, konnten anfangs nur als »Feldhandbücher der k.u.k. österreichisch-ungarischen Marineinfanterie« veröffentlicht werden, weil von offizieller Seite kein Interesse bestand.

Eine beschwichtigende Apostrophierung des IS als bloße »Terrormiliz«, wie sie besonders in deutschen Medien allgegenwärtig ist, verkennt den Charakter dieser beispiellosen Organisation daher vollumfänglich. Denn was ist sie anderes als die bislang wohl ausdifferenzierteste Form eines solchen VNSA, die sich seit ihrem Aufkommen im Jahr 2003 zu einem bemerkenswerten Hybridgebilde entwickelt hat? Innerhalb des »Kalifats« auf irakischem und syrischem Territorium um das Zentrum Mossul sind, soweit bekannt, alle staatlichen Strukturen ausgebildet worden; es gibt eine Art Regierung unter dem »Kalifen« al-Baghdadi, Judikative, Exekutive, interne Sicherheitsorgane, einen umfangreichen Propagandaapparat

sowie ein eigenes Währungssystem und eine tragfähige wirtschaftliche Infrastruktur. Durch das Angebot eines Lebens im Kalifat statt im Untergrund ist der IS für Sympathisanten in aller Welt deutlich attraktiver als etwa al-Qaida. Dabei sind dem Anschluß an die Organisation zur Verhinderung der Infiltration deutliche Hürden vorgeschaltet: Wie die deutsche Fernsehdokumentation *Der lange Arm des IS – Terror in Europa* berichtete, gibt es eine Art »Generalverwaltung«, die Neuankömmlinge durchleuchtet und der man zum Beitritt einen Bürgen nachweisen muß. Zusätzlich zu Stellen, die den bewaffneten Kampf vor allem in Syrien koordinierten, gebe es außerdem in Raqqa eine »Kommandogruppe für externe Operationen« (»Emni«) unter der Führung des jüngst getöteten Strategen al-Adnani sowie des Berliners Reda Seyam. Diese geheimdienstartig aufgebaute Gruppe, die spätestens seit Mai 2014 Selbstmordanschläge in Deutschland plane, habe ab Beginn der Flüchtlingskrise 2015 gezielt und massiv Kämpfer nach Europa eingeschleust, die später Attentate verübten und auf ein bereitstehendes Unterstützungsnetzwerk innerhalb der muslimischen Parallelgesellschaften, etwa im belgischen Molenbeek, getroffen seien. Dieser bemerkenswert offene Bericht, der die immensen Schwächen der europäischen Sicherheitsarchitektur gegenüber der straffen IS-Organisation klar aufzeigte, entstand unter dem Eindruck der Pariser Anschläge vom 13. November 2015 und wurde am 30. Mai 2016 ausgestrahlt. Bundeskriminalamt, Europol und Islamwissenschaftler tun darin ihr Wissen kund und benennen konkret eine »ernstzunehmende Bedrohungslage« – knappe zwei Monate vor den Anschlägen in Deutschland, offenbar ohne Konsequenzen.

»Wenn du einen ungläubigen Amerikaner oder Europäer töten kannst, […] dann töte ihn auf eine Art und Weise, wie es paßt!«

Abu Mohammed al-Adnani, 2014 (laut welt.de).

»In einer Gesellschaft vom Typ der Bundesrepublik ist kaum auszumachen, wo die Reizschwelle liegen könnte, die den Point d'honneur des Systems markiert. Daß ›Gewalt kein Mittel der Politik‹ sein dürfte, scheint jedenfalls zum Credo dieses Staates zu gehören. Und ein solcher Glaubenssatz lebt von der Hoffnung, daß der Ernstfall vermeidbar sei.«

Robert Hepp: »Die Versicherung des Ernstfalls: der Sozialstaat«, 1979.

Wie aber könnten solche Konsequenzen aussehen? Im Jahr 2016 sieht sich Deutschland mit einem zentral organisierten, international operierenden Feind konfrontiert, der die inneren Widersprüche der liberalen Freiheits- und Menschenrechtsideologie kennt und weidlich ausnutzt. Wie die hysterischen Reaktionen auf die Anschläge im Juli gezeigt haben, stehen die Entscheidungsträger der Bedrohungslage ahnungs- und hilflos gegenüber: Die eilfertigen Bekanntmachungen, die Attentäter hätten keinerlei IS-Verbindungen, berücksichtigen weder die längst bekannte, von al-Adnani proklamierte »Einsamer-Wolf«-Strategie der Islamisten noch das Wesen der IS an sich, in dessen Namen und Sinne sehr wohl auch Sympathisanten ohne »Mitgliedsausweis« oder Führungsoffizier agieren. Die pazifizierte und pazifizierende Bundesrepublik, die allem »harten« Vorgehen scheinbar abgeschworen hat, stößt hier an ihre operativen Grenzen, denn das Problem ist nicht auf behördlichem – also polizeilichem – Wege zu lösen. Die Bedrohung ist keine kriminelle, sondern eine existentielle, und zwingt damit zu genuin politischem Handeln, also einer Feindbestimmung und Klärung der Machtverhältnisse. Eine dezidiert politische Antwort könnte als Sofortmaßnahmen die sofortige Grenzschließung und Ausweisung aller illegal eingewanderten Personen beinhalten. Weiterhin sind umfassende Maßnahmen gegen »Rückkehrer« sowie Sympathisanten des IS bis hin zu Paßentzug und Inhaftierung auf Grundlage der §§ 89a und 109h StGB denkbar; Präzedenzfälle liegen bereits vor. Ein ähnliches Vorgehen könnte auch auf gesamteuropäischer Ebene eine Option sein, sofern die ineffizienten und schlechtorganisierten Institutionen der EU – allen voran Frontex – von einer reinen Verwaltungsfunktion Abstand nähmen. Menschenrechts- und Religionsfreiheitsprosa haben in der Sphäre des tatsächlich Politischen keinen Platz, wo es in einer latenten Kriegslage neuen Typs um Sein oder Nichtsein geht. Daß die derzeitige Bundesregierung solchen Entscheidungen gewachsen ist, darf ernstlich bezweifelt werden – man denke an den »Skandal« um das Eintreten des Staatsrechtlers Otto Depenheuer für die Notwendigkeiten staatlicher Selbstbehauptung im Rahmen der Debatte um das Luftsicherheitsgesetz 2007.

Mittelfristig auf dem Spiel steht der innere Friede; aufgrund der damit untrennbar verbundenen Legitimitätsfrage langfristig nichts weniger als die Existenz des deutschen Staates. Ob der Wille zur Selbstbehauptung vorhanden ist, ist eine von Legislaturperioden unabhängige Entscheidung, die sich nicht aufschieben läßt. Die Bedeutung ihres Ergebnisses läßt sich – in Anlehnung an Schmitts *Begriff des Politischen* – wie folgt formulieren: »Dadurch, daß ein Volk nicht willens oder in der Lage ist, politisch zu handeln, bleibt diesem Volk die Politik nicht erspart. Sie wird nur von anderen bestimmt werden.« ■

Literaturhinweise:

Otto Depenheuer: *Selbstbehauptung des Rechtsstaates,* (= *Schönburger Gespräche zu Recht und Staat,* Bd. 8), Paderborn 2007;

Robert Hepp: »Die Versicherung des Ernstfalls: der Sozialstaat«; in: Anton Peisl/Armin Mohler (Hrsg.): *Der Ernstfall,* (= *Schriften der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung,* Bd. 2), Frankfurt a.M., Berlin u. Wien 1979, S. 142–168;

William Sturgiss Lind et al.: »The Changing Face of War: Into the Fourth Generation«, in: *Marine Corps Gazette,* H. 10/1989, S. 22–26;

ders. u. Gregory A. Thiele: *4th Generation Warfare Handbook,* Kouvola 2015;

Günter Maschke: *Kritik des Guerillero. Zur Theorie des Volkskriegs,* (= *Reihe Fischer,* Bd. 37), Frankfurt a.M. 1973;

Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen.* Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, 9., korr. Aufl., Berlin 2015;

ders.: *Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität,* 10. Aufl., Berlin 2015;

ders.: *Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen,* 7. Aufl., Berlin 2006.

Autoren dieses Heftes

Michael Beleites, 1964, war in der DDR ein wichtiger Akteur der Umweltbewegung und arbeitete bis 2010 als Beauftragter für die Stasiunterlagen in Sachsen. Er lebt heute als freier Autor bei Dresden.
Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte. Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR, Leipzig 2016

Renaud Camus, 1946, ist französischer Schriftsteller und politischer Vordenker.
Revolte gegen den Großen Austausch, Schnellroda 2016

Siegfried Gerlich, 1967, arbeitet freischaffend als Autor und Pianist.
Richard Wagner. Die Frage nach dem Deutschen, Wien 2013

Thorsten Hinz, 1962, studierte Germanistik in Leipzig und arbeitet als freier Autor in Berlin. 2004 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Weltflucht und Massenwahn: Deutschland in Zeiten der Völkerwanderung, Berlin 2016

Thomas Hoof, 1948, gründete das Handelsunternehmen Manufactum und leitet heute die Thomas Hoof Produktgesellschaft sowie den Manuscriptum-Verlag.
Nebenbei und obendrein. Eine Auswahl aus den Manufactum-Hausnachrichten 1988–2007, Waltrop/Leipzig 2008

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Phänomen Inselfaschismus, Kiel 2013

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession.*
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg:) *Deutsche Daten,* Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs,* Schnellroda 2016

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Ich bin nicht Charlie. Meinungsfreiheit nach dem Terror, Schnellroda 2015

Felix Menzel, 1985, studierte Medien- und Kommunikationswissenschaften, Politik und BWL. 2004 gründete er mit Mitschülern die Jugendzeitschrift *Blaue Narzisse.*
Der vertagte Bürgerkrieg. Frieden, Brutalität und Chaos in der totalitären Moderne, Chemnitz 2016

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin, Dipl. Expert in Gifted Education, Mutter dreier Söhne und arbeitet derzeit als Köchin. Außerdem bloggt sie unter fauxelle.wordpress.com.

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er arbeitet für den Verlag Antaios.
Die deutsche Geschichte geht weiter … Die Brüder Marcel und Robert Hepp und ihr politischer Weg in den 1950er und 1960er Jahren, Berlin 2015

Michael Wiesberg, 1959, Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte. Arbeitet als Lektor und freier Journalist.
Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

Zwischen Postdemokratie und Neototalitarismus

von Thorsten Hinz

Offenbar durchläuft der Demokratie-Begriff eine ähnliche Metamorphose wie das Wort Sozialismus, das am Ende des 20. Jahrhunderts völlig diskreditiert war. Im Ostblock war es zu einem »ganz gewöhnlichen Gummiknüppel« verkommen, wie der tschechische Bürgerrechtler und spätere Präsident Václav Havel 1989 feststellte. Besonders scharf fuhr er auf diejenigen nieder, die sich in ihrer Kritik auf das *Kommunistische Manifest* beriefen: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Dieser Satz wurde von den Machthabern keineswegs bestritten; sie behaupteten einfach, ihr System sei die Verwirklichung jener Assoziation. Wer das bezweifelte, war ein Antikommunist, ein Feind der Freiheit, des Friedens, des Fortschritts, der Menschheit überhaupt und wurde den zuständigen Organen zur Bearbeitung überlassen.

Die Parallelen zur Dauerkampagne gegen angebliche Rechtsextremisten, Fremden-, Islam-, Demokratie- und Verfassungsfeinde, die mit der Massenzuwanderung seit dem Sommer 2015 nochmals angeschwollen ist, liegen auf der Hand. Die Kampagne richtet sich am meisten gegen jene, die am Wortsinn der Demokratie, an der Herrschaft des Staatsvolks, festhalten. Diese wird durch die massive Zuwanderung in einem zweifachen Sinne aufgehoben: zum einen funktional, weil das Staatsvolk keine Möglichkeit erhält, über das Für und Wider dieses massiven Eingriffs in sein Gefüge und seine Lebenswelt abzustimmen; zweitens substantiell, weil Quantität und Qualität des Zustroms geeignet sind, das Staatsvolk in seiner geschichtlichen, kulturellen, ethnischen Identität in Frage zu stellen, demographisch zu entthronen und schließlich fremdzubestimmen.

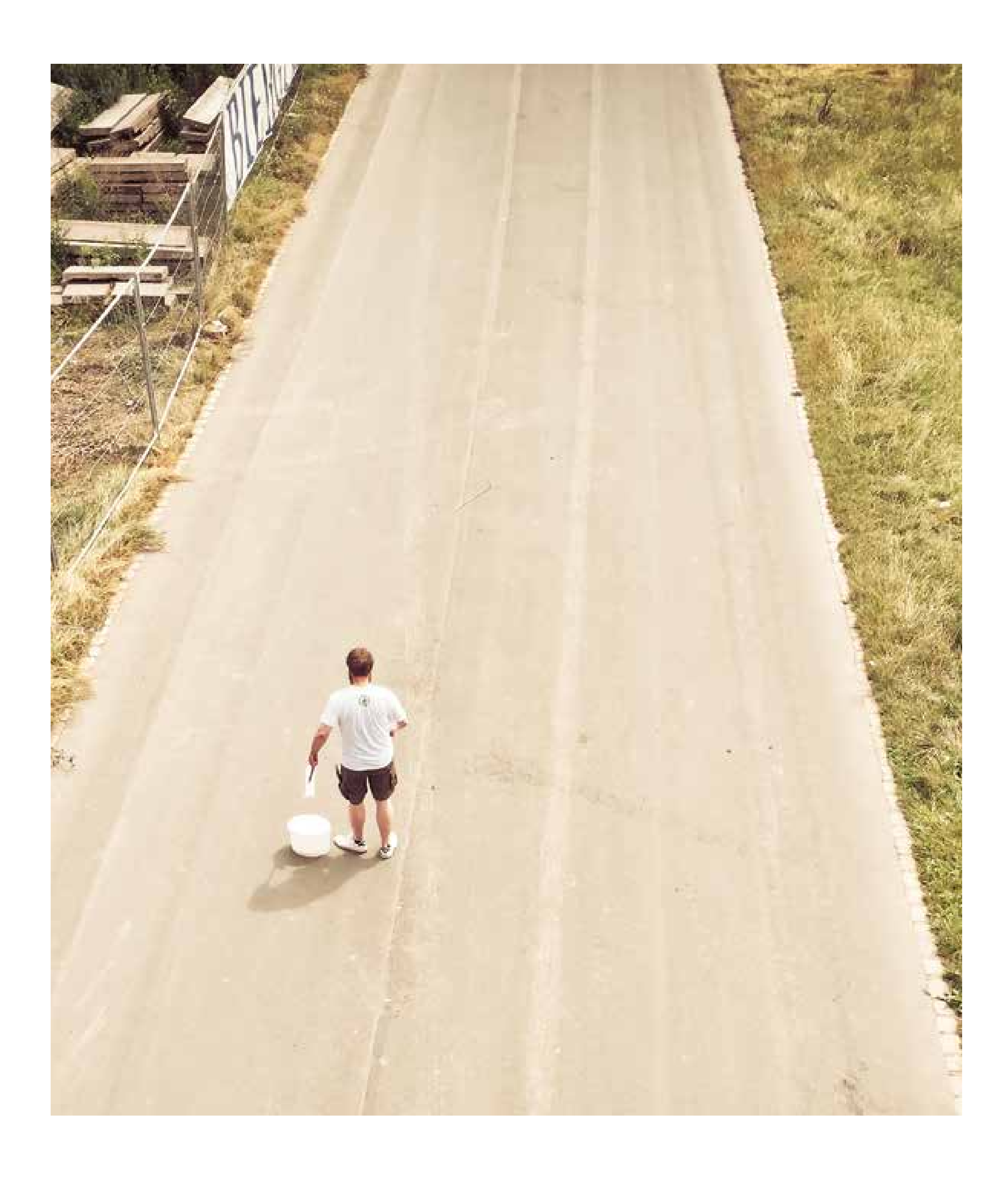
Ganz begreifen läßt diese Politik sich erst im internationalen Kontext und als Teil einer Strategie, deren Planer mit dem Argument einer »ausgewogenen Verantwortungsaufteilung« (UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon) große Migrations- und Flüchtlingsströme aus der Dritten Welt nach Europa leiten wollen.

Auch viele der Maßnahmen, die der angeblichen Ausländer- oder Islamfeindlichkeit entgegenwirken sollen, gehen auf intransparente Anregungen oder Beschlüsse internationaler Gremien, Stiftungen oder Organisationen zurück. Die Zerstörung der europäischen Völker und die Degradierung der Nationalstaaten zu bloßen Verwaltungseinheiten ist die unvermeidliche Folge. Damit verschwinden auch die Voraussetzungen für eine Demokratie: Das ist ein durchaus willkommener Kollateralschaden, weil diese Politik in Europa kaum mehrheitsfähig ist und ohne Repression nicht durchgesetzt werden kann. Die Demokratie wird zur Fiktion, an der die Regierenden aus Gründen der Selbstlegitimation um so erbitterter festhalten.

In dieser Situation ist es sinnvoll, energisch auf den Zusammenhang von Demokratie, Staat und Staatsvolk hinzuweisen und die Paradoxien und Verrenkungen zu thematisieren, zu denen die Fiktionalisierung der

»Ohne Zweifel besteht Grund zur Sorge. Aber das Kernproblem ist nicht das Verschwinden der Demokratie, sondern das Verschwinden des Staates, der auch die Voraussetzung der Demokratie bildet. Der Staat erodiert an der Basis durch die Auflösung der tragenden Institutionen und verliert sich nach oben durch die Einfügung in immer andere, immer neue, unkontrollierbare Strukturen, die theoretisch oder praktisch seine Souveränität aufzuheben suchen.«

Karlheinz Weißmann: *Postdemokratie,* Schnellroda 2009.



Zweikampf

Die klammen Zelte
knattern wie Kriegerfahnen
im feuchten Herbstwind.
Wir schauen mit
Bedauern und Sorge
in die hungrigen
Münder, die sprechen:

»Wir sind der Staub, den Ihr
von den Stufen Eures Palastes
gekehrt habt,
das gefallene Laub
uralter Bäume, die,
gemästet vom Schlamm brauner Meere,
in fremden, heißen Erden empfangen wurden.
Wir kommen, Euch zu küssen,
von unserer Gnade zu nähren Eure Kinder
und unsere Liebe zu schenken Euren Frauen.
Unsere dunklen Kehlen werden trinken
aus dem kühlen Blau Eurer sterbenden Augen.«

Wir lauschen stumm und entsetzt
und beten
für einen kalten Winter.



Heute

Wir stehen jetzt im Anfang jener Stürme,
die uns durch manche Zeit begleiten werden.
Es zittern unter fremdem Fuß die Erden,
in denen wir noch uns're Plätze suchen,
und doch, wir woll'n nicht weinen, sondern fluchen
mit schwarzem Lächeln, in die Wellen schreiten
und sie mit tiefen Riesenschlücken trinken!
Womöglich uns ein frühes Grab bereiten
und in die See des Völkerabends sinken,
in der sich uns're Feuerseelen kühlen.

In jedem Fall – ich kann es sehr gut fühlen –
wird diese Flut uns unerbittlich fassen.
Egal, ob man es will oder es leidet,
sie muß uns an die eine Stelle spülen,
an der sich in dem Spiegel uns'rer blassen
und alten Augen eine Welt entscheidet.



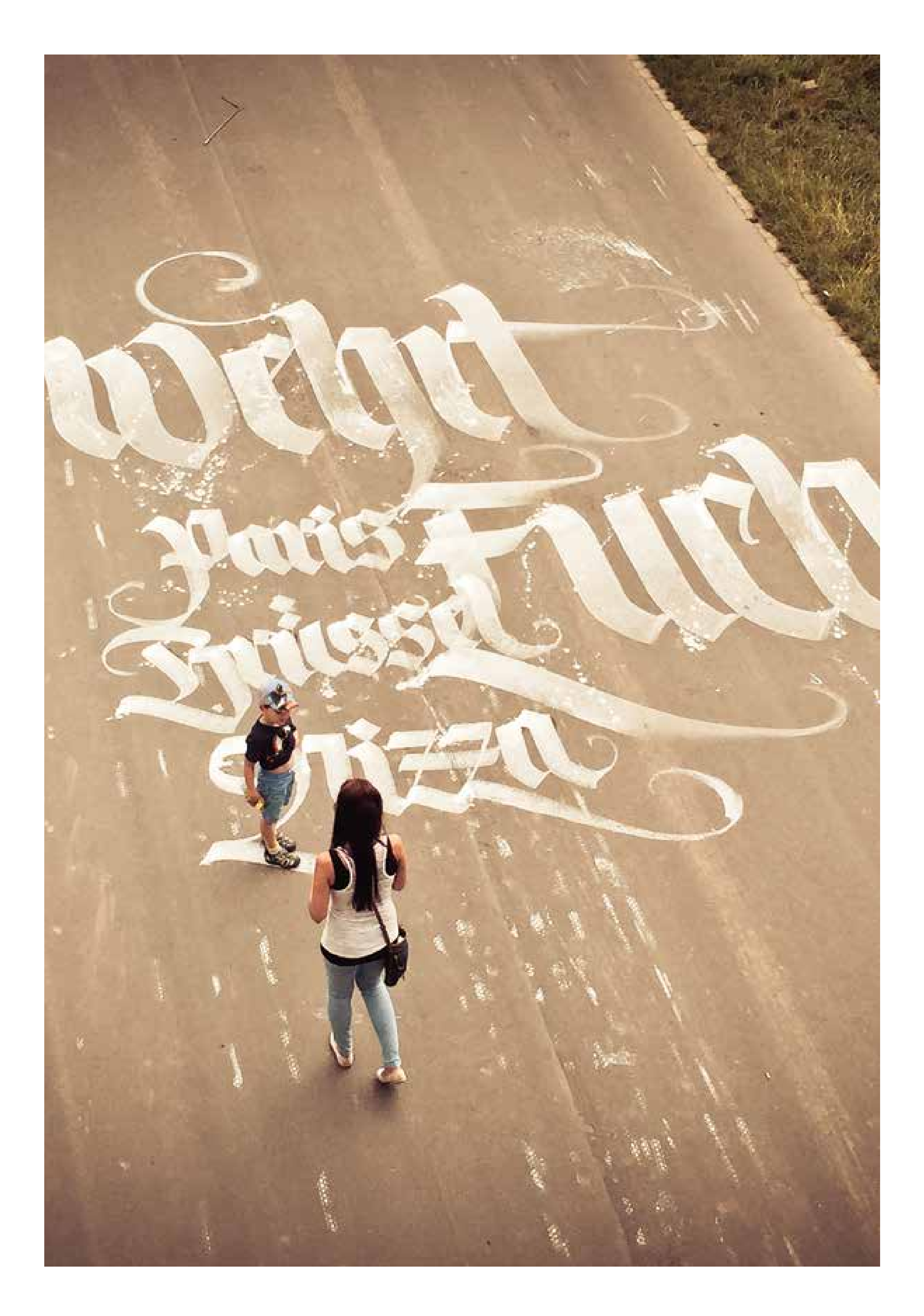


Nachtwache

Der dunkle Morgen atmet lang noch nicht,
von unten stört kein Leben das Gemäuer.
Nur manchmal kommt, wie fernes Sternenlicht,
das ganz verhalten durch die Wolken bricht,
ein kleiner Laut und wärmt mich, wie die Feuer,
die heimlich auf den fernen Feldern brennen.

In diesen Nächten lern' ich manchen kennen,
der gar nicht da ist, nur ein leiser Blick,
vielleicht ein Traumbild, laßt es mich so nennen:
ein Ahnen von den Menschen und ein Sehnen
nach Nirgendwo, hin und wieder zurück,
verliert sich mit mir, das nennt man dann: Glück.





Die Gebrüder S.

So dankbar seufzt die heilige Stadt
und legt, wie eine liebe Mutter,
ihre langen, warmen Schatten
flüsternd ab auf Eure Köpfe,
aus denen ihr wie nach verdampftem Traum
eine fast vergessene Jugend entspringt.

Straßenkunst: Wolf PMS
www.facebook.com/WolfPMS

Gedichte: Till-Lucas Wessels

Demokratie führt. So gilt die Akklamation der Grenzöffnung 2015 und die Akzeptanz des staatlichen Rechtsbruchs als Grundlage eigenen Handelns als demokratisch, während der Hinweis auf die Verletzung des Rechts, auf die selbstmörderische Aufhebung der Staatlichkeit, auf importierte Gefahren und soziale Zumutungen als semikriminelle Vergehen geahndet werden. Auch das ist eine Parallele zum verflossenen Realsozialismus: die Unmöglichkeit, den offenkundigen Widersinn öffentlich zu benennen, geschweige denn sich aktiv gegen ihn zu verwahren. Entweder wurde er zu einer vom Klassenfeind eingegebenen Fehlwahrnehmung oder zur »Bewährungsprobe« (Angela Merkel) auf einem Heilsweg erklärt, die einen verdoppelten Einsatz erfordere!

Die westeuropäischen Demokratien entsprachen zwischen 1945 und 1989 keineswegs dem eigenen Ideal, doch ihre repressiven Züge traten erst voll hervor, nachdem der Ost-West-Konflikt entschieden war und das westliche System sich gegenüber dem östlichen nicht mehr als das bessere rechtfertigen mußte. Der Maastricht-Vertrag, der die Euro-Einführung besiegelte, die EU-Osterweiterung, die Banken-, die Griechenland- und Euro-Rettung, die sogenannte Klimarettung waren Maßnahmen, die nur formell durch demokratisch-parlamentarische Verfahren legitimiert wurden, denn eine freie Diskussion und Abwägung der Argumente fand nie statt. Es ist fast vergessen, daß der »Bund Freier Bürger«, der sich 1994 aus Protest gegen den Maastricht-Vertrag unter dem bis zur Biederkeit soliden FDP-Politiker und EU-Beamten Manfred Brunner gründete, mit dem Extremismus-Stigma belegt und sowohl vom Verfassungsschutz als auch von der Antifa ins Visier genommen wurde. Die Druckerei der konservativen Wochenzeitung *Junge Freiheit* wurde 1994 Ziel eines linksextremistischen Brandanschlags, doch nicht die Täter (sie wurden gar nicht erst ermittelt), sondern das Anschlagopfer wurde vom Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen unter Beobachtung gestellt. Die Justiz des SPD-Stammlandes segnete die Geheimdienstpraxis mit haarsträubenden Begründungen ab. Erst ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2005 beendete den Anschlag auf die Meinungs- und Pressefreiheit.

Mit der Massenzuwanderung seit 2015 wird die Repression verschärft und systematisiert: propagandistisch, politisch, juristisch, gesellschaftlich. Die Maßnahmen gegen die »Haßsprache« im Netz zielen einerseits darauf ab, eine adäquate Zustandsbeschreibung und die Formulierung von Gegenpositionen zu erschweren. Die zweite Absicht, zu der sich Bundesjustizminister Heiko Maas ausdrücklich bekannt hat, ist psychologischer Art: Die Grenze zur Strafwürdigkeit ist unbestimmt, gleichzeitig hat ihre vermeintliche Überschreitung in Dutzenden Fällen bereits zu morgendlichen Hausdurchsuchungen geführt. Das schafft ein Klima der Einschüchterung. Zu ihr trägt auch die Antifa bei, deren Gewalt sich zuletzt speziell gegen die AfD richtete. Die Gleichgültigkeit der Behörden und das Wohlwollen der Medien, das sich sowohl im Beschweigen wie in unverhohlener Schadenfreude äußert, lassen darauf schließen, daß sie einen festen Platz im Repressionskonzept einnehmen.

Es gibt bundesdeutsche Besonderheiten und Zuspitzungen, doch besitzt die Entwicklung keine nationale Exklusivität. Seit den 1990er Jahren ist international der Begriff »Postdemokratie« im Umlauf. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch charakterisierte sie wie folgt: Die demokratischen Institutionen und Rituale (Parteien, Parlament, Wahlen, öffentliche Debatten) funktionieren weiter, sind aber nur Attrappen. Regierungswechsel haben kaum noch politische Bedeutung, und Wahlkämpfe sind Spektakel, die von konkurrierenden PR-Experten bestimmt werden.

Crouch führt eine Reihe von Gründen dafür an: die Globalisierung, die den Nationalstaaten die Handlungsmöglichkeiten beschneidet; die permanente Umwälzung der Arbeitswelt, wo die Beschäftigten kein verbindendes Klassenbewußtsein mehr entwickeln; die Entwicklung des Bürgers zum Konsumenten, der PR-Reflexen folgt; vor allem macht er den Neoliberalismus verantwortlich, der den Staat veranlaßt habe, Funktionen in die Privatwirtschaft auszulagern und ihr zu gestatten, die Regeln der Politik mitzubestimmen.

Crouch, der den Sozialdemokraten nahesteht, weint der Zerstörung des Nationalstaats freilich keine Träne nach. Es gehe nicht um *no global,* sondern um *new global,* schreibt er und fordert, »neue Identitäten« statt »essentialistischer« – nationaler, kultureller, ethnischer – zu mobi-

»Kaum ein Politiker nahm wahr, was hier vor sich ging: nichts Geringeres als der Untergang des Staates in den Gemütern der aktivsten Gruppe seiner akademischen Jugend, die einen immer größeren Teil der übrigen Studenten für sich gewann und in der Bundesrepublik nach dem Friedensschluß im Kalten Krieg ganz unverhüllt die Sprache des Kalten Krieges sprach – die Sprache der anderen Seite. […] Damit war die innere Schwäche dieses Staates wie nie zuvor offenbar geworden.«

Ernst Nolte über die Studentenbewegung, in: *Deutschland und der kalte Krieg,* München u. Zürich 1974.

»Wenn unter den Jüngeren die nationalen Symbole ihre Prägekraft verloren haben, wenn die naiven Identifikationen mit der eigenen Herkunft einem eher tentativen Umgang mit Geschichte gewichen sind, wenn Diskontinuitäten stärker empfunden, Kontinuitäten nicht um jeden Preis gefeiert werden, wenn nationaler Stolz und kollektives Selbstwertgefühl durch den Filter universalistischer Wertorientierung hindurchgetrieben werden – in dem Maße, wie das wirklich zutrifft, mehren sich die Anzeichen für die Ausbildung einer postkonventionellen Identität.«

Jürgen Habermas: »Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung«, in: *Die Zeit* vom 11. Juli 1986.



»Es ist schlicht widerlich, wie Demokratiefeinde mit solchen Aktionen versuchen, sich dieses Symbol anzueignen, das inzwischen für ein demokratisches, friedliches und weltoffenes Deutschland steht«, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) zu der Aktion der Identitären Bewegung in Berlin.

lisieren, und zwar nach dem Vorbild feministischer und ökologischer Bewegungen.

Das ist ganz im Sinne des 2015 verstorbenen Soziologen Ulrich Beck, des Spiritus rector des linken *new global*. Beck hatte vor Jahrzehnten bereits die Ersetzung der Politik durch eine »Subpolitik« proklamiert. Nicht nationalstaatliche Antagonismen und die Verteilungskonflikte sozialer Gruppen seien mehr entscheidend, denn diese befänden sich durch die Globalisierung einerseits und die Individualisierung andererseits in Auflösung. Man sei in eine »reflexive Moderne« eingetreten, in der die Folgeschäden der Modernisierung durch eine soziale »Gesellschaftsgestaltung von unten« behoben werden müßten. Laut Beck spielt der Konflikt sich nicht mehr zwischen Links und Rechts, sondern zwischen den Modernisten und Traditionalisten/Fundamentalisten (der Soziologe Armin Nassehi würde sagen: zwischen komplex und unterkomplex Denkenden) ab. Das ist eine eigenwillige Variante vom Ende der Geschichte und der Versuch, das Sozialstaatsmodell der alten, politisch unter Vormundschaft stehenden Bundesrepublik zu transzendieren. Vor allem aber hat Becks Gesellschaftsmodell, das so sanft auf postpolitischen Pfoten daherkommt, einen totalitären Pferdefuß. In ihm verschwindet der politische Konflikt überhaupt nicht, er wird lediglich auf das Gebiet der Moral verlagert. Wer Becks Bild der »reflexiven Moderne« nicht teilt, wird als unmündig, ewiggestrig, als Antidemokrat, jedenfalls als nicht satisfaktionsfähig vom politischen Spiel ausgeschlossen.

»Meiner Ansicht nach kann ein wahrhaft politisches Europa nur in Beziehung zu anderen politischen Entitäten existieren, als Teil einer multipolaren Welt. Wenn Europa eine entscheidende Rolle bei der Schaffung einer neuen Weltordnung spielen kann, dann nicht durch das Werben für ein kosmopolitisches Recht, dem sich die ganze ›vernünftige‹ Menschheit unterwerfen sollte, sondern durch einen Beitrag zur Herstellung eines Gleichgewichts zwischen regionalen Polen […].«

Chantal Mouffe: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion.* Frankfurt a.M. 2007.

Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe hat treffend angemerkt, daß Beck, statt das Verschwinden des politischen Antagonismus nachzuweisen, diesen zum Freund-Feind-Antagonismus zugespitzt hat. Mouffe hält die kosmopolitischen Weltentwürfe für illusorisch. Der neoliberale Entwurf laufe auf eine amerikanisch dominierte Welt mit den USA als wohlwollendem Hegemon hinaus, dem von WTO, IWF und ähnliche Organisationen assistiert werde. Der linke Ansatz habe eine »transnationale« beziehungsweise »kosmopolitische Demokratie« samt »Weltbürgerrechten« und Weltregierung zum Ziel, die aber, um die kosmopolitischen Rechte durchzusetzen, den einzelnen Völkern das Recht beschneide, sich selbst zu regieren. Beide Varianten stimmten in der Absicht überein, die Nationalstaaten zu beseitigen.

Diese ineinander verschlungenen, globalistischen Tendenzen treffen nun also mit Wucht auf den in Deutschland verbreiteten Hang zur Selbstnegation. Die Ende der 1980er Jahre dominante Selbstwahrnehmung der

Bundesrepublik als »postnationaler Demokratie unter Nationalstaaten« entsprang ja keinen strategischen Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas, die tatsächlich eine transnationale Verflechtung nahelegt, sondern rührte aus dem Teilungstrauma und dem kultivierten Schuldgefühl her. Sie war der Ausbruch aus der Unsicherheit des Staats-Provisoriums in einen emphatisch-utopischen Anspruch, der die Funktionseliten über die Wiedervereinigung hinaus geprägt hat. Seiner inversen Logik gemäß entspricht die Abschaffung des deutschen Staatsvolks dem Auftrag des Grundgesetzes, während das Beharren auf diesem als verfassungsfeindlich, NS-affin und – natürlich – »antidemokratisch« kriminalisiert wird.

Merkel hat mit der Grenzöffnung 2015 also mehr als einen Ausnahmezustand hergestellt. Der Ausnahmezustand soll, im klassischen Sinne, eine akut bedrohte Normalität sichern oder wiederherstellen. Der von ihr veranlaßte Rechtsbruch hingegen hat das falsche Bewußtsein objektiviert und materialisiert. Der Suspendierung der politischen und geschichtlichen Vernunft wurde die des Rechts an die Seite gestellt, und zwar unter dem »Refugees-welcome«-Jubel der Zivilgesellschaft, die nicht weniger als ihre Absetzung als Staatsvolk feierte.

Inzwischen ist der Massenwahn abgekühlt, und es zeigt sich, daß die Ausgrenzung »traditionalistischer« Positionen sich doch nicht von selbst versteht, weil diese der Lebenswirklichkeit und den bewußten oder unbewußten Interessen der Bevölkerung entsprechen. Das wiederum läßt die der vermeintlich »reflexiven Moderne« verpflichteten Funktionseliten die Repression verschärfen.

Der Begriff Postdemokratie bezeichnet lediglich eine Abwesenheit und genügt daher nicht zur Charakterisierung der gegenwärtigen Herrschaftspraxis. Handelt es sich um einen neuen Totalitarismus? Die Frage klingt nur absurd, wenn man die alte Definition von Hannah Arendt zugrunde legt, die den Stalinismus und den Nationalsozialismus vor Augen hatte und eine Kombination aus organisiertem Terror und stringenter Ideologie darunter verstand, die nach Herrschaft über sämtliche Lebensbereiche strebt. Das trifft heute nur auf den Islamismus zu.

Der Politologe Peter Graf Kielmannsegg plädiert für eine elastischere Definition, die den modernen Gesellschaften besser gerecht werde und die pluralistische Auffächerung der Herrschaft einschließe. Totalitär sei es, »die extreme Mobilisierung einer Gesellschaft für einen bestimmten Zweck« zu erzwingen, »wobei die Zwecke durchaus unterschiedlicher Natur sein können«. Der sich ständig erneuernde »Kampf gegen Rechts« wäre demnach als Abfolge von Mobilisierungsschüben in Richtung einer »One-world«-Ordnung zu verstehen.

Zu den Merkmalen eines so verstandenen Totalitarismus zählt Kielmansegg die »prinzipiell unbegrenzte Intensität der Sanktionen, mit denen das System arbeitet«. Der Terror stellt nur die äußerste Möglichkeit dar. Viel wichtiger ist »die unbegrenzte Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen diesseits des blanken Terrors, über Bildungschancen und Berufschancen, über die Chancen der Befriedigung materieller Bedürfnisse und Kommunikationschancen«.

Im Grunde wiederholt Kielmansegg, was Tocqueville 1835 in seiner *Demokratie in Amerika* schon vorhergesehen hatte: den Umschlag der Demokratie in Tyrannei. Medien, politische Institutionen, der Inlandsgeheimdienst und sogenannte zivilgesellschaftliche Kräfte arbeiten längst eng zusammen, wenn es darum geht, tatsächliche oder vermutete Dissidenten sozial zu vernichten und psychisch zu zermürben. Wer die an keine »kontrollierbaren Bedingungen gebundene Macht besitzt, über diese Chancen zu Sanktionszwecken zu verfügen, dessen Sanktionspotential kann mit gutem Grund totalitär genannt werden«.

Unbegrenzt ist die soziale Vernichtungsmacht noch nicht, doch werden die Schranken immer weiter herabgesetzt. Kein Politiker, kein alter Stasi-Kämpe, sondern der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte Andreas Wirsching fordert, gegenüber Andersdenkenden keinen »Rechtsformalismus« mehr gelten zu lassen, sondern die »Instrumente der wehrhaften Demokratie, die es ja gibt«, anzuwenden – ein akademischer Scharfmacher, der die Demokratie als Gummiknüppel begreift! Aus solchen Worten spricht die klammheimliche Furcht, einem Irrtum aufgesessen zu sein. Doch gerade im Zustand der Panik wächst die Bereitschaft, mit dem Knüppel zuzuschlagen. Das ist der Ernst der Lage! ■

Literaturhinweise:

Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft,* Frankfurt a.M. 1955;

Friedrike Beck: *Die geheime Migrationsagenda. Wie elitäre Netzwerke mithilfe von EU, UNO, superreichen Stiftungen und NGOs Europa zerstören wollen,* Rottenburg 2016;

Ulrich Beck: *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung,* Frankfurt a.M. 1993;

Robert Kagan: *Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?,* München 2008;

Peter Graf Kielmansegg: »Krise der Totalitarismustheorie?«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung,* 2., erw. Auflage, Baden-Baden 1999.

»Demokraten und der Demokratie verpflichtete Medien sollten daher auch keinen allzu großen Ehrgeiz entwickeln, mit den Feinden der Demokratie zu ›diskutieren‹, sie zu ›verstehen‹. Denn alle historische Erfahrung zeigt: Feinde der Demokratie sind Demokratiefeinde auch deswegen, weil sie sich hinter einer Realitätsverweigerung verschanzt haben. Propagandistisch gefangen in einem Weltbild, das nur noch Freund und Feind kennt, entziehen sie sich dem rationalen Argumentieren und dem ihm zugrunde liegenden Erfahrungswissen.«

Andreas Wirsching: »Die westlichen Demokratien sind bedroht«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 13. August 2016.

Zehn Thesen zur Asylkrise

von Felix Menzel

Ein Jahr nach ihrem Mantra »Wir schaffen das« steht Bundeskanzlerin Angela Merkel vor den Scherben ihrer Asylpolitik. Die CDU verliert flächendeckend Stimmen, doch ein Umdenken ist nicht in Sicht: Die Situation spitzt sich zu und droht, außer Kontrolle zu geraten. Die Asylkrise sollte deshalb zum Anlaß genommen werden, um eine grundsätzliche innen- und außenpolitische Wende zu diskutieren. Dazu zehn Thesen:

I. Merkel hat es nicht geschafft, einen Maßstab festzulegen, wann Deutschland zur Flüchtlingsaufnahme verpflichtet sei. Die Menschenrechte taugen dafür nicht. Wir sollten deshalb über ein menschliches Minimum nachdenken und danach das Ausmaß und die Methoden unserer humanitären Hilfe bestimmen.

Das in der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz festgehaltene Asylrecht sollte der reibungslosen Aufnahme von Ostblockdissidenten im Kalten Krieg dienen. Seit der Wende von 1989 steht unser Land jedoch vor vollkommen anderen Herausforderungen: Schutzsuchend sind vor allem politisch Verfolgte, Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge sowie hungernde Menschen aus Afrika und dem erweiterten Nahen Osten. Bei weiter Auslegung des Asylrechts, die das Bundesverfassungsgericht mit seinen Urteilen ab 1959 auf den Weg gebracht hat, müßte Deutschland im Zweifelsfall einigen Milliarden Menschen Asyl gewähren. Dies ist unmöglich, und das muß politisch und rechtlich auch zum Ausdruck gebracht werden. Statt mit dem Verweis auf die allgemeinen Menschenrechte unerfüllbare Erwartungen zu befördern, muß sich die Idee des menschlichen Minimums an den biologischen Grundbedürfnissen orientieren, die tatsächlich bei allen Menschen gleich sind. Die Flüchtlingsunterbringung würde in einem solchen Fall direkt in der Krisenregion in Exilstädten stattfinden.

Am 4. Februar 1959 entschied das Bundesverfassungsgericht erstmals zugunsten einer weiten Auslegung des Grundrechts auf Asyl. Bis dato bedeutete das Asylrecht nur, »daß der politisch Verfolgte nicht ausgeliefert wird« (Hermann von Mangoldt). Das BVerfG erklärte dagegen, jeder könne als politisch verfolgt eingestuft werden, der in einem Staat lebt, der von den »Grundsätzen freiheitlicher Demokratie« abweicht.

II. Seit Ausbruch der Asylkrise ist es noch nicht einmal gelungen, die Fluchtursachen richtig zu benennen. Bei der Bekämpfung der Überbevölkerung anzusetzen, ist dabei der einzig sinnvolle Weg.

Despotien, Hunger, Armut, soziale Ungerechtigkeit und Kriege sind nur Oberflächenphänomene und Folgen des rasanten Bevölkerungswachstums der Welt. Es gilt dabei eine einfache Gleichung: mehr Menschen = mehr Kriege = mehr Flüchtlinge. Vor den Zuständen in ihren Herkunftsländern können jedoch nur diejenigen fliehen, die dazu körperlich und finanziell in der Lage sind. Das derzeitige Einwanderungsasylrecht unterstützt damit gerade die Menschen, die am wenigsten Hilfe benötigen. Die 800 Millionen Hungerleidenden aber, von denen jeden Tag rund 30000 sterben, geraten in Vergessenheit. Den Allerschwächsten vor Ort zur Selbsthilfe zu verhelfen und zugleich Maßnahmen gegen die Überbevölkerung einzuleiten, wäre daher eine Maxime, die mit dem menschlichen Mini-

mum in Einklang steht. Alle anderen denkbaren Handlungsoptionen, die darauf abzielen, Frieden, Wohlstand, Demokratie und das westliche Freiheitsdenken global durchzusetzen, haben sich dagegen als utopisch erwiesen und die Lage fast immer verschlimmert.

III. Ein erfolgreicher Kampf gegen Überbevölkerung, Armut und Hunger würde einen »Migrationsbuckel« verursachen. Deshalb ist es im Interesse aller, wenn sich Europa abschottet und Zuwanderung generell verhindert.

Ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen in den ärmsten Ländern der Welt führt bei vielen dieser Aufsteiger zu dem Wunsch und der Fähigkeit, auszuwandern. In der Wissenschaft ist dann von einem »Migrationsbuckel« die Rede. Erst, wenn ein Land ein relativ hohes Entwicklungsniveau erreicht hat, wollen die Menschen dauerhaft in ihrer Heimat bleiben und ihre erworbenen Fähigkeiten zum Nutzen des eigenen Landes einsetzen. Sowohl für Europa als auch Afrika und den erweiterten Nahen Osten ist es deshalb das Beste, sogar die Migrationen der klügsten Köpfe einzudämmen, um sie in ihrer Heimat zu halten.

Im jordanischen Flüchtlingslager Zaatari leben ca. 80000 Menschen. Es entstehen Kosten in Höhe von 500.000 US-Dollar pro Tag. Das bedeutet, daß auf ein Jahr hochgerechnet ein Flüchtlingsplatz knapp über 2000 Euro kostet. Zum Vergleich: In Deutschland fallen pro Asylbewerber jährliche Unterbringungskosten von ca. 12.500 Euro pro Person an – inkl. Integrationsmaßnahmen dürfte man auf knapp 20.000 Euro pro Jahr kommen.

IV. Jeder, der illegal einreist, muß automatisch – ohne Asylverfahren – in das zuvor bereiste Land oder nach Möglichkeit in sein Herkunftsland zurückgeschoben werden.

Weder die Europäische Union noch die Nationalstaaten mit europäischer Außengrenze (Italien, Griechenland, Bulgarien …) haben es bisher geschafft, eine funktionierende Grenzsicherung aufzubauen, an der illegale Einwanderer konsequent abgewiesen werden. In diesem Jahr haben genauso wie 2015 erneut über 100000 Menschen mit dem Boot Italien erreicht. Über 4000 dieser Flüchtlinge kamen im Laufe des letzten Jahres bei ihrer gefährlichen Migration ums Leben. Dieses Massensterben wird erst enden, wenn Bootsflüchtlinge noch nicht einmal mehr Asyl in Europa beantragen dürfen und es den westlichen Hilfsorganisationen verboten wird, sie 20 Kilometer vor der libyschen Küste abzuholen.

V. »Echte« Flüchtlinge müssen fair über Europa verteilt werden. Voraussetzung dafür ist aber eine Abkehr von der Willkommenskultur.

Europa hat für das de facto gescheiterte Dublin-System, wonach Asylbewerber ihren Antrag im ersten Land stellen müssen, das sie betreten, bisher keinen adäquaten Ersatz gefunden. Wer glaubt, die Südeuropäer mit dem Problem der Masseneinwanderung allein lassen zu können, sollte sich nicht wundern, wenn diese Staaten irgendwann dazu übergehen, die Neuankömmlinge illegal durchzuwinken. Gerade die kleineren Staaten in Europa werden allerdings nur bestimmte Kontingente aufnehmen, wenn es dafür eine klar benannte Obergrenze gibt. Tschechien etwa wehrt sich zu Recht dagegen, die von Deutschland regelrecht angeworbenen »Flüchtlinge« aufzunehmen. Das heißt: Statt jeden unkontrolliert einwandern zu lassen und die Gesamtzahl dann gerecht verteilen zu wollen, müssen die Nationalstaaten ertragbare Kontingente aufnehmen, um den Exilstädten in den Krisenregionen etwas von ihrer Last abzunehmen.

VI. Ökonomisch betrachtet, ist Flüchtlingshilfe in Deutschland kurz- und langfristig am teuersten. Mit einem Bruchteil des hierzulande eingesetzten Geldes ließe sich in den Herkunftsregionen der Migranten wesentlich effizienter helfen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß sie bis 2020 pro Jahr ca. 20 Milliarden Euro für die Integration der Asylbewerber benötigt. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft kommt im negativsten Szenario sogar auf jährliche Kosten in Höhe von bis zu 55 Milliarden Euro. Erwirtschaften muß dieses Geld die deutsche Bevölkerungsmehrheit. Orientiert man sich dagegen an den Kosten für das Flüchtlingslager im jordanischen Zaatari, könnte man mit dem Geld, das die Bundesregierung gegenwärtig für Asylbewerber ausgibt, in der Region um Syrien fast zehnmal so vielen Menschen helfen wie in Deutschland.

VII. Aus Machterhaltungsgründen werden es die politisch Verantwortlichen nicht zu einer Wiederholung der Asylkrise kommen lassen. Die Ideologie der Elite dürfte sich dennoch nicht durch den erlitte-

nen Realitätsschock verändert haben, weshalb zu befürchten ist, daß die Überfremdung schleichend weitergeht.

Das Ausmaß der Asylkrise 2015 war die Folge eines Kontrollverlustes, der auf ideologischer Borniertheit beruhte (offene Grenzen, Fachkräftemangel, Multikulturalismus, Gleichheit aller Menschen). Man wollte bis zu 500000 Einwanderer pro Jahr von außerhalb Europas anwerben (Bertelsmann-Stiftung) und bei Erreichen dieser Schallmauer keinen Gesichtsverlust riskieren. Im Krisendiskurs wurde daraufhin aus der gewollten Zuwanderung ein angeblich völlig unvorhersehbares Naturereignis, mit dessen Folgen nun eben jeder leben müsse. Der Reparaturbetrieb der Politik reagierte darauf – wie immer – mit einem technokratischen »Sofortprogramm«, das dabei helfen soll, die finanziellen und sicherheitspolitischen Risiken abzufedern.

VIII. **Die technokratische Logik der bundesdeutschen Elite impliziert zwar, daß die Nationalität eines Menschen keine Rolle spiele. Nichtsdestotrotz wird die Bundesrepublik in den nächsten Jahren alles daran setzen, um sowohl für Deutsche als auch Ausländer eine Verhaltensnormierung durchzusetzen, die ein friedlich-anonymes Nebeneinander erlaubt.**

Im August kündigte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze an. Unter anderem ist mehr Personal für die Sicherheitsbehörden vorgesehen, kriminelle Ausländer sollen schneller abgeschoben werden und Terroristen ihren Doppelpaß verlieren. Was zunächst lediglich nach einer Besänftigung des Wahlvolkes klingt, ist Teil einer perfiden Doppelstrategie zur Verhaltensnormierung von Deutschen und Ausländern: Während de Maizière dafür zu sorgen hat, ein Minimum an Innerer Sicherheit aufrechtzuerhalten, setzt Justizminister Heiko Maas (SPD) seinen Kampf gegen rassistische Meinungsverbrechen (»Haßkriminalität«) fort. Diese »Zuckerbrot-und-Peitsche«-Taktik hat einen multikulturellen Überwachungsstaat zum Ziel, der einzig und allein das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichsten Ethnien in Deutschland gewährleisten könnte. Freiheitlich zu sein, können sich dagegen nur halbwegs homogene Staaten leisten.

IX. **Ausgelöst durch die Asylkrise schreitet die ethnische, soziale und politische Zersplitterung voran. Das Chaos in Deutschland nimmt weiter zu, doch das »reinigende Gewitter« fällt aller Wahrscheinlichkeit nach aus.**

Wie es in Deutschland weitergehen könnte, erkennt man am ehesten, wenn man sich in Gegenden umschaut, wo das multikulturelle Experiment bereits gescheitert ist: Detroit, die amerikanische Großstadt mit dem höchsten Anteil an Schwarzen, ist z.B. 2013 insolvent gegangen. Was war passiert? Die größtenteils weiße Mittelschicht floh zwischen 2000 und 2010 aus der Stadt in das Umland. Seitdem leben in Detroit über 80 Prozent Schwarze, die überproportional häufig arm sind. Die Konsequenzen der Insolvenz mußten hauptsächlich sie ertragen, während sich diejenigen, die früh genug wegzogen, der Verantwortung entziehen konnten. In Deutschland ist ein ähnliches Szenario absehbar: Wer es sich leisten kann, wird vor den Zuständen in der multikulturellen Gesellschaft in »Gated communities« fliehen, seine Kinder auf Privatschulen schicken, gefährliche Orte meiden und seine Finanzen so ordnen, daß der Staat darauf nicht zugreifen kann.

X. **Patriotischer Widerstand wirkt!**

Aus dem Erzgebirgskreis (Sachsen) sind 2015 zwei Drittel aller Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung nach Westdeutschland umgezogen. Insgesamt ist davon die Rede, daß bis zu 30 Prozent der Asylbewerber in den neuen Bundesländern wieder »verschwunden« seien, um sich einen anderen Wohnort zu suchen. Zum einen liegt dies an den Netzwerken der Migranten in Westdeutschland, zum anderen aber wohl auch an der einwanderungskritischen Stimmung im Osten. Langfristig dürfte dies zu einer weiteren Überfremdung Westdeutschlands und dem Erhalt von Rückzugsräumen für Deutsche zwischen Ostsee und Erzgebirge führen. Das zeigt: Wer mit einer starken Gemeinschaft im Rücken für seine Heimat kämpft, kann zumindest das Schlimmste verhindern. Bei allem Weiteren muß man auf das unendlich unwahrscheinliche Szenario eines größeren Umbruchs hoffen. ■

Literaturhinweise

Paul Collier: *Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen,* München 2014;

Institut für Staatspolitik: *Ansturm auf Europa. Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß?,* (= *Wissenschaftliche Reihe* Bd. 24), Schnellroda 2014;

Felix Menzel: *Die Ausländer. Warum es immer mehr werden,* Chemnitz 2015;

ders./Pierre Aronnax: *Der vertagte Bürgerkrieg. Frieden, Brutalität und Chaos in der totalitären Moderne,* Chemnitz 2016;

David Miller: *National Responsibility and Global Justice,* Oxford 2008;

Paul Scheffer: *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt,* München 2008;

Gespräch mit dem Migrationsforscher Kay Hailbronner: »Werden für unbegrenzte Einwanderung zahlen müssen«, welt.de vom 2. August 2016.

Der Herbst bei Antaios

Götz Kubitschek

Die Spurbreite des schmalen Grats

286 S., gebunden, 19 €

Wir sind rechts. Wir sind Akteure, wir haben Einfluß. Wir tragen Verantwortung und sind auf schmalem Grat unterwegs. Das ist riskant. Aber er muß gewagt werden, dieser Gang.







Ellen Kositza

Die Einzelfalle

160 S., Broschur, 13 €

Sie sind die lautesten *welcome*-Klatscher und zugleich die ersten Leidtragenden der Invasion: die Frauen. Zerrissen zwischen feministischer Ideologie und natürlichem Reflex sind sie mehr als schlecht vorbereitet auf eine krasse Lage.

Jack Donovan

Der Weg der Männer

232 S., Broschur, 16 €

Ein starker Text gegen Gender-Trend und Verweichlichung – für eine Reconquista männlicher Ideale und die Re-Polarisierung der Geschlechter. Mit Nachworten von M. Lichtmesz und Raskolnikow.





Jean Raspail

Der Ring des Fischers

352 S., gebunden, 22 €

Der Papst! Es gab im 15. Jahrhundert derer drei zur gleichen Zeit, und wer kann sicher sagen, daß sich die Linie Avignons im Verborgenen nicht doch bis heute durch die Jahrhunderte schlängelt? Ein typischer Raspial-Roman!

Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 9 09 41 · Fax: (034632) 9 09 42 · e-Post: vertrieb@antaios.de

www.antaios.de

Land-Wende – Zehn Thesen zur Zukunft der ländlichen Welt

von Michael Beleites

2016, zur Lage auf dem Land: Am Beispiel der Zulassung des Grundwasser und Menschen gefährdenden Ackergifts Glyphosat – mit dem derzeit jährlich etwa 30 Prozent unserer Ackerflächen »behandelt« werden – zeigt sich, daß den Allgemeininteressen entgegenwirkende Lobbystrukturen mehr Macht haben als ein Bevölkerungsanteil von über 90 Prozent. Für die Agrogentechnik und das geplante Freihandelsabkommen TTIP, von denen dieselben Konzerne profitieren, die die Landwirte vom Glyphosat abhängig machen, gilt Entsprechendes. Die Landbevölkerung, die als erstes den Giftnebeln ausgesetzt ist, verliert gerade den Glauben daran, daß Demokratie Volksherrschaft bedeutet. Und sie fühlt sich auch von den Städtern im Stich gelassen, deren ökologisches Bewußtsein zwar weiter entwickelt ist, die aber das Land oft nur noch im Blick durch das Auto- oder Bahnfenster wahrnehmen – als unvermeidlichen Transitraum zwischen den Großstädten. Oswald Spengler sah den Degenerationsprozeß einer Kultur dadurch gekennzeichnet, daß mit der Konzentration auf wenige Metropolen die ländlichen Räume zur Provinz hinabgestoßen werden. Egal, ob wir die abendländische Kultur bewahren oder eine neue Kultur anbahnen wollen: Die Grundlage hierfür wächst auf dem Land. Was müssen wir dabei bedenken?

»Statt einer Welt eine Stadt […]; statt eines formvollen, mit der Erde verwachsenen Volkes ein neuer Nomade, ein Parasit, der Großstadtbewohner, der reine, traditionslose, in formlos fluktuierender Masse auftretende Tatsachenmensch, irreligiös, intelligent, unfruchtbar, mit einer tiefen Abneigung gegen das Bauerntum […], also ein ungeheurer Schritt zum Anorganischen, zum Ende. […] Alles höhere Wirtschaftsleben entwickelt sich an und über einem Bauerntum. Nur das Bauerntum selbst setzt nichts andres voraus.«

Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte,* 1923.

I. Das lineare Geschichtsbild relativieren

Die gesellschaftlichen Zustandsformen des Menschen als *Jäger und Sammler* sowie als *Ackerbauern und Viehzüchter* sind keine historischen Epochen, sondern »Ökotypen« unserer Art: Es handelt sich um gleichwertige Populationen, die aufgrund verschiedener Umweltprägungen verschiedene Verhaltensveranlagungen für die Einbindung in verschiedene Lebensräume entwickelt haben. Der Vorstellungswelt einer rein ökonomisch definierten, linearen, historischen Gesetzmäßigkeit sollten wir ein zyklisches Denken zur Seite stellen. In seiner (epi-)genetischen und sozialökologischen Verfassung ist auch der in der Industriegesellschaft lebende Mensch ein Bestandteil des Ackerbaukultur-Ökotyps. Nur wenn sich in den »zivilisierten« Industrieländern wieder eine Mehrheit den Grundlagen der eigenen Kultur (Bauerntum und Seßhaftigkeit) zuwendet, kann eine kulturelle und genetische Degeneration vermieden werden.

II. Den darwinistischen Irrglauben ablegen

Darwins Selektionslehre überträgt den Hergang der künstlichen Zuchtwahl von Domestikationsformen in Gefangenschaft auf die Evolutionsprozesse von Wildformen in freier Natur – und leitet daraus eine »natürliche Zuchtwahl« ab. Die Variation von frei lebenden Wildformen ist jedoch von einem inneren Zusammenhalt, einer *genetischen Kohäsion* ihrer Populationen geprägt, während in Gefangenschaft lebende Dome-

stikationsformen stets von einem Auseinanderlaufen der Merkmale, einer *genetischen Divergenz* ihrer Populationen bestimmt sind. Eine über die natürlichen Variationsbereiche hinausgreifende genetische Divergenz geht mit Degeneration einher. Entsprechende Mutationen sind in freier Natur genetisch und ökologisch unbeständig. Evolution geschieht epigenetisch über mehr oder weniger synchrone Veränderungen ganzer Populationen und nicht über eine Auslese von Individuen. Die gegenläufigen Eigentendenzen der biologischen Variation von in natürlichen oder in unnatürlichen Milieus lebenden Populationen sowie die Tatsache, daß mutierte Einzelindividuen mit »neuen« Merkmalen in der Natur unbeständig sind, machen die Selektionslehre hinfällig. Kämpfe gehören zur Natur; daß aber die Kohlmeisen einen schwarzen und die Blaumeisen einen blauen Scheitel haben, weil ihnen das Vorteile im »Kampf ums Dasein« brächte, ist ein naturwidriger Irrglaube. Nicht Kampf und Konkurrenz leiten die Naturprozesse, sondern Kooperation und ökologische Integration, die *Umweltresonanz*.

III. Die Wettbewerbslogik überwinden

Eine vom Selektionsdenken befreite Biologie entzieht der Wettbewerbslogik unserer Zeit das Fundament. Wettbewerb hebelt soziale und ökologische Beziehungen aus. Wettbewerb ist unvereinbar mit Resonanz. Wettbewerb desintegriert. Der Wettbewerb ist kein »naturgesetzliches« System, sondern Motor eines von den realen Bedürfnissen entkoppelten Wachstums, das die Endlichkeit unseres Planeten und seiner Ressourcen ignoriert. Die Konzentration der Landwirtschaft, die in den kommunistischen Ländern unter Zwang und Gewalt herbeigeführt wurde, wird im Westen durch das Prinzip des Verdrängungswettbewerbs bewirkt – durch die Logik vom »Wachsen oder Weichen« der Höfe. Dieses System überläßt die Vernichtung des Bauernstandes den Bauern selbst: Der Existenzkampf von Landwirten gegen Landwirte ist eine strukturelle Gewalt, die keinen Polizeistaat braucht, weil sich unter diesen Verhältnissen die Bauern gegenseitig den Boden wegnehmen – so lange, bis nur noch wenige agrarindustrielle Großbetriebe übrig sind. Wir brauchen *Dritte Wege,* also eine Kooperation jenseits des Kollektivismus und eine Alternative zum Kapitalismus jenseits des Sozialismus.

»Die Bolschewiki haben zweifellos einen Krieg gegen das Dorf geführt, der zugleich ein Krieg der Stadt gegen das Land war.«

Manfred Hildermeier: »Grundlinien der historischen Entwicklung 1917 bis 1937 in der UdSSR«, 2006.

IV. Am organismischen Prinzip orientieren

Im Idealfall ist eine Gesellschaft wie ein Organismus verfaßt, dessen »Organe« zum gegenseitigen Vorteil und zum Wohle des Ganzen zusammenarbeiten – und nicht danach trachten, sich gegenseitig zu verdrängen. Die Menschen sind ebenso verschieden wie die in einer Gesellschaft wahrzunehmenden Funktionen. Eine organismische bzw. korporative Gliederung ist aber nicht als eine einfache Hierarchie zu verstehen, die nur oben und unten kennt und diese Positionen in vorteilhafte und nachteilige Lebensbedingungen übersetzt, die dann den gesellschaftlichen Zerfall in reich und arm rechtfertigen. Organfunktionen in einem Organismus sind so wenig über- oder unterprivilegiert wie es Herz und Lunge, Leber und Niere im biologischen Organismus sind. Die organismische Idee will, daß den Bauern und Handwerkern eine höhere Wertschätzung entgegengebracht wird, damit die bäuerliche und handwerkliche Basis wieder breiter und tragfähiger wird; aber sie will auch, daß die dem »Kopf« einer Gesellschaft Zugehörigen ihre Führungsverantwortung wahrnehmen, tatsächlich am Allgemeinwohl orientiert führen und nicht nur einen »hohen Posten« haben wollen.

V. Der Rechts-Links-Falle entkommen

Eine neue Wertschätzung der bäuerlich-handwerklichen Basis eines Volkes kann durch ein organismisches bzw. korporatives Politikkonzept erreicht werden. Ein korporatives Modell wird sich aber nur jenseits der anti-organismischen Rechts-Links-Polarisierung entwickeln lassen: Die *politische Rechte* geht von einer Verschiedenheit der Menschen aus (was im Sinne einer organismischen Betrachtung richtig ist), doch die frühere Rechte leitete aus dieser Verschiedenheit meist eine Ungleichwertigkeit ab (was aus einer organismischen Perspektive falsch ist). Die *politische Linke* hingegen geht von einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen aus, teilt aber mit der alten Rechten den sozialdarwinistischen Impuls, wonach

Der in den 1920er Jahren von Max Hildebert Boehm konzipierte »Korporativismus« sieht den Staat als Körperschaft, welche in verschiedene Gliederungen aufgeteilt ist, und entspricht daher einer organismischen Sicht. Vgl. Sascha Bohn: *Die Idee vom deutschen Ständestaat,* 2011.

Verschiedenheit Ungleichwertigkeit bedeute, und leugnet bzw. nivelliert deswegen alle Verschiedenheiten (was jede organismische Kooperation zerstört). Ein Befreiungsschlag wäre es, wenn die wahren Konservativen deutlich machen, daß sie die Verknüpfung von *ungleich* und *ungleichwertig* überwunden haben, sie also den Gedanken vertreten, daß die Menschen – und ebenso ihre Völker und Rassen – verschieden, aber gerade unter Wahrung ihrer Verschiedenheiten gleichwertig sind! In dem Moment, in dem sich die Vertreter der korporativen Idee aus der Rechts-Links-Falle befreien, würde die Linke, die sich mit dem Kapitalismus arrangiert hat und nur noch »gegen Rechts« kämpft, ins Leere laufen.

VI. Die Natur positiv denken

Die Verknüpfung des Umweltgedankens mit »Sauberkeit« ist zu Lasten eines angemessenen Naturverständnisses gegangen. Das Umweltinteresse fragt nur danach, was in einem Quellwasser *nicht* drin ist, während das Naturinteresse zuerst danach fragt, was in ihm enthalten ist. Wir müssen lernen, die Natur positiv zu denken, als etwas eigenes, das sich verwirklichen will. Eine naturabgewandte Umweltpolitik hat zu einer *Energiewende* geführt, die auf dem Irrglauben beruht, man könne oder müsse das Niveau des heutigen Energieverbrauchs auf Dauer halten oder gar steigern. Solange der Ausbau regenerativer Energiequellen auf Zentralisierung setzt, wird er die Umweltkrise vielerorts noch verschärfen. Pestizidgeschwängerte Mais-Monokulturen für überdimensionale Biogasanlagen und Photovoltaikanlagen auf früheren landwirtschaftlichen Nutzflächen sind Beispiele dafür. All die vermeintlich ökologischen High-Tech-Lösungen, die auf nicht recycelbaren Verbundstoffen beruhen, sind nicht nachhaltig. Hinzu kommt, daß gigantische Windanlagen in unwiederbringlichen Natur- und Kulturlandschaften das Mensch-Natur-Verhältnis pervertieren. Caspar David Friedrich hätte 1818 sein berühmtes Bild der Kreidefelsen auf Rügen wohl nicht gemalt, wenn damals die Horizontlinie durch eine Fülle rotierender und blinkender Offshore-Anlagen verstellt gewesen wäre. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Ethischem und Ästhetischem: Wenn wir den ästhetischen Zumutungen energisch begegnen, tun wir meist auch etwas zur Heilung der Beziehungsstörung zwischen Mensch und Natur.

»Es geht bei einer generationenübergreifenden Ethik nicht nur darum, ihnen Rohstoffe übrig zu lassen, sondern auch Landschaft ›als Stoff, an dem ich meine Seele übe‹ (Humboldt).«

Reinhard Falter: *Natur neu denken*, 2003.



VII. Den agrarindustriellen Irrweg verlassen

Die bäuerliche Lebensform besteht aus einem Zusammenhang von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, gemeinnütziger Arbeit und Erholung in einem selbst gestaltbaren Lebensumfeld. Mit diesem *bäuerlichen Prinzip* werden der Zusammenhang von Wohn- und Arbeitsort, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Zusammenhalt der Generationen, ein hohes Selbstversorgungspotential sowie eine zeitlich und räumlich über den Hofalltag hinausreichende Verantwortung gewährleistet. Es ist ein

Lebens- und Arbeitsmodell, das individuelle Freiheit mit einer Begrenzung und Einordnung in die Naturzusammenhänge einer endlichen Welt organisch verbindet. Um den Trend des Höfe-Sterbens und der Agrarindustrialisierung umzukehren, brauchen wir eine »Agrarförderung«, die nicht ausschließlich den Sektor der Erwerbsarbeit honoriert – und die die Bauern nicht von Banken und multinationalen Chemiekonzernen abhängigmacht. Wir brauchen eine neue kleinbäuerliche Basis – die sich durch eine Flächenvergabe (fünf Hektar je Familie) und ein Grundeinkommen für Selbstversorger auf den Weg bringen ließe.

VIII. Den demographischen Fehlschluß korrigieren

Hier führt der Geburtenrückgang dazu, daß immer weniger junge Menschen die Renten für immer mehr ältere Menschen erwirtschaften müssen. Im globalen Maßstab zeigt sich das »demographische Problem« in umgekehrter Weise: Die begrenzten Ressourcen und der begrenzte Lebensraum unserer endlichen Erde stehen dem einzelnen immer weniger zur Verfügung, weil seine Zahl drastisch zunimmt. In den meisten Ländern dieser Welt geht es um Geburtenkontrolle. Jede erfolgreiche Geburtenbegrenzung ist zwangsläufig mit einer vorübergehenden Überalterung der Bevölkerungspyramide verbunden. Und wenn wir hier nicht willens sind, eine vorübergehende Überalterung der Gesellschaft aus eigener Kraft zu bewältigen, sondern die Elite aus den Entwicklungsländern abwerben, um unsere Rentenkassen aufzufüllen, dann ist das eine ebenso provinzielle wie zynische Position. So wird die Politik der Geburtenkontrolle auch dort scheitern. Es werden sich dann noch mehr Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat genötigt sehen. Um der Überalterung der Bevölkerung entgegenzusteuern, sollten wir uns dafür einsetzen, das ländliche Leben attraktiver machen und den Bauernstand wiederzubeleben. Seit jeher ist die Geburtenrate der Landbevölkerung höher als die der Städter.

IX. Eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen

Zur Permanenz fähig sind nur Kulturen, die ihren Enkeln nicht das Wasser abgraben, die nicht auf Kosten anderer Kulturen leben und die zu einem harmonischen Stadt-Land-Verhältnis finden – also Kulturen, die weder nach innen noch nach außen parasitär verfaßt sind. Neokoloniale Wirtschaftsstrukturen gehen mit – als ethnische Konflikte getarnten – Rohstoff-Kriegen einher, machen in anderen Kontinenten ganze Landstriche unbewohnbar und lösen Flüchtlingsströme aus, die sowohl die Herkunfts- als auch die Ankunftsländer destabilisieren. Die *strukturelle Gewalt* unseres heutigen wirtschaftlichen und politischen Systems richtet sich nicht nur gegen kommende Generationen und räumlich entfernte Kulturen, sondern auch gegen die ländlichen Räume hier. Diese sind ja nur so lange ländlich, wie es nicht zu einer Industrialisierung der Landwirtschaft und zu einer Verstädterung der Dörfer kommt, die vom ländlichen Handwerk bis zur Dorfschule alles plattmacht, was zum Landleben und zu dem hohen Selbstversorgungsvermögen eines Dorfes gehört. Die Schließung der Dorfschulen trägt ja nicht nur zur Entwurzelung der Jugend bei, sie zwingt auch zu immensen motorisierten Schülertransporten und verschärft somit das Ressourcen- und das Klimaproblem.

X. Die Selbstversorgungsfähigkeiten stärken

Versorgungssicherheit umfaßt auch die Fremdversorgung mit Nahrung und Energie, die uns in Abhängigkeitsverhältnisse bringt. *Versorgungssouveränität* hingegen meint, daß ein Land sich auf der Grundlage der eigenen Landwirtschaft selbst ernähren und auf der Grundlage eigener Ressourcen selbst mit Energie versorgen kann. Vor dem Hintergrund der absehbaren Verknappung und Verteuerung des Öls stellt sich diese Frage auch für die Industrieländer. Spätestens dann, wenn die Transportkosten ins Unermeßliche steigen, wird auch eine *regionale Versorgungssouveränität* wichtig: Ein hoher Selbstversorgungsgrad der Region, des Ortes oder der Familie sorgt für Krisenfestigkeit und Unabhängigkeit. Nur in Häusern mit Keller kann man Kartoffeln und Äpfel einlagern; nur in Häusern mit Schornstein kann man mit Holz heizen; nur auf Höfen mit Land kann man sich selbst versorgen. Wir brauchen eine neue kleinbäuerliche Basis mit einem hohen Selbstversorgungsvermögen – auch als Kristallisationskeim für eine neue (alte) Kultur! ■

Literaturhinweise:

Michael Beleites: *Umweltresonanz. Grundzüge einer organismischen Biologie,* Treuenbrietzen 2014;

ders.: *Land-Wende. Raus aus der Wettbewerbsfalle!,* Marburg 2016;

Sascha Bohn: *Die Idee vom deutschen Ständestaat. Ständische, Berufsständische und Korporative Konzepte zwischen 1918 und 1933,* Hamburg 2011;

Reinhard Falter: *Natur neu denken. Erfahrung, Bedeutung, Sinn. Grundlagen naturphilosophischer Praxis,* Klein Jasedow 2003;

Manfred Hildermeier: »Grundlinien der historischen Entwicklung 1917 bis 1937 in der UdSSR«, in: *Erinnern! Rundbrief der landeseigenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt,* H. 3/2006, Magdeburg 2006;

Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte,* Düsseldorf 2007.

Europa und die Rechte – Zehn Thesen zu einem Neubeginn

von Benedikt Kaiser

Als im Juni dieses Jahres etwa 52 Prozent der Briten per Referendum für einen Ausstieg aus der Europäischen Union plädierten, verschärfte das die Legitimationskrise der EU und ihrer Eliten. Eigentlich hätte dies wie ein Weckruf für konservative Gegner des Brüsseler Konstrukts wirken müssen, im Stimmungsvakuum nach dem Auftakt des »Brexit« europäische Gegenkonzeptionen zu diskutieren. Allein, es folgte: nichts. Weder der Front National noch die AfD, weder UKIP noch Fidesz, aber auch keines der konservativen Institute oder Organe war in der Lage, eine europäische Linie zu formulieren und sie als gemeinsamen Standpunkt mit den anderen abzustimmen. Grund genug für eine Intervention: zehn Thesen zu Europa und zum notwendigen Neubeginn rechter Europakritik!

I. **Es gibt keine europäische Rechte, die das Attribut »europäisch« im eigentlichen Sinne verdient.**

Es gibt kein einziges EU-Mitgliedsland, in dem relevante Teile der politischen Rechten gesamteuropäische Konzepte vertreten. Die europapolitische Agitation konservativer, freiheitlicher und nationaler Kreise richtet sich gegen »Brüssel« und seine Regulierungswut, gegen die supranationalen Institutionen, und sie plädiert für die Rückerlangung nationaler Souveränität, für die Rückkehr zu einem gaullistischen Status quo ante, in dem jede Nation für sich handelt und Europa häufig nur als Floskel besteht.

Ein frappierendes Beispiel hierfür sind jüngste Aussagen Markus Frohnmaiers: Der Bundesvorsitzende der AfD-Jugend bewirbt seine Junge Alternative in einem Gespräch mit dem Blog blauenarzisse.de schon deshalb als »europäische« Kraft, weil sie Kontakte zu Parteijugendorganisationen des Auslands pflege. Er spricht gar vom »Projekt Junges Europa«, das er leider nicht mit »jungeuropäischem« Inhalt im Sinne Giuseppe Mazzinis, sondern mit nationalistischem Pathos füllt: »Wir haben ein klares Leitmotiv in unserer alternativen Außenpolitik formuliert und zwar: Deutschland zuerst.« Dem kann man zustimmen, weil es die derzeit vernachlässigten Befindlichkeiten der nationalen Seele streichelt; dem kann man widersprechen, weil es weder eine grundsätzlich »alternative Außenpolitik« verheißt noch irgend etwas mit einem »Jungen Europa« zu tun hat. In jedem Fall wird durch solche programmatischen Aussagen kein gesamteuropäischer Rahmen aufgespannt, sondern viel eher ein rechtes Dilemma bestätigt: Europa taucht nur als okkasioneller Gemeinplatz auf, um klassisch nationale Sujets zu verkleiden.

II. **Europafeindlichkeit entsteht, weil die EU fälschlich mit »Europa« gleichgesetzt wird.**

Europa ist nicht die Europäische Union, Brüssel nicht das Zentrum des europäischen Geistes. Die EU ist von ihrem Beginn an, wie der britische

Soziologe Richard Seymour pointiert zusammenfaßte, »als ein kapitalistischer Block organisiert worden«. Sie ist demzufolge keine europäische Sache, sondern eine Sache der transnationalen Banken und Konzerne sowie jener politischen und medialen Akteure, die von einer primär wirtschaftlichen Ausrichtung profitieren. Der Jurist Andreas Wehr nennt die EU ein Konstrukt, »das zur Bewahrung und Entwicklung der die kapitalistischen Wirtschaftsordnungen sichernden Prinzipien des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital eingerichtet wurde«. Anders gesagt: Die EU ist ein Elitenprojekt kapitalistischer Prägung und Europa der Schauplatz ihrer ökonomischen Versuche. Daß sich an diesem Integrationskonzept auch die Riege der multikulturell-linksliberalen Kreise beteiligen, verschärft die antieuropäische Note der Europäischen Union. Aber auch hier: ein rechtes Dilemma. Denn der zitierte Seymour ist Leninist, Wehr ist Marxist. Substantielle EU-Kritik ist also einstweilen die Domäne weniger Akteure am äußeren linken Rand, während von konservativer Seite aus – überspitzt gesagt – allenfalls über die Glühbirnenverordnung aus Brüssel doziert wird. Die EU als kapitalistisches Projekt zu begreifen, heißt im übrigen nicht, ihr das Prinzip der Marktwirtschaft vorzuwerfen. Im Gegenteil: Der monopolisierende Kapitalismus tendiert sogar dazu, Märkte auszuhebeln. Er hat nichts gemein mit selbständigem Unternehmertum des Mittelstandes, der von zwei Seiten unter Druck steht: Kapitalistische Großkonzerne und eine dem Finanz- und Industriekapital hörige, aufgeblähte Bürokratie *à la bruxelloise* schnüren ihm die Kehle zu.

»Die Wohlstandsmaschine Kapitalismus hat sich von ihrem Territorium, dem Nationalstaat, emanzipiert und sich die ganze Erde untertan gemacht. Über die politische Weltkarte von Nationen haben sich die Netze eines postmodernen Turbofeudalismus gelegt.«

Ulrike Guérot: *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie*, Bonn 2016, S. 194.

III. **Ein neues Europa muß von vorn beginnen. Die Reformation der EU ist nicht möglich.**

Einzelne Eingriffe »Brüssels« in den Alltag sind nicht das Kernproblem. Das wird vielmehr von der kapitalistischen EU in ihrer Gesamtheit verkörpert. Für eine Neufundierung des gesamteuropäischen Erbes jenseits rein materialistischer Denkweisen sollte alles Bestehende im europäischen Rahmen hinterfragt werden – auch die Wirtschaftsstruktur. Rührte man diese nicht an, so müßte man am Ende eine Welt akzeptieren, in der die von Slavoj Žižek wiederholt aufgezeigte, einzige reale Wahlmöglichkeit jene zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsorganisationsformen des Kapitalismus ist. Also bliebe etwa die Wahl zwischen der westlich-multikulturellen kapitalistischen Zivilisation nach EU-Abbild und autoritär-kapitalistischen Alternativen, vergleichbar den asiatischen (chinesischen) oder sunnitisch-wahabitischen (saudi-arabischen) Varianten. Die Akzeptanz dieser verengten Wahl ist kennzeichnend für die technokratisch-reformistische Rechte, wie sie etwa von Bernd Lucke verkörpert wird.

Politische Akteure, die jenseits der kapitalistischen Logik denken, sollten dieser Kapitulationserklärung des Geistes ausweichen. Sie sollten eintauchen in die dreitausendjährige Geistesgeschichte unseres Kontinents, um aus dem »unverbrauchten Reichtum an Intelligenz, Energie und Schöpfertum, den wir ›Europa‹ nennen dürfen« (Gerd-Klaus Kaltenbrunner), Kraft zu schöpfen.

»Irgendwie gibt es ein kulturelles Gedächtnis von Europa und darin die Idee, dass wir alle zusammengehören. Europa ja, EU nein. Das ist die Stimmung. Die Sehnsucht ruft nach einem anderen Europa.«

Guérot: *Republik*, S. 24.

IV. **»Europa« war und bleibt eine rechte Idee.**

Oft wird vergessen, daß »der europäische Gedanke ursprünglich eine rechte Idee war«. Der Historiker Tony Judt führte das Einigungsstreben rechter europäischer Intellektueller auf die 1930er Jahre zurück, als eine doppelte Bedrohung durch »Amerikanismus« und »Bolschewismus« bestand und man einen eigenen, einen europäischen Weg suchte. Aber der europäische Gedanke als »ursprünglich rechte Idee« umfaßt mehr als die Praxis der Feindbestimmung. Dafür müssen bestehende (aber derzeit verdeckte) rechte Kontinuitätslinien aufgegriffen werden. Die größte dieser politischen Linien ist die Nennung einer dreifachen Zugehörigkeit eines Europäers: zur Heimatregion, zur Nation, zu Europa als übergeordnetem Prinzip. Alain de Benoist betonte jüngst, eine Idee Pierre Drieu la Rochelles aktualisierend, daß sich in Europa »Nationen und Regionen nicht feindlich, sondern komplementär zueinander verhalten«. Entscheidend sei, daß keiner der drei Pfeiler absolut gesetzt werde. Und bei der Identitären Bewegung in Frankreich zählt die »triple appartenance« zu den Grundpfeilern ihrer Weltanschauung.

V. Die Kontinuitätslinien eines rechten Europabildes müssen mit zeitgemäßem Antikapitalismus und Antiimperialismus verknüpft werden.

Die Idee der dreifachen Zugehörigkeit ist also die Basis rechts- oder jungeuropäischen Denkens. Sie sieht sich auf all diesen drei Feldern konfrontiert mit der gegenwärtigen Europäischen Union, deren fehlende geistige »Erdung« durch europäische Identitäten mit ihrem rein kapitalistisch und imperialistisch ausgerichteten – und daher vergänglichen – Nützlichkeitsdenken korreliert.

»Nichts ist so brüchig wie die europäische Erzählung dieser Tage. 50 Jahre EU-Integration erscheinen einem wie ein dünner Vorhang, der gerade im Handumdrehen weggerissen wird.«

Guérot: *Republik*, S. 26.

Kapitalistisch ist die EU, weil sie in ihrer Gesamtheit ein Projekt der Finanzmarkt-, Konzern- und Freihandelslobby darstellt, das nicht das Wohl der europäischen Völker als Primärziel aufweist. Imperialistisch ist die EU, weil sie außenpolitisch als Akteur an der Seite der USA wirkt und Gewaltpolitik zur Erweiterung der Hegemonie kapitalistischer Großmächte betreibt. Beide Punkte sind nicht voneinander zu trennen. Soll ein rechtes Europabild auf der Höhe der Zeit auf den Pfeilern »Region, Nation, Europa« beruhen, muß es daher antikapitalistisch und antiimperialistisch ausgerichtet sein. Die Notwendigkeit eines europäischen Antiimperialismus schließt dabei die Notwendigkeit eines europäischen Antikapitalismus ein *et vice versa*.

VI. Die Erweiterung eines rechten Europabildes um zeitgemäße weltanschauliche Standpunkte ist die Antwort auf die Krise der Solidarität.

Ob explodierende Jugendarbeitslosigkeit, Austeritätszwänge, Banken- und Konzernpleiten, wachsende monetäre Kluft zwischen den Gesellschaftsschichten, Flüchtlingsströme: All diese akuten Krisenerscheinungen betreffen das Thema »Solidarität«. Es wird auch heute noch als ureigenes Metier der politischen Linken wahrgenommen. Hier sollte nun zweierlei geleistet werden: Zum einen gilt es, darauf hinzuweisen, daß die Linke die Krise der Solidarität selbst beschleunigt hat, indem sie ihre Stammklientel – die einkommensschwachen Schichten – den alltäglichen Verwerfungen der Massenzuwanderung ausgesetzt hat und eine industrielle Reservearmee in die Länder holt, die zwangsläufig mit ihnen um Arbeit und Wohnraum konkurrieren wird.

»Die Eurokrise war nie eine Währungskrise. […] Man konnte sich nicht dazu durchringen, den Primat des Politischen zurückzufordern und den Krisenverursachern – den Banken – den Garaus zu machen. […] Der Ausverkauf Europas an die Finanzmärkte nahm seinen Lauf.«

Guérot: *Republik*, S. 28.

Zum anderen gilt es, die Krise der Solidarität und die Abkehr der neoliberalisierten Linken von den »populären Klassen« als Anlaß zu nehmen, die soziale Profilschärfung der Rechten wieder aufs Tapet zu bringen.

VII. Soziale Solidarität ist ein Grundstein für ein neues Europa.

Soziale Solidarität erfordert zuallererst die Erkenntnis, daß der Hauptwiderspruch innerhalb der EU nicht zwischen den europäischen Völkern verläuft, sondern zwischen den Bedürfnissen der Völker einerseits und dem Bedürfnis des transnationalen Kapitals andererseits. Der in der EU ausgefochtene Klassenkampf von oben wird von den herrschenden Eliten gegen die eigenen Völker geführt. Das zu erkennen, heißt auch, sich von den romantischen Vorstellungen eines »patriotisch« rückgebundenen Kapitalismus (nicht: Marktwirtschaft) zu verabschieden: Die Transnationalisierung des Kapitals ist so fortgeschritten, daß es keine genuinen nationalen Kapitalistenklassen mehr gibt, die man als »die eigenen« affirmieren könnte. Insofern geht beispielsweise auch jede Schadenfreude ob der Sparmaßnahmen gegen Griechenland nach den jüngsten Krisenentwicklungen fehl. Was die Troika in Griechenland durchführt, könnte sie schon bald woanders weitertreiben. Griechenland ist die Blaupause für das Modell »entpolitisierte Technokratie«. Transnational agierende Banker und andere Finanzakteure können als »Experten« schalten und walten, während populistische Ressentiments (»Pleitegriechen« et al.) die Völker gegeneinander aufwiegeln.

»Nicht nur die Eurokrise selber, sondern die Art und Weise, wie wir sie verhandelt haben, ist eine moralische und kulturelle Bankrotterklärung der mehr als 3000-jährigen politischen und kulturellen Geschichte Europas.«

Guérot: *Republik*, S. 19.

Soziale Solidarität heißt daher auch, sich von der Identifikation mit »unserer« herrschenden Klasse zu verabschieden, nur weil sie »uns« nach allgemeiner Auffassung zur Exporteuropameisterschaft verhilft. Soziale Solidarität beinhaltet, zu erkennen, daß – um beim Beispiel zu bleiben – nicht »die Griechen« gerettet wurden, sondern daß sich der Finanzmarktkapitalismus auf Kosten Deutschlands und der anderen Länder ein weiteres Mal Zeit verschafft hat. Soziale Solidarität verlangt in der Folge gesamteuropäische Feindbestimmung gegen das von Alexis Tsipras benannte Dreieck aus Korruption, das sich aus dem bankrotten politischen EU-System, den bankrotten Banken und den moralisch bankrotten Medien zusammensetzt.

VIII. Nationale Solidarität führt zu europäischem Bewußtsein. Neben dieser Form europäisch-sozialer Solidarität ist auch nationale Solidarität in europäischem Ausmaß notwendig. Wenn etwa Ungarn die Grenzen schließt, handelt es sich hierbei um ein Beispiel für eine Nation, die aus nationalem Interesse europäische Interessen vertritt. Bleibt man bei diesem Aspekt der Massenzuwanderung, so gilt es, sich bewußtzuwerden, daß nationale Solidarität auf europäischer Ebene überhaupt die Grundvoraussetzung ist, um der Migrationskrise zumindest quantitativ Herr zu werden. Der Ansturm auf Europa, der im engsten Sinne und angesichts der belegten Zahlen ein Ansturm auf Deutschland ist, aber zuerst die europäischen Grenzländer betrifft, muß gesamteuropäisch gelöst werden. Nationale Solidarität heißt daher, kein Land im Stich zu lassen und dezidiert politische, europäische Lösungen zu finden, um den gemeinsam bewohnten Kontinent und das gemeinsame geistige und historische Erbe zu bewahren. Das ist einer von vielen notwendigen Schritten, die helfen sollten, ein Bewußtsein europäischer Zusammengehörigkeit zu stiften.

»Die Leichtigkeit, mit der das Wort Solidarität zum europäischen Heilsbegriff […] geworden ist, und die moralische Empörung, wenn sie ausbleibt, zeigen, daß die Einswerdung Europas keine Chance hat, wenn wir in Europa das Politische nicht zum Thema machen und in eine verbindliche rechtliche Form gießen. Alles andere ist Beliebigkeit.«

Guérot: *Republik*, S. 61.

IX. Neues Europa heißt: mehr als nur dagegen sein. Sowohl die soziale als auch die nationale Solidarität unter Europäern, wie sie hier kursorisch angerissen wurden, sind zunächst verneinender Natur, d.h. antiimperialistisch, antikapitalistisch, gegen den Großen Austausch, gegen die spalterische nationalchauvinistische Enge usw. usf. Diese negative Herangehensweise ist aber kein Zeichen von Schwäche, sondern politische Normalität. Um den positiven Standpunkt zu umreißen, muß vorher geklärt werden, was bezüglich der gegenwärtigen Verfaßtheit Europas wesentlich falsch und folgerichtig abzulehnen ist. Was man – nach Klärung der Feindbestimmungen – braucht, ist eine positive Vision eines einigen Europas, und das heißt: die Vision eines dreitausendjährigen Kulturkreises, der von einem unvorstellbaren Reichtum an kulturellen, nationalen und religiösen Werten, an Regionen, Kulturen und Völkern geprägt ist, die sich wechselseitig befruchtet und beeinflußt haben. Diese tatsächliche Vielfalt, die sich von der propagandistischen *Diversity* offiziöser EU-Politik erheblich unterscheidet, muß für eine europäische Zukunft erhalten bleiben. Europäische Ideen zu erschließen und neu zusammenzusetzen, hieße zu versuchen, von vorne zu beginnen, um fürderhin von »rechts« mehr bieten zu können, als die EU zu verdammen und die allein seligmachende Rückkehr des Nationalstaates zu preisen. Daß es keine paneuropäischen Patentrezepte gibt, auch nicht von rechter Seite, ist selbsterklärend. Doch angesichts des perpetuierten Krisenzustands der EU und der vorrevolutionären Zeiten, in denen wir uns befinden, ist die Zeit reif, Debatten über das europäische Morgen zu führen. Sie werden unter Drieu la Rochelles Maxime »Revolutionieren und Anknüpfen« stehen müssen. Gesucht wird: die konservative Revolution europäischer Dimension.

»Die Desintegrationstheorie lehrt uns, daß Systeme immer dann akut vom Einsturz bedroht sind, wenn alle, allen voran die Eliten, behaupten, dass etwas nie zusammenbrechen könne und es auch niemand will (man denke an die DDR und die Sowjetunion). Wenn das die Hypothese ist, dann steht die vermeintlich alternativlose EU, deren politische Einheit die Sophisten gerade allerorts beschwören, kurz vor dem Ende.«

Guérot: *Republik*, S. 259.

X. Das europäische Feld zu besetzen, heißt, der Linken den entscheidenden Schritt voraus zu sein.
Stößt man keine neuen, innovativen Debatten über die Zukunft Europas an – sei es aus nationaler Gesinnung heraus oder weil man sich weigert, »utopisch« zu denken –, überläßt man den Europadiskurs kampflos der politischen Linken. Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot ist dabei im linken Lager die versierteste Europadenkerin. Als solche ist sie aber auch der Prototyp einer europäischen Idealistin, die Richtiges analysiert, aber – aufgrund ihrer fehlenden Rückgebundenheit an Region, Nation und Europa als Erfahrungsräume der Heimat – Falsches folgert. »Ihr« Europa kennt keine lokalen, regionalen, ethnischen, religiösen oder kulturellen Besonderheiten, die es als genuin europäisches Erbe zu bewahren gälte. Guérot kennt letztendlich nur den aufgeklärten, mündigen europäischen Weltbürger, der bindungslos, mithin zufällig auf dem Territorium der heutigen europäischen Staaten lebt. Diese fehlende Rückgebundenheit ist die Ursache aller weiteren Fehlschlüsse. Sie wird die linke Europavision ebenso zum Scheitern bringen wie die damit korrelierende Preisgabe der sozialen und nationalen Solidarität als Anker gesellschaftlichen Handelns. Heute ist also in vielerlei Hinsicht der richtige Zeitpunkt für eine Neujustierung europäisch-neurechten Denkens und die entsprechende Besetzung des europäischen Geländes. ■

»Utopien sind ein Kompass für gesellschaftliche Entwicklungen, denn ohne eine Idee davon, wie die Dinge sein könnten oder eigentlich sein sollten, ist keine Politik zu machen.«

Guérot: *Republik*, S. 256.

Clinton versus Trump: Zehn Thesen zur US-Außenpolitik nach Obama

von Michael Wiesberg

Im Hinblick auf die anstehenden 58. US-Präsidentschaftswahlen im November dieses Jahres steht, was die aussichtsreichen Kandidaten Hillary Clinton (Demokraten) und Donald Trump (Republikaner) angeht, auch die Frage nach einem Richtungswechsel in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten im Raum. Während im Fall Clinton, 2009 bis 2013 Außenministerin der Regierung Obama, davon ausgegangen wird, daß sie im Fall ihrer Wahl zur ersten Präsidentin der USA *grosso modo* den »multilateralen« Kurs des jetzigen Amtsinhabers fortführen wird, sieht es im Fall einer Wahl des »Immobilien-Tycoons« Donald Trump anders aus. Für diese Einschätzung gibt es gute Gründe: Trump hat, so zum Beispiel bei einer Grundsatzrede Ende April in Washington, unmißverständlich klargemacht, daß er die Außenpolitik der USA seit Ende des Kalten Krieges für ein »Desaster« hält, für eine Folge von strategischen Fehlern, die letztlich zu einer Schwächung der USA und zu einer Stärkung ihrer Gegner geführt habe.

Um außenpolitisch und militärisch wieder stark zu werden, bedarf es aus der Sicht Trumps einer wirtschaftlichen Regeneration. Im Vordergrund aller Bemühungen müsse die Maxime »America first« stehen, was Trump-Kritiker als Bekenntnis zu einer unilateralen Außenpolitik deuten. Damit stehen mit Blick auf Clinton und Trump die Alternativen im Raum: Unilateralismus, ja Isolationismus, wie ihn zum Beispiel Marcus Pindur im Deutschlandfunk bei Trump orten zu können glaubt, versus Multilateralismus, der in der Regel Hillary Clinton zugeschrieben wird.

Ob und inwiefern es sich hier um tatsächliche Alternativen oder nicht vielmehr um verschiedene Etiketten handelt, unter denen die Vereinigten Staaten eine Interessenpolitik verfolgen, die im Kern von einer eisernen Konstante geleitet wird, nämlich der Bewahrung der dominanten Rolle der USA im internationalen Staatensystem, der sich weder Trump noch Clinton verschließen können, soll im folgenden anhand von zehn Thesen zur US-Außenpolitik beantwortet werden. Der Bogen wird dabei von kulturell bedingten Besonderheiten der US-Außenpolitik (»Einzigartigkeit« der USA) über die wichtigsten Denkschulen zu den (verdeckten) außenpolitischen Weichenstellungen der Regierung Obama bis hin zu den einschlägigen Vorstellungen des republikanischen Kandidaten und der demokratischen Kandidatin geschlagen.

»Wir Amerikaner sind das auserwählte Volk – das Israel unserer Zeit […] Gott hat es vorherbestimmt, die Menschheit erwartet große Dinge von unserem Stamm […] Wir sind die Pioniere der Welt.«

Herman Melville: *Weißjacke oder Die Welt auf einem Kriegsschiff,* 1850.

I. Die Idee eines »amerikanischen Exzeptionalismus« ist ein wesentlicher kultureller Pfeiler im Selbstverständnis der US-Außen- und Sicherheitspolitik.

Ein bedeutender Faktor der US-Außen- und Sicherheitspolitik ist die Ideologie der amerikanischen Einzigartigkeit *(American exceptionalism),* die ihre Wurzeln in der Kolonialgeschichte der Vereinigten Staaten hat. Eu-

ropa wird von dieser Warte als Ägypten wahrgenommen, das das wandernde Gottesvolk verlassen hat, Amerika hingegen als das »gelobte Land«, als das »Neue Jerusalem«.

Dem »Neuen Jerusalem« indes, das alles überstrahlt, stehen »Orte des Schmutzes«, »Schurkenstaaten« gegenüber, gegenüber denen es keine Kompromisse geben kann. Auseinandersetzungen mit diesen »Schurkenstaaten« (»Feinde der Menschheit«) werden deshalb häufig in manichäischer Weise als Kämpfe zwischen Gut und Böse inszeniert. Es waren vorrangig demokratische Präsidenten wie Wilson, F. D. Roosevelt, Truman, Kennedy und auch Bill Clinton – von dem durch »Neocons« beeinflußten Republikaner George W. Bush einmal abgesehen –, die sich dieses Manichäismus bedient haben. Es liegt in der Natur der Sache, daß dieser Exzeptionalismus Auswirkungen auf die Außenpolitik hat; zum Beispiel in der impliziten Erwartungshaltung, daß der Rest der Welt das amerikanische Modell »nachempfindet«.

»Der Anspruch Amerikas, die neue, nichtkorrupte Welt zu sein, war für die übrige Welt nur so lange erträglich, als er sich mit einer folgerichtigen Isolierung verband. Eine globale Linie, die die Welt nach gut und schlecht in zwei Hälften einteilt, stellt eine Plus- und Minuslinie moralischer Bewertung dar. Sie ist eine fortwährende politische Herausforderung an den gesamten anderen Teil des Planeten [...] Die Regierung der Vereinigten Staaten wirft sich zum Richter der ganzen Erde auf und nimmt sich das Recht der Einmischung in alle Angelegenheiten aller Völker und aller Räume. In unmittelbarem Selbstwiderspruch schlägt die extrem-defensive Selbstisolierung in einen ebenso extremen, raum- und grenzenlosen Pan-Interventionismus um.«

Carl Schmitt: »Die letzte globale Linie«, in: ders.: *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969,* hrsg. von Günter Maschke, Berlin 1995, S. 441–452.

II. Die Vereinigten Staaten sehen eine »offensichtliche Bestimmung« *(Manifest destiny)* zur Expansion.

Die Vorstellung, daß es für die USA so etwas wie ein *Manifest destiny* (»offensichtliche Bestimmung«) gebe, steht im engen Zusammenhang mit der Idee der amerikanischen Einzigartigkeit. Die USA hätten einen göttlichen Auftrag zur Expansion, der sich zunächst auf die Mitte des 19. Jahrhunderts bestehende westliche Grenze in Richtung Pazifik bezog. Es sei »die offenkundige Bestimmung der Nation, sich auszubreiten und den gesamten Kontinent in Besitz zu nehmen, den die Vorsehung uns für die Entwicklung des großen Experimentes Freiheit und zu einem Bündnis vereinigter Souveräne anvertraut hat« (John L. O'Sullivan). In dieser auf dem Exzeptionalismus fußenden Doktrin manifestiert sich ein übergreifendes Sendungs- und Missionsbewußtsein, das auch die US-Außenpolitik durchdringt.

III. Der Weg von der Monroe-Doktrin (1823) zum Pan-Interventionismus war folgerichtig und manifestierte die Rolle der USA als eines »Richters der ganzen Erde«.

Die Monroe-Doktrin fußt auf einer Rede zur Lage der Nation vom 2. Dezember 1823, in der US-Präsident James Monroe vor dem Kongreß die Grundzüge einer langfristigen Außenpolitik der Vereinigten Staaten entwarf. Monroe formulierte die Existenz zweier politischer Sphären, für die er mit Blick auf Europa ein gegenseitiges Interventionsverbot für raumfremde Mächte forderte. Die Vereinigten Staaten verzichteten damit auf jegliche politische und militärische Einmischung in Europa. Sollte aber ein anderer (europäischer) Staat Kolonialansprüche haben, die auf Gebiete des Doppelkontinents Amerika und der umliegenden Inseln abzielten, würden die Vereinigten Staaten dies als feindliche Handlung ansehen.

Anfang der 1930er Jahre wurde diese Doktrin durch die Hoover-Stimson-Doktrin in entscheidender Weise erweitert. Die USA behalten sich dieser Doktrin zufolge für alle Teile der Erde vor, Besitzänderungen, die aus Sicht der Vereinigten Staaten zu Unrecht zustande gekommen sind, die Anerkennung zu verweigern. Was hier »zu Unrecht zustande gekommen sind« konkret bedeutet, bestimmen allein die USA. Mit dieser Doktrin, die sich dann auch Franklin D. Roosevelt zu eigen machte, taten die USA einen entscheidenden Schritt hin zu einer globalen imperialen Macht, sehen sie doch bei jeder Kriegshandlung in irgendeinem Teil der Erde ihre Interessen berührt.

»Wenn Amerika nicht führt, dann hinterlassen wir ein Vakuum – und das wird entweder zu Chaos führen, oder andere Länder werden kommen, um dieses Vakuum zu füllen [...] Dann werden sie diejenigen sein, die Entscheidungen über euer Leben, eure Jobs und eure Sicherheit fällen – und glaubt mir, die Entscheidungen werden nicht zu unserem Vorteil ausfallen.«

Hillary Clinton in einer Rede in San Diego, zitiert nach: »Clinton, die letzte Mohikanerin der US-Außenpolitik«, *Welt* vom 3. Juni 2016.

IV. Die Außenpolitik der USA ist im hohen Maße geopolitischen Paradigmen verpflichtet.

Einer der ersten geostrategischen Militärtheoretiker, dessen Werk – in den USA, aber auch in Europa (Stichwort: die Flottenpolitik Alfred von Tirpitz') – einen nachhaltigen Einfluß entfaltete, war der Marineoffizier Alfred Thayer Mahan (1840–1914). Mahan gab die Empfehlung ab, sich am Britischen Empire auszurichten; dementsprechend sollten die USA darangehen, eine Seemacht aufzubauen. Als entscheidende Faktoren, um den Status einer Seemacht zu erreichen, werden Außenhandelswirtschaft, Handels- und Kriegsmarine sowie Kolonien bzw. Stützpunkte beschrie-

ben. Apodiktisch forderte Mahan: »Ob die Amerikaner wollen oder nicht, nun müssen sie beginnen, über die Grenzen ihres Landes hinauszublicken.«

Nach diesem geopolitischen *Big bang* folgten weitere einflußreiche Arbeiten, von denen hier nur noch eine Arbeit hervorgehoben werden kann, die wohl einen ähnlichen Einfluß wie die von Mahan entfaltet hat und immer noch entfaltet, nämlich Zbigniews Brzezinskis »Handbuch« geopolitischer Imperative *The Grand Chessboard* (dt. *Die einzige Weltmacht,* 1997), das der realpolitischen Schule verpflichtet ist. Der historische Kontext des Brzezinski-Buches ist der Zerfall der Sowjetunion und der damit verbundene Aufstieg der Vereinigten Staaten als »erste, einzige, wirkliche und letzte Weltmacht«, die eine Hegemonie neues Typs ausübe, zu der es in der Geschichte keine Parallele gebe. Ziel der USA müsse es sein, die Vorherrschaft auf dem »großen Schachbrett« Eurasien zu sichern, um so eine »neue Weltordnung« nach ihren Vorstellungen abzusichern.

»Unter den gegenwärtigen globalen Gegebenheiten lassen sich mindestens fünf geostrategische Hauptakteure und fünf geopolitische Dreh- und Angelpunkte […] auf der neuen politischen Landkarte Eurasiens ermitteln. Frankreich, Deutschland, Rußland, China und Indien sind Hauptakteure, während Großbritannien, Japan, Indonesien […] die Bedingungen dafür nicht erfüllen. Die Ukraine, Aserbaidschan, Südkorea, die Türkei und der Iran stellen geopolitische Dreh- und Angelpunkte von entscheidender Bedeutung dar […].«

Zbigniew Brzezinski: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft,* 1997.

V. Die multilaterale und die realistische Denkschule sind verschiedene Ansätze, die im Kern ein Ziel verfolgen, nämlich die internationale Führungsrolle der USA sicherzustellen.

Zwischen den »liberalen« (multilaterale Denkschule) und den klassischen »konservativen Internationalisten« (realistische Denkschule) ist unstrittig, daß den USA die Führungsrolle im internationalen System zukommt. Die »konservativen Internationalisten« – Beispiele hierfür wären Henry Kissinger, Samuel Huntington oder Zbigniew Brzezinski – gehen davon aus, daß das internationale System »anarchisch« sei und sich die Staaten in einem permanenten Konkurrenzkampf befänden. Deshalb könnten keine dauerhaften supranationalen Machtstrukturen ausgebildet werden. Das vorrangige Staatsziel müsse deshalb die Sicherung des eigenen Staates sein, was vorrangig durch die Akkumulation von Macht (z.B. Wirtschaftskraft und militärischer Stärke) zu gewährleisten sei. Deshalb strebten alle Staaten nach Macht; mit dem Ziel, mehr Macht als andere Staaten zu erlangen.

Demgegenüber vertreten die »liberalen Internationalisten« die Auffassung, daß multilaterale Mechanismen anderen Staaten die Chance eröffneten, ihre Interessen und Perspektiven einzubringen, was die Akzeptanz der Führungsrolle der USA erhöhe. Diese werde weiterhin durch die Bereitstellung »öffentlicher Güter« (wie der Sicherung internationaler Handelswege) erhöht, von denen auch andere Staaten profitierten. Schließlich optiert die multilaterale Denkschule für die Aufrechterhaltung kooperativer Beziehungen mit Großmächten, womit verhindert werden soll, daß diese die von den USA geprägte internationale Ordnung herausfordern.

»Es dauert lange, bis ein Imperium stirbt. […] Meine düstere Prognose für die USA wurde in den Neunzigerjahren vor allem aus zwei Gründen auf den Kopf gestellt: weil die Sowjetunion kollabierte und die USA ihre Militärausgaben reduzieren konnten und weil es einen beeindruckenden ökonomischen Sprung gab. […] Aber meine größere These lautete, daß die USA an imperialer Überdehnung leiden – und davon bin heute nicht nur ich überzeugt. Kürzlich sagte der Generalstabschef der US-Armee, daß unsere Kräfte überstrapaziert sind.«

Paul Kennedy im Interview: »Es dauert lange, bis ein Imperium stirbt«, *taz* vom 20. Oktober 2006.

VI. Die Vereinigten Staaten sehen sich als Garant internationaler Stabilität und als »unverzichtbare« Ordnungsmacht.

Strittig zwischen beiden Denkschulen ist der vorrangige Modus des internationalen Engagements, »das Mischungsverhältnis von Multilateralismus und Unilateralismus«, wie es Peter Rudolf (SWP Berlin) genannt hat, der auch deutlich macht, daß die Außenpolitik der USA nach 1945 zunächst stark von der Idee einer multilateralen Ordnung geleitet war, sprich vom Aufbau supranationaler Institutionen, deren Regeln für alle gelten sollten, womit sich die amerikanische Hegemonie von allen sonstigen Formen hegemonialer Machtausübung unterschied. Nach amerikanischer Auffassung ist diese Führungsrolle nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch in dem der meisten anderen Staaten, weshalb mit Blick auf die Rolle der Vereinigten Staaten von einem »wohlwollenden Hegemon« gesprochen werden könnte. Die Haltung der USA gegenüber internationalen Institutionen muß jedoch als ambivalent bezeichnet werden; sie werden für die Durchsetzung eigener Interessen genutzt, die Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit wird aber in der Regel abgelehnt.

VII. Die Regierung Obama hat der Kräfteüberforderung *(Imperial overstretch)* Rechnung getragen und die US-Außenpolitik neu ausgerichtet.

Die außenpolitische Bilanz der Regierung Obama, die im wesentlichen auf einen pragmatischen Multilaterismus unter Einbindung der transatlantischen Netzwerke setzte, ist umstritten; Obama wird vor allem Ver-

sagen in der Krisen- und Interventionspolitik vorgeworfen. In der Tat setzte Obama auf Diplomatie und sah die USA nicht in der Rolle des Weltpolizisten, der »Schurkenstaaten« mit dem »großen Knüppel« droht. Die Auswirkungen der Finanzkrise von 2008, aber auch das Erbe des Pan-Interventionismus der Ära George W. Bushs im Zuge von »9/11«, der letztlich eine Kräfteüberforderung zur Folge hatte, erforderten eine Neuausrichtung der US-Außenpolitik. Im Kern verfolgte Obama eine Politik des *Offshore balancing,* wie es von den Politologen John Mearsheimer und Stephen Walt skizziert worden ist. Dieses Konzept lenkt den Fokus der USA auf drei strategisch wichtige Regionen: Europa, Nord-Ost-Asien (Stichwort: »Pivot to Asia«) und den Persischen Golf. Ziel der US-Außenpolitik müsse es sein, zu verhindern, daß in diesen Regionen ein Land in einer Weise dominiert, wie es im Fall der USA im Hinblick auf Lateinamerika der Fall ist. Dieser Ansatz verzichtet sowohl auf einen massiven Militäreinsatz als auch auf eine zu starke internationale »Sichtbarkeit« der USA.

VIII. Die verdeckte *Grand strategy* Obamas verfolgt das Ziel, aus den USA ein Handelsimperium zu machen.

In seinem energiepolitischen Strategieentwurf vom März 2011 erklärte Obama unter anderem, daß die Vereinigten Staaten »Marktführer in der globalen Energiewirtschaft« werden müßten, was auf eine verstärkte globale Führungsrolle der USA in den nächsten Jahren hinausläuft. Der Fokus der USA liege, so die These einer Studie von Malte Daniljuk, »klar auf der Schaffung eines Handelsimperiums«, das mit dem Britischen Empire vergleichbar sei. Im Rahmen dieser *Grand strategy* sei der erfolgreiche Abschluß eines Freihandelsabkommens mit der EU (TTIP) ein wichtiger Meilenstein, da in den USA seit Mitte der 1970er Jahre ein Exportverbot für fossile Energieträger besteht, das nur mit Freihandelsabkommen umgangen werden kann. Daß diese Strategie implizit gegen Rußland gerichtet ist und die energiepolitische Abhängigkeit Europas von Rußland zugunsten einer engeren Anbindung an die USA lockern soll, liegt auf der Hand.

IX. Sowohl Donald Trump als auch Hillary Clinton werden an Obamas Außenpolitik anknüpfen.

Mit seiner *Grand strategy,* aber auch mit der Politik des *Offshore balancing* hat Obama einen Weg aufgezeigt, wie die Überdehnung der Ressourcen, die zu einer wirtschaftlichen und militärischen Schwächung der USA geführt hat, zu überwinden wäre. Trägt diese Strategie Früchte und kommt es zu einer wirtschaftlichen Stärkung der USA, ist ein entscheidender Schritt getan, die USA außenpolitisch, aber auch militärisch wieder stark zu machen. Alles das kommt Trumps »America-first«-Forderung und seinen außenpolitischen Vorstellungen, die *grosso modo* den Maximen einer realistischen Außenpolitik verpflichtet sind, entgegen. Das gilt insbesondere für seine Maxime, der Westen solle seine Werte nicht durch militärische Interventionen, sondern auf der Basis seiner wirtschaftlichen Leistung verbreiten. Gleiches gilt für Hillary Clinton, die sich wohl aufgrund ihres Konkurrenten Trump außenpolitisch verbalradikaler als Obama gibt, im Falle ihrer Wahl letztlich aber doch auf dessen außenpolitische Vorgaben einschwenken dürfte.

X. Auch mit Trump als US-Präsident wird es keine Rückkehr zum Isolationismus geben.

Aus dem oben Gesagten folgt auch, daß es auch unter einem US-Präsidenten Trump keine Rückkehr zu einer isolationistischen oder semi-isolationistischen Politik geben wird, wie das bestimmte Auguren in Deutschland hysterisch an die Wand malen. Auch Trumps Aussagen, mit ihm werde es »keine Abkommen geben«, die »die Fähigkeit der USA«, die »eigenen Angelegenheiten zu kontrollieren, beeinträchtigen« – was als Absage an TTIP gelesen wird –, sind als Wahlkampfgetöse zu relativieren. Es sind nicht nur machtpolitische Gründe, die für derartige Abkommen sprechen, sondern auch die Interessen des transatlantischen Finanzkapitals, denen sich auch ein Trump nicht verweigern können wird. Nicht ausgeschlossen werden kann indes, daß er gegenüber dem Rußland Wladimir Putins andere Akzente setzt. ■

Literaturhinweise:

Menno Aden: *Das Werden des Imperium Americanum und seine zwei hundertjährigen Kriege,* Graz 2016;

Zbigniew Brzezinski: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft,* 6. Aufl., Frankfurt a.M. 2002;

Erhard Crome: »Außenpolitik unter Trump«, das-blaettchen.de vom 6. Juni 2016;

Malte Daniljuk: *Globale Umordnung. Geopolitische und geoökonomische Veränderungen im Umfeld der EU,* (= *Studien* 06/2016), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung;

Niall Ferguson: »Barack Obama's Revolution in Foreign Policy«, theatlantic.com vom 13. März 2016;

Wilfried Gerhard: *America in Europe,* (= *SOWI-Arbeitspapier* Bd. 113), Strausberg 1998;

Martin Seymour Lipset: *American Exceptionalism: A Double-Edged Sword,* New York 1997;

John J. Mearsheimer/Stephen M. Walt: »The Case for Offshore Balancing«, in: *Foreign Affairs,* Juli/August 2016, S. 70–83;

Marc Overhaus/Lars Brozus: *US Foreign Policy after the 2016 Elections,* Berlin 2016;

Gerd Raeithel: *Geschichte der nordamerikanischen Kultur,* Bd. 1–3, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 1997;

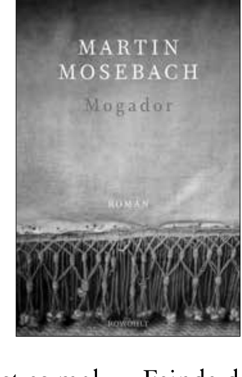
Peter Rudolf: *Liberale Hegemonie und Außenpolitik unter Barack Obama,* (= *SWP-Aktuell* 2016/A 56), August 2016;

Adam Winnicki: *Die neue Weltordnung. Die USA und ihre globalen Herausforderer,* Graz 2011.

Schöne Literatur

Martin Mosebach: *Mogador, Roman,* Reinbek: Rowohlt 2016. 368 S., 22.95 €

Martin Mosebachs neuen Roman *Mogador* zu loben, ist wie Eulen nach Athen tragen. Dies ist sicher, aber wer sprach je vom Gewicht der Eulen? So ein Uhu kann einige Pfund wiegen. Ein Brocken, und doch: eine falsche Bewegung und er streicht ab, er ist ja nicht angewiesen auf's Getragenwerden. Bereits in der Veröffentlichungswoche von *Mogador* zeigte mir mein *Google-alert* ein Dutzend bestplazierter Besprechungen an. Ich wußte stets vor der Rezensionenlektüre, welches Organ wie urteilt. Die Rezeption dieses Marokko-Romans gestaltet sich insgesamt wie seit Jahren, fast Jahrzehnten üblich. Das Feuilleton, inklusive der linken und linksliberalen Großkritiker, lobt überschwenglich: Groß! Feinsinnig! »Bewundernswerte Beobachtungsgabe«! »Sprachliche Plastizität«! Was soll man sagen: Hier ist es mal Wahrheitspresse. Ein paar linke Subalterne (*Standard, Spiegel:* No-name-Autoren) fahren freilich ressentimentgeladen dazwischen: Altherren-Erotik! Reaktionär!
Die Rezeption Mosebachs gleicht eben einer Gretchenfrage – bereits *avant la lecture!* Der fast einhellige Applaus ist deshalb beachtlich, weil der Romancier und Büchnerpreisträger nicht nur als »reaktionär« gilt, sondern sich stoisch selbst so verortet. Und dennoch ist ein Poet seines Formats Teil des Establishments und Kulturbetriebs. Wie das geht? An Mosebachs literarischer wie intellektueller Größe kann man im Grunde nicht vorbei. Neben dem »rein persönlichen Geschmack« gibt es doch ein paar objektivierbare Kriterien, wenn wir uns jenseits der Bahnhofsliteratur bewegen. »Umstritten« und zugleich anschlußfähig zu sein, ein Kunststück erster Güte! Darum, und dies wäre nun eine Milieuschelte, ist dies bedeutsam. Es sagt mir einer, und noch einer: »Mein Verdacht ist der: Die ganzen Konservativen, die auf Mosebach abfahren, tun das nur deshalb: Weil er konservativ ist. Ich mein', das Zeug ist doch irrelevant. Ich nicke ein auf Seite 50, frage mich bei Seite 100: Wo ist der aktuelle Bezug? Zu unseren Problemen? Und dann verkauf ich es bei ebay.« Mein Verdacht ist der: Die ganzen Konservativen sind in der Masse Aliteraten. Klar, sie lesen. Sachbücher mit »Bezug zu Problemen unserer Zeit«. Es ist die Suche nach dem klassischen wie simplen Reiz-Reaktions-Mechanismus, der beim programmatischen Hermann Hesse noch funktionierte, bereits beim zeitgleich wirkenden Thomas Mann aber nicht. Autoren wie Mosebach sind Schriftsteller *sui generis,* es geht nicht um »Botschaften«. Botschaften sind Feinde der Literatur. Das müßte man einmal begreifen, von innen her! Mosebachs Romane sind keine Welterklärungsstücke, das wäre unter Niveau. Also: Wir haben hier Patrick Elff, einen äußerst typischen Mosebach-Protagonisten. Frühes Mittelalter, kinderlos, eher blaß, mäßig ambitioniert, mäßig begütert, dabei skrupulös und gedankenschwer. Hier: geisteswissenschaftliches Studium, hernach Karriere als Investmentbanker, Liaison mit Pilar, der habituell spöttelnden Immobilienmaklerin aus gutem, materiell bestens fundiertem Hause. Mosebach ist ein Feinzeichner seines Personals. Man liest dies nicht plotzentriert, man liest und liebt es aufgrund der Menschenkenntnis und des Weltwissens! Patrick nun hat ein halbseidenes Geschäft für den global agierenden Finanzmogul Pereira abgewickelt. Pereira, der greise Weltlenker, residiert in Mogador, Marokko. Heute heißt die feuchtkalte Stadt Essaouira. Der Mogul hat Patrick versprochen – in einem gefloskelten Halbsatz – daß er »einen Wunsch frei habe« bei ihm: »Überlegen Sie ihn gut!« Unversehens hat Patrick solche Wunscherfüllung nötig, zumal nach seinem eigenen Empfinden. Ein Bankmitarbeiter hat sich ums Leben gebracht – und Patrick hatte Kenntnis von dessen krummen Touren. Nachdem er einer Vorladung auf die Polizeiwache Folge geleistet hat, nimmt er Reißaus: per Sprung aus dem Fenster, per Flug nach Marokko. Wird Pereira ihm – ein wie auch immer geartetes – Asyl gewähren? Patrick trifft zunächst auf Karim, einen freundlichen Tunichtgut und Nichtsnutz, der als Haushaltshelfer der matriarchalischen Analphabetin Khadjia fungiert. In deren Haus kommt er unter. Was für ein Haus! Zauber, Erotik und ein streng hierarchisches Reglement gehen hier Hand in Hand. Khadija ist – nie würde sie es so nennen! – sowohl Managerin eines wundertätigen Heilers als auch zahlreicher Liebesdienerinnen. Patrick, wiewohl feinnervig, hatte bislang mit Zahlen zu tun, mit Renditen, Debitoren und artistischen Spekulationen. Nun kommt das pure Leben auf ihn, den belesenen Narren. Es wird gestorben (wie so oft bei Mosebach zählt auch eine bedeutsame Katze zu den Opfern) und geboren (die Geburt eines Kalbes vor den Augen des Westgroßstädters Patrick zählt zu den tollsten Sequenzen) in diesem fulminanten, bilderreichen, psychologisch ausgeklügelten, allseits opulenten Roman, es gibt echte Magie und faule Tricks. Hier sind Sprachkunst und Welthaltigkeit. Was könnte man sich mehr wünschen zur Lesefreude?



Ellen Kositza

Syrien

Tim Anderson: *Der schmutzige Krieg gegen Syrien. Washington, Regime Change und Widerstand,* Marburg: Liepsen 2016. 274 S., 15 €
Karin Leukefeld: *Syrien zwischen Schatten und Licht. Menschen erzählen von ihrem zerrissenen Land,* Zürich: Rotpunktverlag 2016. 334 S., 24 €
Michael Sommer: *Syria. Geschichte einer zerstörten Welt,* Stuttgart: Klett-Cotta 2016. 216 S., 16.95 €

Nach einem syrischen Sprichwort hat jeder Mensch zwei Zuhause: Das erste ist sein Geburtsland, das zweite ist Syrien. Diese freundlich-fröhliche Prämisse müssen seit 2011 tausende Menschen aus aller Welt falsch verstanden haben. Nachdem der Krieg gegen Syrien eskalierte, strömten sie in sunnitisch-wahabitische Terror-Milizen wie den Islamischen Staat (IS), um ein rechtgläubiges »Kalifat« dort zu errichten, wo das Zusammenleben der Religionen, Konfessionen, Ethnien und Stämme eine gewachsene Tradition verkörperte. Gewiß: Der Zustand des grenzenlosen Friedens wurde auch in der antiken historischen Landschaft »Syrien« – die viel größer war als der heutige Nationalstaat, nämlich Palästina, den Libanon, den Südrand der Türkei, Teile Jordaniens umfaßte –, nie erreicht. Aber es lohnt sich der Blick in die frühe Geschichte, um die Bedeutung dieses Kulturraums zu begreifen, der seit Herodots Zeiten als »Levante« bezeichnet und heute meist in Verbindung mit Krieg und Leid wahrgenommen wird. Michael Sommer ermöglicht dem Leser in seiner historischen Tiefenschau *Syria,* diese Geschichte einer zerstörten Welt zu verstehen. Der Oldenburger Historiker behandelt die heute bedrohte 2000jährige Präsenz des Christentums im syrischen Raum, gewährt Einblicke in die Vielfalt der antiken Kultstätten wie Palmyra und zeichnet die Rolle der in Syrien intervenierenden Großmächten von einst nach. Neben diesen historischen Lektionen verdeutlicht Sommer die Rolle der Levante als »Transitregion par excellence«, als beständigen Knotenpunkt verfeindeter Imperien, reich an Handelswegen und geopolitisch bedeutsamen Routen. Daran hat sich bis in unsere Tage nichts geändert, auch wenn heute weniger um Seide als um Öl konkurriert wird und die einfallenden Mächte nicht Rom oder Byzanz heißen, sondern ein Potpourri aus der Türkei, Katar, Saudi-Arabien und ihren meist islamistischen Stellvertretermilizen darstellen. Auch die westlichen Länder tragen Verantwortung für die Eskalation der Lage. Sie, die seit 2011 erfolglos am *Regime change* arbeiten, haben mit ihren Interventionen zugunsten »moderater Rebellen« zum Tod bald einer halben Million Syrer und dem Zerfall der syrischen Nation beigetragen. Dies wird in Tim Andersons Arbeit *Der schmutze Krieg gegen Syrien* belegt. Der australische politische Ökonom sammelt Fakten zu den mannigfaltigen Wurzeln des Konflikts und kombiniert diese mit einer Einführung in US-Pläne eines »Neuen Mittleren Ostens«. Die klug ausgewählten Kapitelsujets orientieren sich an den gängigen Narrativen der westlichen Mainstream-Medien. Punkt für Punkt widerlegt Anderson so die antisyrischen (und antirussischen, antiiranischen) Propagandamythen, die im säkularen Präsidenten Baschar al-Assad einen »Schlächter« sehen, während islamistische Terroristen als »Befreier« etikettiert werden. Andersons Studie ist – bei aller sachlichen Analyse – parteiisch geschrieben. Das liegt auch daran, daß er mit Syrern verschiedener Konfessionen sprach, die ihm Einblicke gewährten, die Home-Office-Journalisten des westlichen Hauptstroms verwehrt bleiben. Ohnehin sind nur noch eine Handvoll westlicher Journalisten in Syrien. Zu ihnen zählt Karin Leukefeld,



die mit *Flächenbrand* (Köln 2015) und regelmäßigen Berichten in kleineren Periodika unter Beweis gestellt hat, daß sie Syriens vielfältige Widersprüche wie kaum eine zweite Person in Deutschland kennt. In *Syrien zwischen Schatten und Licht* gelingt ihr nun der große Wurf: ein Syrien-Lesebuch, das zum einen die Geschichte des Landes von 1916 bis 2016 schreibt und zum anderen zahlreiche Syrer selbst zu Wort kommen läßt. Zumindest für eine links sozialisierte Journalistin ist es erstaunlich, daß sie die Anhänger der oppositionellen – im Krieg aber an der Seite Assads stehenden – Syrischen Sozialnationalistischen Partei (SSNP) positiv würdigt. Deren Traum von »Großsyrien« (Bilad ash-Sham), das die eingangs genannten Gebiete des antiken Syriens umfassen soll und eine gesamtsyrische Große Erzählung in den Vordergrund stellt, erfährt derzeit Zustimmung in jenen Teilen der syrischen Jugend, denen die folgenreiche religiöse Polarisierung ihres Landes zuwider ist. Die wachsenden Zahlen in Partei und Miliz ließen das einflußreiche US-Magazin *Foreign Policy* bereits von der SSNP als kommendem Faktor berichten. In der Tat ist es möglich, daß die syrische Regierung nach einem Neubeginn, der den religiösen wie ethnischen Antagonismen ein möglichst ausgleichendes Ende setzen müßte, auf die integrativen Ideen der säkularen Sozialnationalen zurückgreifen wird. Leukefeld stellt diese – ebenso wie Modelle und Hoffnungen anderer gesellschaftlicher Gruppen – eindrucksvoll vor.

Benedikt Kaiser

Wimmelbild Islam

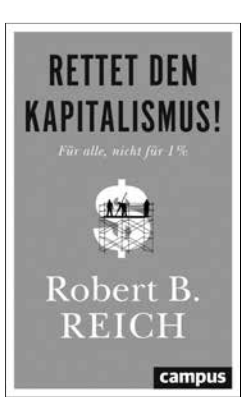
Udo Hildenbrand u.a. (Hrsg.): *Freiheit und Islam. Fakten – Fragen – Forderungen. Anregungen und Materialien zur argumentativen Auseinandersetzung mit dem Islam,* Bad Schussenried: Gerhard Hess Verlag 2016. 847 S., 34 €

»Übrigens müssen Sie wissen«, schrieb Rainer Maria Rilke 1912 aus Spanien, »ich bin seit Córdoba von einer beinahe rabiaten Antichristlichkeit, ich lese den Koran, er nimmt mir, stellenweise, eine Stimme an, in der ich so mit aller Kraft drinnen bin wie der Wind in der Orgel.« Ach, Rilke. Sein maurophiles Schwärmertum ist heute allerdings Allgemeingut. Wer argumentierend nach den Segnungen des Islam sucht, findet allemal dies: al-Andalus, die fast acht Jahrhunderte währende Epoche vermeintlich »christlich-jüdisch-islamischer Harmonie« auf der iberischen Halbinsel. Kein Reiseführer kommt ohne solche Verklärung aus. Eugen Sorg, preisgekrönter Journalist und Reporter, bringt ein wenig Ordnung ins legendäre Zauberreich des friedlichen Miteinanders. Der Traum vom Glanz des maurischen Spaniens gilt Sorg als einer der »Lieblingsmythen der gebildeten Stände des Westens«. Sorg beschreibt die gegen die »christlichen Barbaren« gerichteten Raubzüge arabischer und später nordafrikanischer Truppen und Banden; wie sie 997 die heilige Pilgerstadt Santiago de Compostela dem Erdboden gleichmachten, die Überlebenden versklavten und die Kirchenglocken zu Lampen für die Moschee in Córdoba umschmolzen. Hundert Jahre später sorgte ein theologisches und politisches Regelwerk für eine fortdauernde Deklassierung der im muslimischen Spanien lebenden Juden und Christen. Sorgs Aufsatz über »das Land, wo Blut und Honig floß« zählt zu den Glanzpunkten des von den beiden Theologen Udo Hildenbrand und Reinhard Wenner sowie dem Philosophen Friedrich Rau herausgegebenen Mammutwerks. Er umfaßt 13 Seiten, also anderthalb Prozent dieses buchgewordenen Ziegelsteins. Wer soll das alles lesen, und vor allem: wie? Es wurde hier ein »Findex« geschaffen mit etwa 120 fettgedruckten Lemmata, beispielsweise »Frau«, Christen«, »Beleidigung«. Je darunter finden sich enger gefaßte Stichwörter wie (am Beispiel »Frau«) »Verbot, Gräber zu besuchen«, »Geschlechtsverkehr mit Nichtmuslimin bei Feldzug erlaubt«, »Mangel an Intelligenz«. Das ist fleißig und gutgemeint, aber unpraktikabel – eine Einschätzung, die auf das gesamte Projekt zutrifft. Hier wurden reichlich »Beiträge« (Teil I) und »Dokumente« (Teil II, Koranverse, Hadithe, Fatwas) zusammengestellt und mit größergedruckten thematisch irgendwie passenden Zitaten (von Hans Küng bis Karl Popper) abgemischt; es gibt innerhalb der Aufsätze zahlreiche Untergliederungen von A bis H, von 1. bis 9., von (1) bis (10), von I bis VII; viele Erkenntnisse werden doppelt und mehrfach aufgetischt. Es ist unterm Strich eine gigantische, heillos unübersichtliche Schmökerkiste. Ein ordnender Redakteur hätte diesem an sich lobenswerten Projekt einen guten Dienst erwiesen. Wie schade, daß er fehlte!

Ellen Kositza

Alternative Sozialdemokratie

Robert B. Reich: *Rettet den Kapitalismus! Für alle, nicht für 1 %,* Frankfurt a.M.: Campus 2016. 320 S., 24.95 €



Robert B. Reich war Arbeitsminister unter Bill Clinton, ist heute Politikprofessor und schreibt seit einigen Jahren ein Buch nach dem anderen über den »oligarchischen Kapitalismus amerikanischer Prägung«. Seine Sorge, so betont er in seinem neuesten Buch, ist es, daß sich als Reaktion auf das heutige System der Begünstigung der Reichen eine »nationalistische Revolte« entwickeln könnte, die sich »bequeme Sündenböcke« sucht. Diese Gefahr sieht er ausdrücklich nicht nur für die USA, sondern auch für Deutschland und Europa.
Um dieses Szenario zu verhindern, sollte sich die breite Mittelschicht, die immer stärker in eine »Erwerbsarmut« abstürze, zu einer Gegenkraft zusammenschließen, die der Wall Street, den Großkonzernen und Lobbyisten auf den Korridoren der Mächtigen Paroli bieten kann, schlägt Reich vor. Das passende Programm für diese machtlose gesellschaftliche Mitte, die unter sinkenden Löhnen leide, sich aber bisher aufgrund eines allgemeinen Gemeinschaftsverlustes nicht dagegen wehren könne, hat er auch schon parat: Ohne es so zu bezeichnen, laufen seine Vorschläge auf eine alternative Sozialdemokratie hinaus.
Reich wünscht sich ein bedingungsloses Grundeinkommen, aber vor allem geht es ihm um neue Marktregeln für den Kapitalismus, um die »Vorabverteilung an die Reichen« durch ein ungerechtes Eigentums-, Vertrags-, Kartell- und Insolvenzrecht sowie die fehlende Durchsetzungsmacht des Staates gegenüber der Wirtschaft zu stoppen. Ganz offen betont er dabei, daß dies eine neue »establishmentfeindliche« Partei umsetzen müsse, sollten sich die Demokraten und Republikaner nicht entsprechend bewegen.
Genau das geschieht in Europa bereits seit einigen Jahren. Abgesehen von Spanien mit der »Podemos«-Bewegung kommen die Anti-Establishment-Parteien jedoch von rechts und punkten bereits jetzt bei der von Reich beschriebenen Schicht der Erwerbsarmen ganz außerordentlich, obwohl sie ihre Programme noch nicht einmal für diese Zielgruppe optimiert haben. Vielleicht ist dieses Buch deshalb für den ei-

nen oder anderen von größtem Interesse, weil der Autor einen Weg aufzeigt, die ideologische Debatte über »freien Markt« und sich einmischenden Staat als unnütz zu erkennen. Statt dessen müsse es darum gehen, den Markt durch kluge politische Weichenstellungen so zu organisieren, daß die Mittelschicht einen Anreiz hat, sich anzustrengen und wirtschaftliche Sicherheit zu erreichen.
Diesen pragmatischen Ansatz illustriert Reich mit zahlreichen, gut gewählten Beispielen aus unterschiedlichen Branchen und Politikbereichen. Die europäischen Rechtsparteien könnten sich hier durchaus eine Scheibe abschneiden, um etwa Konzepte gegen die Übermacht der Großunternehmen des Lebensmitteleinzelhandels zu entwickeln.
Das hört sich jetzt womöglich zweitrangig an, so mühsam ist aber nun einmal Politik – vorausgesetzt, man will im System Veränderungen bewirken. Wer anderes vorhat, kann auf die Lektüre dieses Buches dagegen verzichten.

Felix Menzel

Merkel als Weltschutzmantelmadonna

Otto Depenheuer/Christoph Grabenwarter (Hrsg.): *Der Staat in der Flüchtlingskrise. Zwischen gutem Willen und geltendem Recht,* Paderborn: Ferdinand Schöningh-Verlag 2016. 270 S., 26.90 €

Der massenhafte Rechtsbruch an den Grenzen, der 2015 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat, schreckte auch eine Gruppe von bekannten Staatsrechtslehrern auf, die sich Ende letzten Jahres zu einer Tagung in Bonn versammelte. Die veröffentlichten Beiträge sind kritisch eingestellt gegenüber der aktuellen Flüchtlingspolitik. So notiert Frank Schorkopf, daß das deutsche Handeln »wie die Sehnsucht nach Erlösung von der historischen Schuld und vom schlechten Gewissen wegen des relativen Wohlstands« anmute. Otto Depenheuer erörtert die neue Völkerwanderung angesichts des menschenrechtlichen Universalismus. Utopien aus dem 18. Jahrhundert (»Alle Menschen werden Brüder«) mutieren mehr und mehr zur Realität – mit Folgen freilich, die sich aufgeklärte Menschheitsbeglücker nicht vorstellen konnten.
Der inhaltsreichste Aufsatz stammt von dem Freiburger Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek, der das hier und da längst eingetretene Menetekel vom »großen Austausch« ernst nimmt und in juristische Terminologie kleidet. Die Staatsgewalt gehe nicht von irgendeinem Agglomerat von Menschen aus, sondern vom deutschen Volk. Das Grundgesetz als nationalstaatliche Verfassung, die von den Vätern und Müttern unmittelbar nach 1945 ausdrücklich gewollt worden sei, setze voraus, daß das Staatsvolk mehrheitlich »aus ethnisch Deutschen« bestehe. Starker Tobak für alle Deutschland-Abschaffer, die nur noch abstrakt-volatile »Wertegemeinschaften« kennen! Daß Gelehrte wie Murswiek sich für den Erhalt der Identität des deutschen Volkes einsetzen, macht sie im medialen Diskurs zu Außenseitern. Erfreulich ist auch Murswieks Verteidigung von Einwanderungsobergrenzen als Voraussetzung für die demokratische Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens.
Ebenfalls finden sich klare Aussagen in dem Essay von Christian Hillgruber. Viele der Einwandernden suchten ein besseres Leben, was verständlich sei, aber kein juristisches Bleiberecht verschaffen könne. Bezüglich der gegenwärtigen Rechtslage konstatiert er einen gleitenden Übergang vom Flüchtlingsschutz zur Arbeitsmigration.
Der Bonner Emeritus Josef Isensee attackiert die Freimütigkeit der Bundeskanzlerin, die er als »Welt-Schutzmantelmadonna« tituliert. Ebenso vehement zeigt er die Grenzen des Bundesverfassungsgerichts auf (»Karlsruher Schönwetterjudikatur«). Isensee lehnt es ab, die Menschenwürdegarantie als Eintrittskarte in die Willkommenskultur und als Scheckkarte zu mißbrauchen. Derartigem fatalen Idealismus stellt er den »Vorbehalt des Möglichen« gegenüber. Solchen eindeutigen Worten ist nichts hinzuzufügen!

Felix Dirsch

München: Weiße Weste oder braunes Hemd?

Konrad Löw/Felix Dirsch: *München war anders! Das NS-Dokumentationszentrum und die dort ausgeblendeten Dokumente.* Mit einem Geleitbrief von Alfred Grosser, Reinbek: Lau 2016. 192 S., 16.90 €



Die bayerische Landeshauptstadt ringt bis heute mit ihrer Vergangenheit als »Hauptstadt der Bewegung«. Die NSDAP nahm hier ihren Anfang und konstruierte hier ihren Mythos nach dem Marsch auf die Feldherrnhalle, der alljährlich in Anwesenheit Hitlers durch Abschreiten der Ehrentempel am Rande des Königsplatzes beschworen wurde. War München deshalb eine »braune Stadt«, standen ihre Bürger in der Mehrheit hinter der NS-Bewegung? Gab es wenige Gegner, dafür um so mehr Mitläufer und Mittäter? Konrad Löw, der vieles zum Thema Verhalten der Deutschen unter der braunen Diktatur veröffentlicht hat und dem Wolfgang Benz, langjähriger Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, vorwarf, er »klaube Zitate willkürlich zusammen«, ist der Ansicht: München war anders! Objekt seiner Kritik ist das NS-Dokumentationszentrum, das am 30. April 2015 dort am Königsplatz eröffnet wurde, wo das »Braune Haus«, die NS-Parteizentrale, stand. Dem Zentrum mangelt es nach Meinung Löws und seines Mitautors Felix Dirsch an Objekti-

vität in der Frage, wie braun München tatsächlich war. Die Ausstellung ignoriere die wichtigsten Zeugen, das andere München, das positiv über die Münchner unter der Diktatur urteilte, komme kaum zu Wort. Diese These Löws ist nicht neu. Was er in *Adenauer hatte recht* (2014), *»Das Volk ist ein Trost«. Deutsche und Juden 1933–1945 im Urteil jüdischer Zeitzeugen* (2006) und sechs weiteren Büchern kritisiert hatte, daß Geschichtswissenschaft zu Geschichtspolitik geworden sei, daß man das politisch gewollt negative Bild der Deutschen unter der NS-Diktatur fördere, indem Entlastendes ausgeblendet bleibe, überträgt Löw nun auf München und das Dokumentationszentrum. Der große deutsch-französische Politologe Alfred Grosser nannte schon Löws Buch *Deutsche Schuld* über die »ignorierten Antworten der Zeitzeugen« »mutig« und »nützlich«, weil es den unbekannten nichtjüdischen Helfern eine Stimme gebe. Grosser erwähnt in seinem Geleitbrief an Löw die mutigen antinazistischen Predigten Kardinal Faulhabers, der in der Ausstellung des Zentrums aber die Nationalsozialisten und ihre Politik zu segnen scheint. Er kritisiert, daß ein Weihbischof Neuhäusler, der vier Jahre im KZ Dachau gelitten hat, mindestens als Mitläufer erscheint. Die weitaus meisten der gemischt »jüdisch-arischen« Ehen hätten in München dem Druck zur Scheidung widerstanden, was belege, so Grosser, daß München nicht derart antisemitisch gewesen sein konnte. Exilierte Sozialdemokraten schrieben 1937 aus Prag, München sei keine nationalsozialistische Stadt. Löw und Dirsch führen eine stattliche Zahl von Aussagen jüdischer und nichtjüdischer Münchner an, die das bezeugen sollen: Prominente wie Charlotte Knobloch, Victor Klemperer, Karl Löwith, Hans Habe, Konrad Heiden und unbekannte Zeitzeugen. Auch sei die These, München hätte sich nach dem Krieg nicht den Verbrechen der NS-Diktatur gestellt, falsch, denn Neuhäusler errichtete am Rand des ehemaligen KZ Dachau ein Sühnekloster. Wie gewaltig etwa der Widerstand gegen eine KZ-Gedenkstätte war, wird dagegen nicht erwähnt. Die Beispiele großer Menschlichkeit in dunkler Zeit gehören neben die menschlichen Abgründe in eine ausgewogene Ausstellung. Hier haben Löw und Dirsch sicher recht. Ein pauschal positives Urteil, wie es Löw unterstellt, ist trotz der fleißig zusammengetragenen Zitate zweifelhaft, wie auch Grosser in seinem Geleitbrief schreibt: »Warum ist das alles nicht in der Ausstellung vorhanden? Vor allem, weil man so gerne ›Die‹ sagt. ›Die Juden, die Moslems, die Münchner‹.« Grosser mißbilligte bereits in seiner Bundestagsrede zu hundert Jahren 1914 die Verallgemeinerung »die Deutschen«. Ebenso habe es München, so Grosser, »als nur von Mitläufern bevölkerte Stadt nie gegeben«.

Maximilian Seidel

Lenin reloaded

Wladimir Iljitsch Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß.* Kritische Neuausgabe mit Essays von Dietmar Dath und Christoph Türcke, hrsg. von Wladislaw Hedeler und Volker Külow, Berlin: Verlag 8. Mai 2016. 358 S., 24.90 €

»Es gibt«, schrieb Georges Labica einmal, »bestimmte Begriffe, die von ihrem Vermögen, die Realität zu erfassen, nichts an Klarheit eingebüßt haben. Imperialismus ist einer davon«, und man habe, fuhr der französische Philosoph fort, in der gegenwärtigen Phase der liberalkapitalistischen Globalisierung Lenins »neuen Imperialismus« in einem höheren Entwicklungsstadium erreicht. Labica, der Lenin im Kontext ebenjener Globalisierung neu interpretierte, bezog sich auf Lenins *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (1917). Allerdings gibt es in Deutschland immer weniger Linke, die diesen Befund teilen, die sich also der neoliberalen Entkernung ihrer Programmatik verweigern konnten. Die marxistische Tageszeitung *junge Welt (jW)* legt in ihrem Verlag gegen diesen Trend eine kritische Neuausgabe von Lenins *Opus magnum* vor. Sie enthält neben der Schlüsselschrift des Antiimperialismus selbst weitere Texte Lenins und eine erhellende Werkgeschichte aus den Federn Volker Külows und Wladislaw Hedelers, seines Zeichens Autor der bemerkenswerten Bucharin-Biographie (Matthes & Seitz Berlin, Berlin 2015).

Eingeleitet wird die mehrjährige Fleißarbeit des Verlags indes durch zwei Essays: Dietmar Dath, *FAZ*-Feuilletonist, plädiert in seinem Beitrag »Text und Tat« für eine an Lenin ausgerichtete Reaktivierung antiimperialistischer Theorie und Praxis, während Christoph Türcke (vgl. *Sezession* 72) in »Deregulierter Imperialismus« Lenins Thesen an der Gegenwart des zeitgenössischen Kapitalismus und seiner geopolitischen wie -ökonomischen Verwerfungen prüft. Von Lenin – der selbst eine sinistere Rolle als Vorgänger des Gewaltherrschers Stalins spielte – stammt die Erkenntnis, daß Imperialismus Gewaltpolitik zur Erweiterung der Hegemonie kapitalistischer Großmächte ist, wobei die imperialistische Phase des Kapitalismus mit der »Herrschaft der Monopole« und der Kapitalspekulation verbunden ist. Nicht zuletzt angesichts dieser Prämissen und der mittlerweile »gigantischen Ausmaße des in wenigen Händen konzentrierten Finanzkapitals« (Lenin) wird deutlich, daß auch in unseren Tagen die Problemstellung unverändert ist und Geor-

ges Labica recht hatte. Für Konservative könnte es sich in Anbetracht der perpetuierten Krisensituation des Kapitalismus fürderhin lohnen, bei Lenin statt bei Hayek in die Schule zu gehen.

Benedikt Kaiser

Wie perfide war Albion?

Helmut Roewer: *Unterwegs zur Weltherrschaft. Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann,* Zürich: Scidinge Hall 2016. 363 S., 24.95 €

Das sukzessiv instabiler werdende Lügengebäude von der Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg erhält mit dem neuen Werk des Geheimdiensthistorikers Helmut Roewer einen weiteren, ernstzunehmenden Riß. Mit flotter Feder zeichnet der Autor die Entwicklungen nach, die zum Ersten Weltkrieg führten, und deckt eine groteske Propagandalüge nach der anderen auf. Die Lektüre ist ausgesprochen amüsant, die ganze Geschichte samt ihrer Folgen aber so tragisch, daß einem das Lachen im Hals steckenbleibt. Nach Roewer war der Erste Weltkrieg ein von langer Hand geplanter Vernichtungsschlag gegen Deutschland, der durchaus zu verhindern gewesen wäre. Zu verantworten hat ihn vor allem eine arrogante Clique aus der englischen Upperclass. Das Motiv: Ausschaltung der Konkurrenz. Dabei ging es nicht nur um die Vernichtung eines wirtschaftlich erfolgreichen und technologisch überlegenen Deutschlands, sondern auch um das Ersticken einer Weltanschauung, die nicht mit Raffgier, sondern mit dem, was man wohl heute Nachhaltigkeit nennen würde, zum Ziel gelangte. So zumindest sah das damals der deutsche Kaiser: »Der Krieg ist der Kampf zwischen zwei Weltanschauungen: der germanisch-deutschen für Sitte, Recht, Treue und Glauben, wahre Humanität und echte Freiheit, gegen die angelsächsische, Mammondienst, Geldmacht, Genuß, Landgier, Lüge, Verrat, Trug und nicht zuletzt Meuchelmord! Diese beiden Weltanschauungen können sich nicht versöhnen oder vertragen (…)« (Kaiser Wilhelm II., Brief an Chamberlain vom 15. Januar 1917). Roewers versucht, die historischen Vorgänge klar und verständlich zu umreißen und damit der Sichtweise unserer Vorfahren Gehör zu verschaffen, die der Eroberungssucht bezichtigt und als »German menace« diffamiert wurden. Anders als heute war »das perfide Albion« vielen Deutschen damals ein Begriff. »Heute, hundert Jahre nach den Ereignissen, wird es Zeit, die Kirche wieder ins Dorf zu rücken. Man nehme einmal Photoalben aus jenen Tagen zur Hand. Da kann man sie sehen, die Deutschen. (…) Nein, das ist kein Volk, das auszog, die Welt zu erobern. Vergeßt es.« Damit schreibt Roewer natürlich vor allem gegen den Mythos vom deutschen »Griff nach der Weltmacht« an, der maßgeblich von Fritz Fischer erfunden und von interessierten Kreisen so lange wiederholt wurde, bis er zum Dogma gerann. Seit der Veröffentlichung von Christopher Clarke (*Die Schlafwandler,* 2013) ist dieser Glaubenssatz nun auch in der Mitte der Gesellschaft gehörig ins Wanken geraten. Es ist Roewer und seiner Botschaft sehr zu wünschen, daß ihm diese ideologische Öffnung in Deutschland eine breitere Leserschaft verschafft, als dies noch vor fünf Jahren möglich gewesen wäre.
Roewers unakademischer Stil mag auf manchen Leser zunächst unseriös wirken, ist in den Augen der Rezensentin aber eine willkommene Abwechslung zu trockeneren Darstellungen und der Beweis, daß man komplexe historische Vorgänge auch unterhaltsam und in verständlicher Sprache schildern kann. Es ist das Werk eines Mannes, dessen eigene Geheimdiensttätigkeit sein Denken stark geprägt haben muß: Ein Reiz dieses Buches liegt auch darin, daß der Autor mit kriminalistischem Geschick entlegenen Quellen nachspürt, wie den Briefen von Geliebten besagter Kreise: »Jahrzehnte blieben die Aktionen der Hauptbeteiligten an der Auslösung des Ersten Weltkriegs verborgen, weil die Akteure ihre Spuren tilgen konnten. Doch sie hatten nicht mit ihren Geliebten gerechnet. Frances Stevenson führte Tagebuch über Lloyd Georges Mitteilungen und Venetia Stanley hob Hunderte Briefe von H.H. Asquith auf, während er ihre Antworten vernichtete.« Roewer reiste nach England, um diese und andere Dokumente ausfindig zu machen. Sie erwiesen sich als Fundgrube, die die schlimmsten Befürchtungen bestätigte: Der Krieg war eben doch von langer Hand geplant – aber nicht von Deutschland. Ebenso erhellend wie der Blick auf England sind die Kapitel über die Rolle Amerikas und das Versagen der deutschen Führung.

Lore Waldvogel

Die Frivolität des Bösen

Theodore Dalrymple: *Der Untergang Europas. Literatur und Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft, Ideologie und Psychopathologie.* Übersetzt von David Schah, Düsseldorf: Lichtschlag 2016, 108 S., 15.90 €

Die Rede davon, daß »früher alles besser« gewesen sei: Für Fortschrittsgläubige ist das ein ermüdender Topos unverbesserlicher Konservativer. Die Alten kommen mit dem Wandel nicht klar, man kennt ja die uralten Sokrates-Textstellen über die verdorbene Jugend, den Verlust der Manieren undsoweiter. Allerdings müßte einer mal zählen, wieviel »Verfallsklagen« heute veröffentlicht werden im Gegensatz zu vorangegangenen Jahrzehnten!

Soviel Sittenverfall wurde selten gewittert, geahnt, empfunden. Soviel Mißstandsliteratur! Ist nicht langsam alles gesagt? Nun, gewiß nicht so profund, so nachdenklich und so eloquent wie von Theodore Dalrymple in dieser Sammlung von acht Aufsätzen. Gewiß, ein Paradox: aus dem Untergang Nektar zu saugen – allein, hier ist es der Fall. Dalrymple ist das Pseudonym des britischen Psychiaters Anthony Daniels, Jahrgang 1949. Der preisgekrönte Essayist kennt die Welt (er war in Nordkorea, in Liberia, er war Zaungast in mittelamerikanischen Guerillakämpfen, arbeitete in Simbabwe und Tansania), und er kennt ihre Bewohner. Mit solcher Lebens- und Berufserfahrung taugt man kaum zum Optimisten. Nichtsdestoweniger füllt dem Misanthropen Dalrymple nicht schwarze Galle die Feder, hier wird der nüchterne Blick eines überaus belesenen Tatmenschen Wort. Zugleich hält der Autor (Sohn eines Kommunisten und einer deutschen Jüdin) in jeder Hinsicht maß: Er geißelt die Überfremdung, ohne sich in nationalistische Gefilde zu verirren; er prangert die Sünden des Wohlfahrtstaates an, ohne libertäre Konsumgeilheit aus den Augen zu verlieren, er verachtet Marx, schätzt aber Turgenjew. Schwer zu sagen, welchen dieser allesamt hervorragenden Aufsätze man am meisten rühmen sollte: Ist es der über den britischen Nationalcharakter? Ist es der über »Die Kultur der Unterschicht«, in dem der Autor aus klinischer Erfahrung über das »Anschwellen des Asozialen nicht nur in Großbritannien« schreibt? Dalrymple kennt diese modernen Familiengeschichten zuhauf – Frauen mit vier Kindern von drei Vätern, Männer mit fünf Kindern von vier Frauen, alle sind unglücklich, oft kriminell, sie nennen es »Depression«. Niemand hat diese armseligen Leute gezwungen, am Laufband unvernünftige Entscheidungen zu treffen. Und doch liegt eine Mitschuld am Entstehen dieses Sumpfes beim Staat (der die entsprechenden Fürsorgegesetze schuf) und bei seinen Intellektuellen (die einen permissiven Lebenswandel beförderten). Oder ist es der Aufsatz »Totgedacht«, in dem Dalrymple erstaunliche Parallelen zwischen der marxistisch-leninistischen Ideologie und dem Islamismus herausarbeitet? »Hingabe an eine Ideologie kann eine Antwort auf diverse persönliche Probleme sein, und da persönliche Probleme sehr häufig vorkommen, überrascht es nicht, daß eine ganze Reihe von Menschen Ideologie als Gegengift wählt.« Menschheitsbeglückungsphantasien steht Dalrymple – eine Art anglophone Version von Friedrich Sieburg – skeptisch gegenüber. Daß er dennoch kein Zyniker geworden ist, macht seine Aufsätze zu Perlen.

Ellen Kositza

Den Staat denken

Rüdiger Voigt (Hrsg.): *Staatsdenken. Zum Stand der Staatstheorie heute,* Baden-Baden: Nomos 2016. 534 S., 98 €

An Abhandlungen zur Staatstheorie herrscht wahrlich kein Mangel. Daß sich deutsche akademische Diskussionen über Wert und Rolle des Staates in Gegenwart und Zukunft heute nicht nur um Wohlstandskritik, Grenzöffnung und außenpolitische Libertinage drehen, sondern das klassische, den Staat in den Mittelpunkt der Überlegungen stellende politische Denken nach wie vor (oder wieder?) an den Universitäten eine Heimstatt hat, ist wesentlich ein Verdienst von Rüdiger Voigt. Der Emeritus der Münchner Bundeswehruniversität ediert seit 16 Jahren eine bald 100 Bände fassende Buchreihe mit Sammelbänden zu Staatsauffassungen durch die ganze Weltgeschichte. Die kaum mehr zu überschauende Vielfalt der dort behandelten Themen hat Voigt nun in ein nach Personen und Themen geordnetes Lexikon des Nachdenkens über den Staat eingefaßt.
Daß der Herausgeber (leider nicht alle seiner Autoren!) es sich als Emeritus leisten kann, ohne Scheuklappen durch die Geistesgeschichte zu ziehen, zeigt sich bereits an der thematischen Aufteilung der Beiträge. Neben dem liberalen Staatsdenken steht selbstverständlich das konservative (mit Lemmata zu Burke, A. Müller, Stahl und Lübbe), dem revolutionären Staatsdenken gesellt sich das reaktionäre zu (Maistre, Bonald, Donoso Cortés und Benoist). Allein Benoist als Klassiker der politischen Theorie neben z.B. Hobbes (»Klassisches Staatsdenken«), Max Weber (»Modernes«), Stirner (»Anarchistisches«) oder Schmitt (»Radikales«) zu finden, ist eine Sensation. Damit nicht genug, würdigt der Autor (Nobert Campagna, 2004 auch hervorgetreten durch eine Schmitt-Einführung) Benoists Werk in abgewogener, gerechter Weise. Auch der Beitrag zu Donoso Cortés wird angepaßten akademischen Lohnschreibern Unbehagen erwecken, stammt er doch vom Frankfurter Privatgelehrten Günter Maschke.
Diese Lichtblicke werden etwas verdunkelt durch die offenbar unvermeidlichen Zugeständnisse an den Geist der Zeit. Allen Ernstes wird ein »Feministisches Staatsdenken« präsentiert, dessen im Band wiedergegebenen Einsichten und Absichten geradezu deprimierend einfältig sind. Allein die gelungene Zusammenfassung des antiken Staatsdenkens mit den Repräsentanten Thukydides, Platon, Aristoteles, Polybios, Cicero und Tacitus entschädigt für solche modernistischen Pflichtübungen. Hervorzuheben sind die exzellenten Platon- und Aristoteles-Einführungen von Barbara Zehnpfennig, die deren umfangreiche Lebenswerke nebst Jahrhunderten der Rezeptionsgeschichte mit leichter Hand in

den Griff bekommt. Lehrreich und angesichts der zunehmenden Hinterfragung eurozentrischer Haltungen dringend nötig sind auch die Einblicke in das Staatsdenken in China, Japan, Indien, der arabischen Welt und Afrika (vor-/nachkolonial).

Der lobenswerte Band schließt mit Essays zu wesentlichen Zukunftsfragen: »Globalisierung«, »Souveränitätsverlust?«, »Staatenbildung und Staatszerfall« sowie »Der Staat in der Postdemokratie«. Am Ende fragt der Herausgeber nach der »Staatsrenaissance« unserer Tage und kommt zu dem Schluß, daß der neue »harte« Staat der Überwachung und Sicherheitsverheißungen an den Hobbesschen Schutzstaat erinnere. Doch dessen Schutzleistungen kämen im 21. Jahrhundert in erster Linie der politischen und wirtschaftlichen Elite zugute. Voigt verpackt seinen Befund in ein wenig rechtsstaatliche und demokratische Watte, wird aber dennoch deutlich: »Es ist schwer vorstellbar, daß sich diejenigen, die die Macht innehaben, freiwillig von dieser Macht trennen werden. Der ›Kampf gegen den Terror‹ ist dabei nicht nur in autoritär geführten Staaten ein willkommener Vorwand, jeden Widerstand für illegal zu erklären.« Der Leviathan als Beute.

Konrad Gill



Wie man die Welt erobert

Menno Aden: *Das Werden des Imperium Americanum und seine zwei hundertjährigen Kriege,* Graz: Ares 2016. 231 S., 18 €

Gewannen die USA ihre andauernde Weltmachtgeltung mehr durch Glück (Erschöpfung der europäischen Mächte nach dem Ersten Weltkrieg gepaart mit eigenem Rohstoffreichtum) oder mehr durch zielorientiertes Vorgehen? Menno Aden geht von letzterem aus, wenn er in seinem neuen Buch die nahezu planetarische amerikanische Dominanz als Endpunkt einer zweihundertjährigen politischen Entwicklung beschreibt. Kurz und dennoch mit einer gewissen Vollständigkeit erklärt Aden die komplexen Zusammenhänge zwischen dem ambivalenten Verhältnis zu Großbritannien (von der Lösung vom Mutterland über Hegemonialkonkurrenz hin zur Machtteilung und schließlich Verdrängung), den geistigen Hintergründen (»Manifest Destiny«, vgl. *Sezession* 53) und schließlich dem Schritt über die amerikanischen Kontinentalgrenzen. Den deutlichen Parallelen zum britischen Verhalten der vergangenen Jahrhunderte (Erwählungsglaube mit der Folge des Messens mit zweierlei Maß; Ignoranz gegenüber anderen Kulturen und Sprachen bei gleichzeitiger kultureller Einflußnahme; territorialer Expansionismus) stellt er US-Eigenheiten gegenüber wie das Vorhandensein unterdrückter Rassen (Indianer und Negersklaven) im eigenen Land oder das Entstehen des »Amerikanismus« als auch einwandernde Nichtprotestanten und sogar Nichtchristen integrierende Zivilreligion. Durch die Aufzählung einer seit spätestens 1823 (Monroe-Doktrin als Verkündung eines Interventionsverbots für raumfremde Mächte für den ganzen Doppelkontinent) kaum mehr abbrechenden Kette von Interventionen und Expansionen, entweder heuchlerisch mit höheren Zielen und internationalem Recht oder ehrlicher mit (weltweiter!) Interessenwahrnehmung begründet, entsteht das Gesamtbild einer aggressiven Macht, der das geschwächte Europa nichts und die übrige Welt schon gar nichts entgegenzusetzen hatte. Aden schadet seiner Überzeugungskraft gelegentlich durch Hemdsärmeligkeit und Fahrlässigkeiten. Ein mehrfach verwendetes Zitat belegt er zum Beispiel mit einem Eintrag in der spanischsprachigen »Wikipedia«, obwohl dort das Zitat nachgewiesen und die Quelle in englischer Übersetzung in mehreren deutschen Bibliotheken verfügbar ist. Auch sonst scheint der Verfasser die »freie Enzyklopädie« für eine seriöse Quelle zu halten – oder auch nur für ein bequemes Fundstellenreservoir. Fremdsprachliche Zitate sind lobenswerterweise im Original und in Übersetzung abgedruckt, jedoch nicht alle. Warum nicht? Die Seriosität seiner Arbeit leidet unter solchen Schludrigkeiten ebenso wie unter Flüchtigkeitsfehlern in inhaltlicher wie sprachlicher Hinsicht. Trotz solcher Mängel im Detail eignet sich die thematisch weit ausgreifende Studie als knappe Analyse wesentlicher Bedingungen politischen Handelns im Zeitalter der US-Hegemonie auch für den fortgeschrittenen Leser. Für den Einsteiger empfiehlt sie sich sogar sehr.

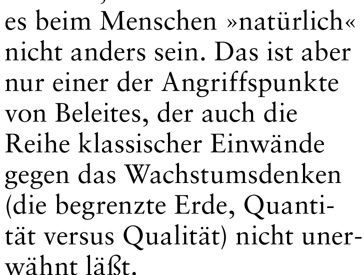
Konrad Gill

Wachstumsskepsis

Michael Beleites: *Land-Wende. Raus aus der Wettbewerbsfalle!,* Marburg: Metropolis 2016. 184 S., 18 €

Vor zwei Jahren legte der Publizist Michael Beleites (Jg. 1964) mit *Umweltresonanz* ein umfangreiches Werk vor, das sich nicht weniger als die Widerlegung der Selektionstheorie vorgenommen hatte. Der reduktionistischen Biologie, die in der Natur nur dieses eine Prinzip walten sieht, setzte er die organismische Biologie entgegen, die die Organismen in den Zusammenhang des Ökosystems stellt und von dorther eine neue Sicht auf die Variabilität der Arten gewinnt. Beleites leitet zudem politische Konsequenzen aus seiner biologischen These ab, die über den wissenschaftlichen Anspruch des Buches hinausgehen. Diesen Aspekt hat Beleites jetzt in eingängiger Form und an prak-

tischen Beispielen erläutert in einem schmalen Band zusammengefaßt, so daß auch der Leser, der sich nicht in die Tiefen der biologischen Prozesse vorwagen möchte, den Wert der Thesen prüfen kann.
In *Land-Wende* steht die politische Konsequenz aus der organismischen Biologie im Mittelpunkt: Raus aus der Wettbewerbsfalle! Diese ist, so Beleites, wenn auch nicht auf das darwinistische Denken zurückzuführen, so doch von daher nachträglich legitimiert worden. Wenn in der Natur ein Verdrängungswettbewerb herrscht, so könne es beim Menschen »natürlich« nicht anders sein. Das ist aber nur einer der Angriffspunkte von Beleites, der auch die Reihe klassischer Einwände gegen das Wachstumsdenken (die begrenzte Erde, Quantität versus Qualität) nicht unerwähnt läßt.
Die Landwirtschaft ist als zentrales Beispiel naheliegend, da sie die Basiswirtschaft jeder menschlichen Kultur ist und sich an ihr gut demonstrieren läßt, daß der Wettbewerb ein falsches Leitbild ist. Das aus diesem folgende »Wachsen oder Weichen« führt zum bekannten Höfe-Sterben, zu Monokulturen, zur Verseuchung der Lebensmittel mit Pestiziden und Antibiotika, letztendlich zur Entfremdung des Menschen von der Natur, was Beleites als Desintegration des Menschen bezeichnet.
Wie sieht seine Lösung aus? Zunächst liegt die Minimierung von Agrochemikalien nahe, die langfristig die Böden verseuchen und den Profit der Industrie mehren, was über eine Besteuerung dieser Chemikalien erreicht werden könnte. Sinnvoll sei das aber nur, so Beleites, wenn gleichzeitig die Betriebe durch die Verbindung von Tierhaltung und Pflanzenanbau wieder die Möglichkeit schafften, selbst ihren Dünger zu produzieren. Bei Pflanzen und bei Tieren muß zu einer ganzheitlichen und artgerechten Züchtung gefunden werden, so daß man Arten züchtet, bei denen nicht zugunsten eines Merkmals die restlichen völlig degeneriert sind. Der Hebel, um all das zu befördern, wäre eine ersatzlose Abschaffung der Agrarsubventionen, die, so hofft Beleites, langfristig eine Nahrungssouveränität und Wertschätzung der Nahrung (und natürlich des Bauernstandes) nach sich ziehen könnte.



Beleites geht es nicht um eine Ökolandwirtschaft, die mittlerweile selbst industrielle Züge ausbildet, sondern um eine generationenübergreifende »Permakultur«, die ihre Grundlage in einer großen Anzahl von Selbstversorgerhöfen haben müßte. Den Staat nimmt Beleites dabei als Förderer dieser Lebensweise in die Pflicht, indem er vorschlägt, Selbstversorgern Land und ein Grundeinkommen zur Verfügung zu stellen. Letztlich geht es ihm um einen ganzheitlichen Ansatz, der sich nicht auf Aussteiger beschränken kann und ein radikales Umdenken von allen erfordert. Letztlich wird die Frage lauten, unter welchen politischen Bedingungen das möglich wäre.

Erik Lehnert

War mal: deutsche Kunst

Peter Betthausen: *Kleine deutsche Kunstgeschichte. Ein Nachruf,* Karwe b. Neuruppin: Edition Rieger 2015. 233 S., 14.90 €.

Um 2000 fand eine größere Debatte um ein etwaiges Wesen der deutschen Kunst statt. Kenner der Materie wie Hans Belting, Werner Hofmann, Robert Suckale und Heinrich Klotz beteiligten sich an der Kontroverse.
Der Berliner Gelehrte Peter Betthausen ist also mehr oder weniger Epigone. Seine essayartig angelegte Darstellung bietet einen komprimierten Abriß wichtiger Stationen der Kunst in Deutschland. Er versucht, die meisten Gattungen der Kunst zu berücksichtigen. Eine Art »deutsches Wesen« zu eruieren, lehnt er ab. Stattdessen will er auf Besonderheiten herausragender Artefakte in den unterschiedlichen deutschen Landen aufmerksam machen. Das ist natürlich nicht einfach, denn zwischen einem Buchmaler auf der Insel Reichenau im 10. Jahrhundert und einem Künstler des 16. Jahrhunderts, etwa Grünewald, halten sich die Gemeinsamkeiten in Grenzen. Entsprechend dem häufig angeführten Diktum Ludwig Dehios versteht Betthausen die mittelalterlichen Kirchen als das Fundament der deutschen Kunst. Zu den exzellenten Vertretern seiner Zunft im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit zählt der so vielseitige Albrecht Dürer. Barock- und Rokoko-Zeitalter werden in Grundzügen abgehandelt, ebenso der Klassizismus. Die Kunst des 19. Jahrhunderts erörtert der Verfasser genauso wie die Zeit von 1900 bis 1945. Zu den Vorteilen der Studie zählt, daß sie auf historische Ereignisse und Strömungen, wie allgemein auch immer, eingeht. Die letzte Periode, die der Autor thematisiert, ist der von den Nationalsozialisten mißbrauchte Neoklassizismus. Sündenfall ist seiner Meinung nach die Ausgrenzung moderner Kunst von 1933 bis 1945 als »entartet«. Danach ist Schluß mit Kunst in Deutschland! Der »Nachruf« ist insofern ergänzungswürdig, als die Mehrzahl der Experten auch nach dem Zweiten Weltkrieg Tendenzen erkennt, die als besonders »deutsch« erscheinen, nicht zuletzt der Neoexpressionismus. Daß diese Strömung vom Verfasser ignoriert wird, erstaunt einigermaßen.
In einem Nachwort bekundet Betthausen bescheiden, er hoffe auf den Fortgang der Kunst in Deutschland. Der am Ende vorgestellte Kanon der Kunstwerke erster Ordnung in Deutschland mag zur Weiterarbeit anregen.

Felix Dirsch

Günter de Bruyn wird neunzig

Es ist selten, daß sich ein Autor so mit seiner Heimat identifiziert, wie das bei Günter de Bruyn und der Mark Brandenburg der Fall ist. De Bruyn ist nach Fontane der märkische Autor schlechthin, und es ist ihm zu verdanken, daß die Mark trotz der Zerstückelung nach 1945/1952 und trotz der antipreußischen Grundhaltung der Bundesrepublik identifizierbar geblieben ist. Das allein hätte ihn vielleicht alsbald zum Außenseiter gemacht, der seinem Spleen jenseits aller Aufmerksamkeit nachgegangen wäre. Aber de Bruyn war mit seinen Büchern vor und nach der Wende in Ost und West erfolgreich, nicht nur beim Publikum, sondern auch bei der Literaturkritik (die ihm sogar seine gelegentliche Kritik an der politischen Korrektheit der Bundesrepublik verzeiht). Dieser Erfolg liegt vermutlich nicht in erster Linie im Thema begründet, sondern in der Sprache de Bruyns, die jedes seiner Bücher zu etwas Zeitlosem macht, das nahtlos an die deutschen Klassiker anknüpft und durch feine Ironie die Gegenwart relativiert.

Begonnen hat der am 1. November 1926 in Berlin geborene de Bruyn mit Romanen und Erzählungen, die ihm bald ein Leben als freier Autor ermöglichten. Um dem offiziellen Literaturbetrieb der DDR zu entgehen, zog er in den 60er Jahren von Berlin in die märkische Einöde und baute sich eine verfallene Schäferei zu seinem Refugium aus. Er machte die Leser durch seine Reihe *Märkischer Dichtergarten* mit den vergessenen Dichtern und Denkern der Mark vertraut und überstand durch diese Strategie die Eiszeit nach der Biermann-Ausbürgerung, gegen die er protestiert hatte. Die Wende wirkte auf de Bruyn, der bald eine ungeheure Produktivität an den Tag legte, befreiend: Neben zwei autobiographischen Büchern erschienen zahlreiche umfangreiche Darstellungen sowie Biographien und Essays zur preußischen Geschichte und märkischen Heimat. Wie die aktuellen Publikationen zu Schloß Kossenblatt, Fürst Hardenberg oder Zacharias Werner zeigen, geht de Bruyn trotz seines hohen Alters weder der Stoff aus noch hat er vor, sich aufs Altenteil zu verabschieden.

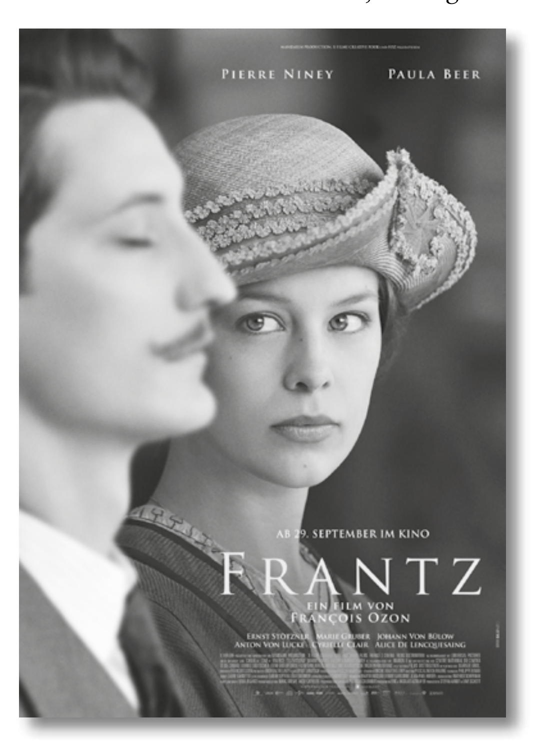
Compact-Konferenz in Köln

Auf gewissermaßen heißes Pflaster begibt sich die nächste Konferenz des Magazins *Compact*. Für den 29. Oktober werden in Köln 1000 Zuhörer erwartet. »Für ein Europa der Vaterländer. Gegen Islamisierung und Fremdherrschaft«, lautet das Tagungsmotto. Erstmals treffen Vertreter der wichtigsten patriotischen Parteien im deutschsprachigen Raum zusammen: Aus Österreich reist der Nationalratsabgeordnete Johannes Hübner an, der außenpolitische Sprecher der FPÖ; aus der Schweiz der Walliser Minister Oskar Freysinger (SVP), der 2008 über eine Volksabstimmung das Minarettverbot in der Alpenrepublik durchsetzte; aus Deutschland schließlich Björn Höcke; auch ein Redner des französischen Front National wird erwartet. Außerdem werden sprechen: der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, der ehemalige tschechische Präsident Václav Klaus, die ehemalige außenpolitische Sprecherin der Duma Natalia Narotchnitskaya, der ehemalige litauische Präsidentenberater Algis Klimaitis, der britische Publizist John Laughland, Peter Bartels, vormaliger Chefredakteur der *BILD*, und Martin Sellner von der Identitären Bewegung.

Anmeldung im Internet unter
konferenz.compact-shop.de

Frantz

Die Filme des französischen Meisterregisseurs Françoise Ozon sind stets reichlich abgründig – meistens polarisieren sie. Letzteres mag auf *Frantz* – aktuell im (Programm-)Kino – kaum zutreffen. Der Schwarzweißfilm, eine größtenteils in Wernigerode gedrehte deutsch-französische Koproduktion, erzählt die Geschichte der jungen Anna (Paula Beer, die schon im irrlichternden Film *Poll* brillierte), die gerade ihren Verlobten im Ersten Weltkrieg verloren hat. An dessen Grab trifft sie Adrien, einen französischen Soldaten. Der verschlossene Mann hatte sich in den letzten Lebenstagen mit dem gefallen Deutschen eng befreundet. Stimmt's? – Wir werden sehen … *Frantz* ist ein erweitertes Remake von Ernst Lubitschs *Der Mann, den sein Gewissen trieb* (1931). »Frantz« hieß dort Hölderlin. Großes Kino!



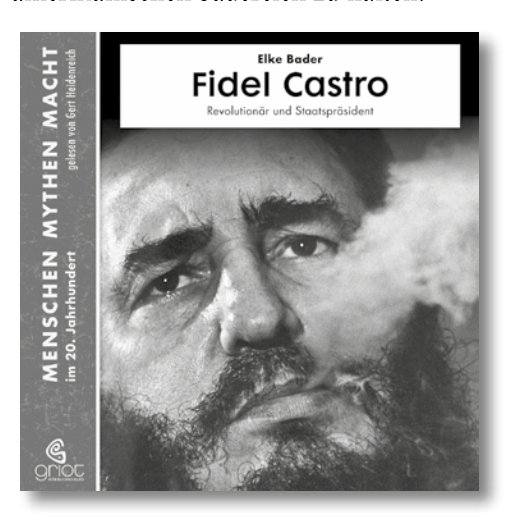
Keine Demokratie ohne Störenfriede

Einen interessanten Neo-Anglizismus stellt uns das aktuelle *Philosophie Magazin* (Oktober/November 2016) vor: *Askhole*. Gemeint ist ein Mensch, der in penetranter Weise sinnlose Fragen stellt. Er fragt nicht um der Erkenntnis willen, sondern zum Zwecke des Aufmerksamkeitsheischens. *Askholes* (so steht das nicht in der Zeitschrift) stellen, als Journalisten getarnt, geistig gesunden Menschen beispielsweise Fragen wie: »Schlagen Sie Ihre Kinder? Inwieweit grenzen Sie sich vom Nationalsozialismus ab?« Erhellend in dieser Ausgabe: die kleine Apologie des Zölibats (»Keusche Kraft«) durch Barbara Vinken. Dabei sei der mönchische oder priesterliche Zölibat keine »Triebunterdrückung«, wie uns »die sexuell befreite Moderne« klarmachen will, sondern die »Möglichkeit für ein brennenderes, alles andere verzehrendes Gottesbegehren«. Die kluge Vinken: »Wenn es um Selbsterfüllung in der Selbstdarstellung, um das Selfie des Eigenen geht, ist es kein Wunder, daß man von Entäußerung, Entrückung und Hingabe nichts mehr ahnt.« Dem achtseitigen Aufsatz der Philosophin Svenja Flaßpöhler über den Schrebergarten als »deutsche Utopie« merkt man an, wie naheliegend es wäre, mit dem Hinweis auf »die Natur« gewisse ethnische Fragen ethisch zu legitimieren: »Unkraut ist Unkraut. Definitionsmerkmal: daß es nicht gezielt angebaut wurde, also wächst, wo es nicht wachsen soll und deshalb als störend empfunden wird, gar anderen Pflanzen den Lebensraum raubt. Punkt.« Daß gewisse Gewächse eingehen und verkümmern, wenn sie dicht an dicht wachsen – Flaßpöhler: »Klingt ein bißchen nach Frauke Petry, denke ich, als ich meine Rupfhandschuhe anziehe, ist jedoch, was den Garten (und nur den Garten!) angeht, schlichtweg wahr.« Außerdem lesenswert: Ein Interview mit Dieter Thomä (*Väter. Eine moderne Heldengeschichte,* 2008) über sein neuestes Buch *Puer robustus. Eine Philosophie des Störenfrieds*. Thomä spricht von »innerlichen Migranten« mit einem »enormen Lebenshunger« und dem »Potenzial zur produktiven Störung«. Er betont, daß »jede Ordnung gestört werden darf, daß keine Ordnung sakrosankt« sei. Das *Philosophie Magazin* erscheint zweimonatlich, 100 S., 7,40 €, Dreimonatsprobeabo 15 €, www.philomag.de.

Immer noch Fidel

Wir hatten an dieser Stelle bereits auf das sehr empfehlenswerte Hörbuch über Che Guevara aus dem Griot-Hörbuchverlag hingewiesen. Nun können wir diese Empfehlung auf die vier CDs über Fidel Castro ausdehnen. Die Redakteurin der Hörbuchreihe, Elke Bader, zeichnet wiederum verantwortlich, und sie hat mit Gert Heidenreich und Johannes Steck erneut zwei Sprecher der Extraklasse gewinnen können.

Fidel Castro und Che Guevara sind zweifellos das alle anderen Namen überstrahlende Zwillingsgestirn der kubanischen Revolution von 1959, dem Jahr, in dem Präsident Batista zurücktrat und den Staat den siegreichen Rebellen überließ. Castro lebt noch immer und ist schon aufgrund dieser in ihr 57. Jahr gehenden Amtsführung die gewissermaßen lebend einbalsamierte Ikone linker Aufstandsgeschichten – man läßt ihn jetzt machen. Im März erst war Obama in Kuba, der Papst bereits im September vergangenen Jahres, und das alles befördert eine altersmilde Atmosphäre: Es scheint, als könnte bald das kraftstrotzend Gute (Obama) neben dem gebrechlichen Schlechten (Castro), Anekdoten austauschend, mit einem Drink oberhalb der Guantánamo-Bucht sitzen, auf die Käfige und die orangenen Gefangenen darin blicken und darüber sinnieren, warum es den Guten nicht gelang, dieses Lager endlich aufzulösen, den Schlechten nicht, wenigstens die eigene Insel ganz frei von US-amerikanischen Sauereien zu halten.



Das Hörbuch: aufwendig recherchiert, wirklich lehrreich, spannend, den Mythos Castro aus seiner Zeit heraus verstehend, die ikonisierenden Berichte indes um jenes Stück Wahrheit (und das heißt: Unzulänglichkeit, Schäbigkeit, Skrupellosigkeit) ergänzend, daß der Hörer letztlich Zeuge einer Einordnung geworden ist: 1. Die Geschichte wird von Persönlichkeiten gemacht, und was in der Luft liegt, geschieht nicht einfach von selbst; 2. Der Kampf um Kuba war durchaus ein Kampf um die Identität, die Selbständigkeit, die Souveränität, denn die Insel war drauf und dran, ein Mega-Las Vegas in der Hand US-amerikanischer Investoren, Politiker und Mafiosi zu werden; 3. Der Kampf dagegen wurde von Leuten geführt und gewonnen, die ihrerseits das Land vergewaltigten, auf den Kopf stellten und sich zur Beute machten – in heilloser Selbstüberschätzung und berauscht vom selbst angestimmten Lied über das eigene Heldenleben.

Man könnte den Untertitel des Hörbuchs – »Revolutionär und Staatspräsident« – auch ersetzen durch »Warum Che ging und Fidel blieb«, denn Elke Bader arbeitet glücklicherweise den wichtigen Aspekt heraus, daß der eine rasch die Lust verlor, der andere aber vom Amt des Präsidenten sich in die Pflicht genommen sah und nach den Mühen der Guerilla auch die Mühen der Staatspolitik schulterte.

Man sollte einfach beide Hörbücher hören! Bestellungen: griot-verlag.de. ■

»Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann?«
»Niemand!«
»Und wenn er kommt?«
»Dann laufen wir davon!«

(Kinderspiel)

www.sezession.de